

Die Tagespost



TÄGLICH AKTUELL AUF
www.die-tagespost.de

16. Juli 2026, Würzburg, Jahrgang 79, Nr. 28 – 5,00 Euro



Schlacht um Spanien

Vor 90 Jahren begann der Spanische Bürgerkrieg – und ein Martyrium für die Kirche *S. 2/3, 19*

Anzeige

Fernsehen für die Seele

Entdecken Sie den katholischen Sender mit der höchsten Reichweite in HD

Jetzt kostenloses Programmheft bestellen: www.k-tv.org/bestellen

k-tv

PRO & CONTRA

Die EU-Chat-Kontrolle kommt

S. 5

Foto: Imago/MS

Iranische Machtspiele

Amerikas arabische Freunde im Orient brauchen Frieden und Stabilität, doch der Iran dreht selbstsicher an der Eskalationsschraube **VON STEPHAN BAIER**

Der Krieg ist zurück im Persischen Golf. Das Memorandum von Juni, das in einen stabilen Frieden münden sollte, hat – wenig überraschend – nicht gehalten. Warum, so fragt man sich nicht nur in Washington, haben die Iraner einen für sie so vorteilhaften Deal mit Donald Trump mutwillig aufs Spiel gesetzt und einen neuen militärischen Schlagabtausch mit der führenden Weltmacht riskiert? Doch die Führungsriege des Iran sieht sich als Sieger: Sie hat bewiesen, dass ihr politisches System stabiler und – trotz der gezielten Tötungen ihres Revolutionsführers sowie zahlreicher Generäle und Politiker – resilient ist, als der Rest der Welt dachte, dass auch massive israelisch-amerikanische Attacken ihre militärische Zweitschlagskapazität nicht brechen können, dass sie mit der Straße von Hormus ein Nadelöhr der Weltwirtschaft kontrolliert und schließlich, dass die USA nicht in der Lage sind, ihre arabischen Verbündeten im Orient zu schützen. Gezeigt hat sich weiter, dass trotz der jämmerlichen Wirtschaftslage und der Aufrufe seitens US-Präsident Trump und Israels Ministerpräsident Benjamin Netanjahu im Iran die Massen nicht – wie zuletzt noch zu Jahresbeginn – gegen das verhasste Mullah-Regime auf die Straße gingen. Im Gegenteil: Nicht einmal die grundsätzlich separationsfreudigen ethnischen Minderheiten, allen voran die Kurden im Nordwesten des Iran, witterten angesichts des Krieges ihre Chance zum Aufstand. Washington variierte seine deklarierten Kriegsziele, ließ den zunächst zum Hoffnungsträger stilisierten Sohn des letzten Schahs, Prinz Reza Pahlavi, ins Leere laufen und distanzierte sich immer klarer von Netanjahus Kriegskurs. Wider die wirtschaftliche Misere des Landes und alle Unzufriedenheit im Volk hat sich das Regime durch den Krieg konsolidiert und nach Einschätzung vieler Experten auch radikalisiert. Die aktuelle Neuauflage der militärischen Schläge und Gegenschläge wird die Macht der Revolutionsgarden im Iran und ihre Bedeutung für die

Region eher festigen, so kalkuliert man in Teheran. Auch das Überleben der schiitischen Hisbollah-Miliz im Libanon verdankt sich dem iranischen Geschick, zugleich Krieg zu führen und zu verhandeln. Parlamentspräsident Mohammad Bagher Ghalibaf, der nun als einer der starken Männer im Iran gilt, droht mit weiteren Attacken auf US-Stützpunkte in der Region: Diese Botschaft richtet sich weniger an Washington als an die arabischen Freunde der USA, die für amerikanischen Schutz schon bisher einen hohen Preis zahlen – und nun die Grenzen der amerikanischen Gestaltungsmacht in Nahost demonstriert bekommen. Die Anrainerstaaten des Persischen Golfs (Bahrain, Katar, Kuwait, Oman, die Emirate und Saudi-Arabien) wissen spätestens jetzt, dass sie sich mit den ungeliebten Schiiten in Teheran arrangieren müssen; der Irak ist (ebenfalls aufgrund einer US-Intervention, nämlich jener von 2003) ohnedies weithin iranisches Hinterland. Selbst für Amerikas engsten Verbündeten in der arabischen Welt, den sunnitischen Erdölriganten Saudi-Arabien, haben die USA durch den Kriegsverlauf an Gewicht verloren: Riad konkurrierte mit Teheran um die Führungsrolle in der islamischen Welt; man trug Stellvertreterkriege in Syrien und im Jemen aus. Nun aber sind die USA als Ordnungsmacht im Orient abgemeldet, das Mullah-Regime ist weder kollabiert noch entwaftet worden und die arabischen Konkurrenten Teherans müssen ihre Sicherheitsfragen neu beantworten. Schwierig wird das für das prowestliche Haschemitische Königreich Jordanien, bisher eine Insel des Friedens und der Stabilität in einem Sandmeer des Krieges, des Terrors und des Extremismus. Im Gegensatz zu anderen Staaten der Region kann König Abdullah II. nicht parallel zu seinen Beziehungen zu Europa und den USA mit Moskau oder Peking flirten. Jordanien und die Golfstaaten wissen heute, dass sie durch diesen und jeden weiteren Krieg nur verlieren können – in Israel und im Iran sehen das die Regierenden ganz anders.

KOMMENTAR

Bias aus Bellevue

VON SEBASTIAN OSTRITSCH

Frank-Walter Steinmeier (SPD) ist gescheitert. Seine zweite und damit zugleich letzte Amtszeit als Bundespräsident neigt sich dem Ende zu. Zum letzten Mal war Steinmeier nun beim traditionellen ZDF-Sommerinterview zu Gast. Im Gespräch mit der auch um kritische Fragen nicht verlegen, dabei aber ganz sachlich auftretenden Journalistin Diana Zimmermann offenbarte Steinmeier, dass er dem höchsten Amt der Republik bis heute nicht gewachsen ist. In einem Urteil aus dem Jahr 2014 beschrieb das Bundesverfassungsgericht das Rollenprofil des Bundespräsidenten wie folgt: „Er verkörpert die Einheit des Staates. Autorität und Würde seines Amtes kommen gerade auch darin zum Ausdruck, dass es vor allem auf geistig-moralische Wirkung angelegt ist.“ Die geistig-moralische Wirkung aber soll gerade nicht parteiisch, vielmehr „sollte der Bundespräsident gegenüber anderen Organen möglichst unabhängig“ sein und zugleich „eine ausgleichende Stellung haben“. Diese Aufgabenbeschreibung aber hält Steinmeier für aus der Zeit gefallen. „Früher“, so Steinmeier, „schwebte der Bundespräsident sozusagen über den Parteien“. Heute aber gebe es „einen erklecklichen Anteil, die wählen nicht richtig oder falsch oder links oder rechts, sondern die wählen gegen das System der Demokratie“ – und da sei „die Frage der Überparteilichkeit nicht mehr ausreichend.“ Um Ross und Reiter zu nennen, nämlich die laut Umfragen bundesweit rund 30 Prozent AfD-Wähler, war sich Herr Bundespräsident aber dann doch zu fein. So viel Überparteilichkeit muss dann wohl doch sein. Was Steinmeier offenbar nicht begriffen hat: Die AfD ist vor allem auch deshalb so stark geworden, weil sich eine wachsende Zahl der Bürger seit vielen Jahren nicht mehr in ihren wesentlichen Interessen vertreten fühlt. Diese Menschen nun pauschal als Demokratiefeinde hinzustellen und sie damit quasi aus dem Kreis der Bürger, deren Interessen einer demokratischen Repräsentation wert sind, auszuschließen, ist eine Pervertierung der eigentlichen Aufgabe eines Bundespräsidenten. Wo dieser Einheit stiften soll, spaltet Steinmeier. Wenn er sich dabei als Beschützer der Demokratie inszeniert, ist er letztlich doch nur der oberste Aktivist einer selbstge-rechten Parallelwelt, die sich als „unsere Demokratie“ inszeniert.

GEFÄHRLICHES SPIEL **Wie die AfD versucht, mit einem Antrag im Bundestag Lebensrechtler zu umgarnen** *S. 4*



Spaniens schwarze Jahre



Die Republikaner warben für ein Arbeiterparadies, in dem das Schiff der Kirche und des Großbürgertums ohne Federlesens versenkt werden sollte.



Der Spanische Bürgerkrieg 1936–1939 war mehr als ein militärisch-politischer Konflikt. Dem Militäraufstand vom 18. Juli ging eine zunehmende Radikalisierung linker republikanischer Kräfte voraus. Im Krieg prallten jedoch nicht nur politische Lager aufeinander, sondern auch gegensätzliche Weltanschauungen – darunter eine entschieden antichristliche, die zu einer der schwersten Christenverfolgungen der Geschichte führte

VON JOSÉ GARCÍA

Das Drama begann in Spanisch-Marokko: Am 17. Juli 1936 erhob sich dort ein Teil des Militärs gegen die Zweite Republik. Als der Aufstand am folgenden Tag auf das Festland übergriff, wurde klar, dass es sich nicht um eine lokale Erhebung handelte. Der 18. Juli 1936 markiert damit den Beginn des Spanischen Bürgerkriegs, der bis zum 1. April 1939 dauerte und eine halbe Million Menschenleben forderte.

Die Ursachen des Krieges reichen weit zurück, doch seit der Ausrufung der Zweiten Republik hatte sich die Lage spürbar zugespitzt. Bei den Kommunalwahlen vom 12. April 1931 erzielten republikanische Kräfte vor allem in den Großstädten deutliche Erfolge; politisch wurde dies als Absage an die Monarchie gedeutet. König Alfons XIII. verließ das Land; am 14. April bildeten Republikaner unterschiedlicher Richtungen eine provisorische Regierung.

Für viele Republikaner galt die katholische Kirche als Stütze der alten Ordnung. Die Republik wollte ihren Einfluss in Staat, Schule und Gesellschaft zurückdrängen und begann mit säkularisierenden Reformen: Scheidung, standesamtliche Trauung und zivile Friedhöfe wurden eingeführt, Orden ein-

geschränkt, die Jesuiten am 23. Januar 1932 ausgewiesen.

Der Satz des Präsidenten der Zweiten Spanischen Republik, Manuel Azaña, vom 13. Oktober 1931, Spanien habe „aufgehört, ein katholisches Land zu sein“, zielte auf das Ende des offiziell katholischen Staates, wurde aber von vielen Katholiken als Angriff verstanden. Schon die Kirchen- und Klosterbrände vom Mai 1931 zeigten, wie heftig der Antiklerikalismus aufbrechen konnte. Der Heilige Stuhl lehnte die Republik zunächst nicht grundsätzlich ab; große Teile der spanischen Hierarchie standen ihr jedoch misstrauisch gegenüber.

Ein Wendepunkt war die Wahl vom November 1933. Die Linke verlor, die katholisch-konservative CEDA wurde zur stärksten Kraft der Rechten. Als im Oktober 1934 CEDA-Minister in die Regierung eintraten, sah die Linke darin den Beginn einer „faschistischen“ Entwicklung. Zugleich radikalisierte sich Arbeitsminister Francisco Largo Caballero, der im September 1936 Ministerpräsident werden sollte. Der Generalstreik von 1934 eskalierte in Asturien und Katalonien. In Asturien führten Bergarbeiter einen bewaffneten Aufstand, bei dem es auch zu Gewalt gegen politische Gegner und Geistliche kam. Die Regierung schlug ihn mit Militär nieder. In Katalonien rief Lluís Companys am 6. Okto-

ber 1934 den „katalanischen Staat innerhalb der Spanischen Föderalen Republik“ aus; auch dieser Aufstand wurde rasch niedergeschlagen.

Ende 1935 war die Regierung Lerroux durch Skandale geschwächt. Die Neuwahl vom 16. Februar 1936 gewann die Volksfront zwar knapp nach Stimmen, aber klar nach Mandaten. Azaña bildete eine republikanische Regierung, gewährte Amnestie, stellte die katalanische Autonomie wieder her und nahm Reformen wieder auf. Für die Linke bedeutete dies die Rettung der Republik, für die Rechte den Weg in die Revolution. Nach der Ermordung von Oppositionsführer José Calvo Sotelo am 13. Juli 1936 kam es zum Militäraufstand.

Nach dem Aufstand vom 17./18. Juli 1936 brach in Teilen des republikanischen Gebiets das staatliche Gewaltmonopol zusammen. Bewaffnete Milizen anarchistischer, sozialistischer und kommunistischer Organisationen übernahmen vielerorts faktisch die Macht. Priester, Ordensleute und kirchliche Einrichtungen, aber auch Laien, galten ihnen häufig als politische Feinde. Kirchen wurden geschlossen oder zerstört, religiöse Symbole entfernt, Klöster geplündert; öffentliche Religionsausübung verschwand in weiten Teilen des republikanischen Gebiets fast vollständig. Sakramente wurden meist nur noch heimlich gespendet.

Für eine Beteiligung der katholischen Hierarchie an der Verschwörung zum Militäraufstand gibt es keine Belege. Nach Kriegsbeginn unterstützte jedoch die Mehrheit der Katholiken die Aufständischen. Umgekehrt kam es in der republikanischen Zone zu einer schweren religiösen Verfolgung. Historiker beschreiben diesen Gewaltausbruch als unmittelbare Reaktion auf den Militärputsch im Kontext einer revolutionären Bewegung, in der linke Organisationen vielerorts die staatliche Autorität ersetzten.

Die Franco-Seite instrumentalisierte die Religion, indem sie ihren Kampf als „Kreuzzug“ deutete; offiziell bestätigt wurde diese Deutung weder vom Vatikan noch vom spanischen Episkopat. Andererseits erreichte die Verfolgung von Katholiken in der republikanischen Zone ein außerordentliches Ausmaß. In den ersten Kriegsmonaten ermordeten Milizionäre massenhaft Geistliche, Ordensleute und Laien. Als der Staat nach etwa sechs Monaten wieder stärker Kontrolle gewann, ging die Gewalt zurück; den-

noch wurden auch zwischen 1937 und Kriegsende mehr als 350 Priester ermordet.

Insgesamt wurden 4184 Weltpriester und Seminaristen, darunter zwölf Bischöfe und ein Apostolischer Administrator, 2365 Ordensbrüder und 283 Ordensschwestern getötet. Da im republikanischen Gebiet etwa 20000 Geistliche lebten, lag der Anteil der Ermordeten bei gut 34 Prozent; in Barbastro sollen es bis zu 80 Prozent gewesen sein. Die Zahl der aus religiösen Gründen ermordeten Laien ist schwerer zu bestimmen – es war eine der größten Christenverfolgungen der Geschichte.

Besonders schwer traf die Verfolgung Katalonien. Die autonome Regierung unter Lluís Companys blieb formal bestehen, verlor aber in den ersten Monaten wesentliche Kontrolle an revolutionäre Milizen und lokale Komitees. In der Diözese Lleida wurden etwa 270 Geistliche, mehr als 65 Prozent des Klerus, ermordet. Eine direkte Verantwortung Companys' ist umstritten, eine indirekte politische Verantwortung wegen des Kontrollverlusts liegt nahe. Ein konkreter Fall ist Joan Rovira i Roure, katholischer Jurist und 1935 Bürgermeister von Lleida. Er wurde am 18. August 1936 verhaftet, am 27. August vor ein „Volksgericht“ gestellt und noch in derselben Nacht erschossen. In katholischen Zeugnissen wird als einer der Vorwürfe genannt, er habe als Bürgermeister den Dreikönigsumzug zugelassen; historisch war sein Tod vor allem Teil der Verfolgung katholischer und konservativer Persönlichkeiten.

Ab Juli 1936 stellte sich der größte Teil des Klerus auf die Seite der Aufständischen. Die kirchliche Hierarchie blieb zunächst zurückhaltend. Erst der Kollektivbrief des spanischen Episkopats vom 1. Juli 1937 bedeutete eine deutliche Unterstützung Francos; fünf Bischöfe unterzeichneten ihn allerdings nicht. Ein kleinerer Teil der Katholiken blieb der Republik treu. Auch der Heilige Stuhl vermied zunächst eine vorbehaltlose Parteinahme für Franco und hielt die Beziehungen zur Republik bis Mai 1938 aufrecht.

Als Märtyrer des 20. Jahrhunderts in Spanien sind inzwischen mehr als 2250 Personen von der katholischen Kirche kanonisiert worden. Zuletzt genehmigte Papst Leo XIV. am 18. Juni Dekrete zu Heiligsprechungs- und Seligsprechungsverfahren, darunter 20 Diözesanpriester aus Ibiza.

Der Autor ist freier Journalist und Übersetzer.

Der Weg in den Krieg

12.4.1931
Bei Kommunalwahlen siegen republikanische Kräfte. König Alfons XIII. verlässt das Land

14.4.1931
Bildung einer provisorischen republikanischen Regierung

Mai 1931
Brandstiftungen und Plünderungen von Kirchen und Klöstern

Juni 1931
Wahl zur verfassungsgebenden Versammlung. Sozialisten werden stärkste Partei

13.10.1931
Der spätere Ministerpräsident Manuel Azaña: „Spanien hat aufgehört, ein katholisches Land zu sein“

9.12.1931
Verabschiedung einer liberal-fortschrittlichen Verfassung mit stark säkularisierender Gesetzgebung

23.1.1932
Die Jesuiten werden ausgewiesen

19.11.1933
Parlamentswahl: Sieg rechter und Mitte-Kräfte



Jaime Mayor Oreja, ehemaliger spanischer Innenminister, sagt: Der Übergang zur Demokratie in Spanien war einzigartig. Ein Teil der Linken hat den Erfolg dieser Reform nie akzeptiert

VON JOSÉ GARCÍA

1978 galt der Spanische Bürgerkrieg als überwunden. Heute scheint ihn das 2022 zur Aufarbeitung des Spanischen Bürgerkriegs und der Franco-Diktatur eingeführte „Gesetz zur Demokratischen Erinnerung“ wieder auszugraben. Wie erklären Sie das einem deutschen Leser?

Das Gesetz entspringt einer tiefen Verunsicherung der spanischen Linken. Als die Partido Popular im Jahr 2000 die absolute Mehrheit errang, fürchtete die Linke eine lange Phase konservativer Regierungen. Um dies zu verhindern, forderte sie einen „zweiten Übergang“: nicht Reform und Versöhnung des demokratischen Übergangs von 1978, sondern einen Bruch. Dieser ging auch mit einer Annäherung an die baskisch-nationalistische Terrororganisation ETA einher, die bis zu ihrer Auflösung 2018 mehr als 800 Menschen tötete. Sie war die einzige Bewegung, die den Geist des Übergangs zur Demokratie nicht akzeptiert hatte. Das Erinnerungsgesetz sollte bestätigen, dass Spanien nicht mehr in Kontinuität mit der demokratischen Reform steht, sondern im Bruch.

Was bedeutet dieser Bruch? Kann man in Anlehnung an das Wahlbündnis sozialistischer und kommunistischer Parteien, das 1936 die spanischen Parlamentswahlen gewann, von einer neuen „Volksfront“ sprechen – der Zusammenarbeit der Sozialisten mit linksextremen und separatistischen Parteien seit 2018?

Der spanische Übergang war in Europa einzigartig: Ein autoritäres Regime entwickelte sich „vom Gesetz zum Gesetz“ zu einer Demokratie. Doch

ein Teil der Linken hat den Erfolg dieser Reform nie akzeptiert. In der Folge wurde versucht, das prägende Verbrechen der ETA in eine prägende Lüge umzudeuten. Die ETA war nicht nur eine Bedrohung unter vielen: Sie beeinflusste den Übergang sowie die Energie- und Infrastrukturpolitik. Mit dem Misstrauensvotum von 2018 hielt das ETA-Umfeld sogar Einzug in die Regierung. Dort entsteht im Kern eine neue Volksfront: ohne die offene Gewalt der 1930er-Jahre, zumindest vorerst, aber mit einer klaren Abkehr von der Reform von 1978.

Wie lässt sich diese Situation ändern?

Es braucht ein Projekt der Umkehr. Ein bloßer Regierungswechsel reicht nicht aus. Was zum Bruch geführt hat, muss aufgehoben oder korrigiert werden. Das Erinnerungsgesetz dürfte unter einer alternativen Regierung nicht einmal eine Stunde Bestand haben. Auch der gesellschaftliche Umbau muss überprüft werden: die „Woke“-Kultur, migrationspolitische Entwicklungen und Gesetze, die auf einer dem Christentum entgegengesetzten Anthropologie beruhen. Regelungen zur Abtreibung, zur Sterbehilfe oder zur Geschlechtsselbstbestimmung bedürfen einer grundlegenden Korrektur. Es geht darum, Grenzen, Grundlagen und ein gewachsenes Menschenbild wiederherzustellen.

Das spanische Parlament applaudierte dem Papst und treibt kurz darauf Gesetze voran, die der christlichen Anthropologie widersprechen. Wie erklären Sie das?

Die Lüge hat das Verbrechen als bestimmenden Faktor abgelöst. Über Jahrzehnte hinweg war in Spanien das Verbrechen prägend. Die Ermordung des damaligen Ministerpräsidenten Carrero Blanco, eines engen Vertrauten Francos, durch die ETA im Dezember 1973 beeinflusste den Übergang zur Demokratie maßgeblich. Auch auf die Energiepolitik und territoriale Ordnung im Baskenland und in Katalonien hatte die ETA Einfluss, unter anderem durch terroristische Anschläge auf Kernkraftwerkprojekte. Heute sind die Verbrechen durch eine strukturelle Lüge ersetzt worden. Der Applaus für den Papst war Ausdruck dieser Lüge: Man bejubelt etwas, woran man nicht glaubt, um negative öffentliche Reaktionen zu vermeiden. Die spanische Politik ist in dieser Heuchelei gefangen.

Korruptionsfälle rücken wieder in den Mittelpunkt der spanischen Politik. Wie fügen sie sich in dieses Bild ein?

Eine bis ins Äußerste getriebene Lüge führt zwangsläufig zur Korruption. Akzeptiert eine Gesellschaft jahrelang eine politische Unwahrheit, fühlen sich deren Träger irgendwann unangreifbar. Wer dauerhaft täuschen kann, verliert auch die Hemmung, sich korrumpieren zu lassen. Der Bruch kennt – anders als die Reform – keine Grenzen. Die Reform setzt auf Regeln und Kontrolle; der von einer quasi revolutionären Mentalität getragene Bruch erkennt keine Grenzen an. Deshalb verstärken sich institutionelle und persönliche Korruption gegenseitig.

Die konservative baskische Politikerin María San Gil, die sich lange im Kampf gegen den Terrorismus engagiert hat, sagte kürzlich, institutionelle Korruption entstehe aus persönlicher Korruption und letztlich aus einer Glaubenskrise. Stimmen Sie zu?

Ja. Der Glaube hindert einen daran, sich für einen kleinen, mittleren oder großen Gott zu halten. Er erinnert daran, dass man nach Gottes Bild geschaffen, aber nicht Gott ist. Das setzt seinem Handeln Grenzen. Verschwindet dieser Bezugspunkt, wird Freiheit missverstanden – nicht mehr als in der Wahrheit gegründete Freiheit, sondern als Möglichkeit, zu tun, was man will. Dann verschwinden persönliche Grenzen. Ähnliches geschah im Baskenland: Eine Art Pseudoreligion, das nationale Bewusstsein, trat bei vielen Menschen meiner Generation an die Stelle des Glaubens. Diese politische Religion kannte keine Grenzen und konnte daher auch Verbrechen rechtfertigen.

In mehreren europäischen Ländern wächst das Interesse junger Menschen am Glauben. Kann das kulturelle und politische Folgen haben?

Das ist möglich, doch Europa muss sich zunächst seiner eigenen Wunden bewusst werden. Deutschland hat – ähnlich wie Spanien den Übergang von einem System zum anderen noch nicht vollständig verarbeitet hat – die Erfahrung des Nationalsozialismus und des Zweiten Weltkriegs nicht vollständig überwunden. Der Nationalsozialismus war eine falsche

Religion und hat tiefe Komplexe hinterlassen. Als ich die Strategie unserer Fraktion im Europäischen Parlament verantwortete, erlebte ich bei vielen Deutschen feste Überzeugungen, selbst unter Katholiken aber oft Zurückhaltung, offen über christliche Grundlagen zu sprechen. Ich spreche daher lieber von Grundlagen, Tugenden und Geboten als von „Werten“, einem vielfach entleerten Begriff.

Sehen Sie eine besondere Schwierigkeit des deutschen Katholizismus?

Vielen deutschen Katholiken fällt es schwer, die Katholizität und den Vorrang Roms zu verstehen. Bei einem europäischen Kongress 2014 legte ich dar, dass Europa eine Krise fester Bezugspunkte erlebt: Familie, Ehe, Glaube, christliches Gewissen. Danach sprach Kardinal Marx vor allem über CO₂-Treibhausgas und Migration. Diese Rede passte eher zu den europäischen Liberalen als zu einem Hirten der Kirche. Das Problem ist nicht, dass die Kirche zu normativ wäre; das Problem ist der Mangel an Glauben.

Was ist dann die europäische Herausforderung?

Europa braucht materielle Aufrüstung, zuvor aber moralische Aufrüstung. Es muss den Sinn für seine christlichen Grundlagen wiedergewinnen. Es geht nicht darum, den Glauben aufzuzwingen, wohl aber darum, ihn nicht zu verschweigen, ihn anzubieten. Man muss selbst nicht glauben, um das anzuerkennen; ein Blick in die Geschichte genügt: Das Christentum bildete das Gewölbe, in dem die griechische Philosophie und das römische Recht – das frühere Erbe Europas – einen neuen Zusammenhang fanden. Wenn Europa seine christliche Identität nicht wiedererlangt, wird es in die Bedeutungslosigkeit abgleiten. Deshalb planen wir bei der NEOS-Stiftung, die sich den Grundsätzen des christlichen Humanismus verpflichtet sieht, für April 2027 einen Kongress in Madrid, um Europa neu zu denken und die christlichen Grundlagen ins Zentrum der Debatte über seine Erneuerung zu stellen.

Jaime Mayor Oreja war von 1996–2001 spanischer Innenminister und von 2004–14 Europaabgeordneter und Vizefraktionschef der EVP-ED/EVP-Fraktion.



Oktober 1934 Arbeitsminister Largo Caballero fordert, die Arbeiterklasse müsse sich der politischen Macht revolutionär bemächtigen. Aufstände in Asturien und Katalonien werden niedergeschlagen	Januar 1936 Bildung einer Volksfront als Wahlbündnis	16.2.1936 Sieg der Volksfront bei der Parlamentswahl	Frühjahr 1936 Amnestie, Wiederherstellung der katalanischen Autonomie, zunehmende politische Gewalt	13.7.1936 Ermordung des monarchistischen Oppositionsführers José Calvo Sotelo	17.7.1936 Aufstand eines Teils des Militärs in Spanisch-Marokko	18.7.1936 Die Erhebung greift auf das Festland über. Beginn des Spanischen Bürgerkriegs
--	--	--	---	---	---	---

Wechsel in letzter Minute in Berlin

Stefan Evers tritt als CDU-Spitzenkandidat an

VON SEBASTIAN SASSE

Vor einigen Wochen musste er schon einmal den Feuerwehrmann spielen. Als Kai Wegner Probleme mit seiner Kultursenatorin Sarah Wedl-Wilson wegen einer Fördermittel-Affäre bekam, musste der Finanzsenator aushelfen: Stefan Evers sprang ein und übernahm auch noch diesen Posten. In dieser Woche nun kam der Regierende Bürgermeister selbst in die Bredouille. Kai Wegner konnte den Unmut, der wegen seines unzulänglichen Managements nach dem Anschlag auf das Berliner Stromnetz Anfang des Jahres aufgekommen war, nicht mehr unter dem Tisch halten. Er gab seine Spitzenkandidatur auf. Und auch hier war der 46-jährige Evers der Ersatzmann.

Die Berliner CDU ist seit jeher als Intrigantenstadl bekannt. Vor allem die Amtsdauer der Vorsitzenden in den vergangenen Jahren hatte nur eine sehr geringe Halbwertszeit. Allein deswegen hatte Wegner ursprünglich eine komfortable Position. Einmal war er – sozusagen auf der politisch-handwerklichen Ebene – mit den Eigenheiten eben dieses Intrigantenstadls bestens vertraut. Zum anderen war er es, der die Partei wieder zurück an die Macht gebracht hat. Und einen Regierenden Bürgermeister stürzt man nicht, so war die Parteistimmung, die seit Eberhard Diepgens Zeiten nicht mehr im Roten Rathaus gesessen hatte. In dem Fall stürzte sich der Regierende Bürgermeister selbst. Eine Reihe von Ungeschicklichkeiten, an der Spitze sein Tennisspiel mit Lebensgefährtin, als in Teilen Berlins gerade die Lichter ausgegangen waren. Dabei war Wegner als Law-and-Order-Mann gestartet. Umso größer aber natürlich die Enttäuschung bei seinen Wählern. Statt tatsächlich die innere Sicherheit in der Hauptstadt zur Chefsache zu machen, präsentierte sich Wegner lieber als „Wowereit 2.0“ auf der CSD-Parade.



Kann er mit allen reden? Eine Eigenschaft, die Stefan Evers bei Koalitionsverhandlungen helfen könnte. Foto: Imago/Bern Elmenthaler

Auch Stefan Evers setzt nun auf Recht und Ordnung. So will der 46-Jährige auf den letzten Metern Rot-Rot-Grün verhindern, ein Bündnis, das nach den Umfragen immer wahrscheinlicher wird. Zumal Evers im Zweifel auch immer noch einen linken Koalitionspartner benötigen würde. Also mit CDU-Sicherheitspolitik pur dürfte es auch dann schwer werden.

Evers selbst hat sich als „modernen Konservativen“ bezeichnet. Konkret heißt das: fiskal- und innenpolitisch konservativ, gesellschaftspolitisch liberal. Hier ähnelt er Jens Spahn. So wie der Fraktionsvorsitzende im Bundestag lebt auch Evers offen homosexuell, sieht sich aber nicht als LGBTQ-Aktivist. Der 46-Jährige hat katholische Wurzeln, kommt als Paderborner aus einem schwarzen Kernland.

In seinem Studium ist er dem Unitas-Verband beigetreten. Dort ist auch der ehemalige Regierungssprecher Helmut Kohls, Friedrich Ost, Mitglied, der als Paderborner Bundestagsabgeordneter den jungen Evers gefördert hat. Zum diesjährigen CSD könne er nicht kommen, da er familiäre Termine habe, erklärte Evers. Kai Wegner hätte vermutlich seinen Kalender anders geführt.

Der Todeskuss der AfD

Gefährliches Spiel: Mit einem Antrag, der vorgibt, Pro Familia Fördergelder entziehen zu wollen, sollen Lebensrechtler umarmt und der Union Stammwähler entzogen werden

VON STEFAN REHDER

Die AfD will – erklärtermaßen – die Union zerstören. Das braucht nicht skandalisiert zu werden. Politik ist schließlich kein Streichelzoo. Awareness-Zonen sind dem politischen Ideenwettbewerb fremd. Wer hier zu spät kommt, den bestrafen die Wähler gnadenlos. Wer Politik ausschließlich als sozialdarwinistischen Verdrängungskampf liest, mag damit sicher nicht immer auch schon goldrichtig liegen, aber er liegt – ironischerweise, genauso sicher – damit auch niemals gänzlich falsch. „Krieg“, heißt es bei dem preußischen Generalmajor und Militärwissenschaftler Carl von Clausewitz (1780–1831), so stumpf wie zutreffend, sei „die Fortsetzung der Politik mit anderen Mitteln“. Was den Gedanken erlaubt, in der Politik werde zumindest nicht mit Wattebäuschen geworfen. So zugestrichelt, lohnt es selbst, Aktionen, die von vornherein zum Scheitern verurteilt sind, Aufmerksamkeit zu schenken und kritisch zu hinterfragen.

In der letzten Sitzungswoche vor der Sommerpause hat der Deutsche Bundestag in erster Lesung einen Antrag der AfD beraten, auf den all das zutrifft. Der Antrag (Bundestagsdrucksache 21/6927) trägt den Titel: „Pro Familia von der Schwangerschaftskonfliktberatung ausschließen – Ungeborenes Leben schützen“. Mit ihm will die AfD der Planned-Parenthood-Tochter Pro Familia nach US-amerikanischem Vorbild die Mittel entziehen. Am späten Donnerstagabend debattierte also der Bundestag ab 21.45 Uhr in erster Lesung 20 Minuten lang einen Antrag, mit dem die Bundesregierung aufgefordert wird, „laufende sowie zukünftige Zahlungen an Pro Familia für Zwecke der Schwangerschaftskonfliktberatung umgehend einzustellen“. Begründet wird die Forderung in dem AfD-Antrag unter anderem damit, Pro Familia fehle die „nach dem Urteil des Bundesverfassungsgerichts erforderliche Grundeinstellung, die die Gewähr dafür bietet, zum Schutz des ungeborenen Lebens zu beraten.“

Erstaunlich vage Vorwürfe

Das mag zutreffen. Doch bleiben die diesbezüglich von der AfD erhobenen Vorwürfe erstaunlich vage. Das räumt die AfD in dem mit erkennbar heißer Nadel gestrickten Antrag, der erst am Donnerstag selbst einsehbar war, sogar ein. So heißt es dort: „Zwar handelt es sich um nicht repräsentative Einzelfälle, doch in diesen Einzelfällen zeigt sich ein fehlendes Bewusstsein für die rechtlichen Vorgaben wie die schon angesprochene Grundeinstellung, und sie sind möglicherweise auch Auswirkungen unzureichender organisatorischer Trennung von Beratungsstelle und Abtreibungspraxis, was ein materielles Interesse der Beratungsstelle an einer Abtreibung nicht ausschließen lässt.“

„Nicht repräsentativ“, „Einzelfälle“, „möglicherweise“, „nicht ausschließen“ – alles Formulierungen, die Wasser auf die



Von ihr ging der Antrag aus: die AfD-Bundestagsabgeordnete Martina Kempf.

Foto: Imago/dts. Nachrichtenagentur

Mühlen von Bündnis 90/Die Grünen, SPD und Linke sind, die der AfD in der Debatte denn auch vollmundig vorwarfen, Frauen als „Gebärmaschinen“ zu betrachten und mit ihrem „fehlerhaften Antrag“ 180 Pro-Familia-Beratungsstellen in Deutschland abschaffen zu wollen und die Frauen mit ihren Nöten allein zu lassen. Auf Nachfrage der Tagespost erklärte die Initiatorin des Antrags, die AfD-Abgeordnete Martina Kempf: „Mein Antrag ist keine an kranken, taktischen Spielchen ausgerichtete Aktion, sondern der Sache verpflichtet, nämlich dem Lebensschutz.“ Es sei Aufgabe der Opposition, „eigene Politikvorschläge zu erarbeiten“. Auch gehöre der Lebensschutz keiner Partei. „Jeder darf ihn wichtig nehmen und entsprechende Anträge mit seiner Stimme unterstützen. Das ist Demokratie. Die Wähler können am Ende selbst entscheiden, wer den Lebensschutz glaubwürdig vertritt.“

Gut gebrüllt, Löwin. Das Dumme ist nur: Wenn der Antrag nicht vorrangig das Ziel verfolgt, der Union Schaden zuzufügen und ihr die noch verbliebenen Stammwähler abspenstig zu machen, ist er gänzlich überflüssig. Denn die AfD weiß, dass ihr Antrag keinerlei Chance auf eine Mehrheit im Parlament hat. Und noch etwas kommt hinzu: Lebensrechtler, die sich von der AfD umarmt und mit ihren Forderungen gesehen fühlen, bedienen damit auch das von Grünen und Linken erschaufelte, zwar falsche, aber wirkmächtige Narrativ, Lebensrechtler seien rechts(extrem). Bei Licht betrachtet schützt der Antrag also nicht nur kein einziges ungeborenes Kind im Mutterleib, er schadet sogar der Lebensrechtsbewegung als Ganzer.

Führende Lebensrechtler in Deutschland zeigen sich denn auch alarmiert. Die Bundesvorsitzende der Christdemokraten für das Leben (CDL), Susanne Wenzel, sagte der Tagespost, grundsätzlich müsse gelten: „Richtige Forderungen werden nicht falsch, nur weil sie der Falsche erhebt.“ Wer jedoch die AfD aufmerksam beobachte, wisse auch, dass sie keine „Lebensschutzpartei“ sei. So stehe die

AFD hinter den Regelungen des Paragraphen 218 StGB. „Diskussionen in vergangenen Legislaturperioden konnte man entnehmen, dass sie auch die Kassenfinanzierung der künstlichen Befruchtung unterstützt hat. Ferner gibt es keine Positionierung der Partei gegen die Suizidassistent, da hier die Meinungen sehr weit auseinandergehen. Auch bei der Organspende herrschen unterschiedliche Auffassungen in der AfD. Es gibt also keine einzige geschlossene Positionierung, die ein entsprechendes Narrativ der ‚AfD als Lebensschutzpartei‘ rechtfertigen würde.“ Jedem, der seine Schwerpunkte bei Wahlen im Lebensrecht setzt, sei daher „angeraten, das Programm und auch die Äußerungen der Fraktion im Bundestag ebenso genau und kritisch zu prüfen, wie bei anderen Parteien auch“, so Wenzel. CDU und CSU hätten den Lebensschutz in ihren Grundsatzprogrammen festgeschrieben, die CSU nenne sich gar „Partei des Lebensschutzes“. „Das ist ein starker Anspruch, den wir als CDL natürlich begrüßen. Aber wir erwarten hier auch eine konsequente Umsetzung in konkretes politisches Handeln, das heißt, offensiv vorangehen und keine Lücken lassen, welche die AfD dann vermeintlich füllt“, so Wenzel weiter.

Der politische Gegner soll markiert werden

Ähnlich äußerte sich auch die Bundesvorsitzende der Aktion Lebensrecht für Alle (ALfA), Cornelia Kaminski, die in einer Pressemitteilung „die Stoßrichtung des Antrags“ begrüßte. „Allerdings dürfte er ins Leere laufen und am Ende vor allem dazu dienen, den politischen Gegner vorzuführen“, so Kaminski weiter. Dass der Antrag der AfD ausschließlich auf die Streichung der Fördermittel abziele, „nicht aber ein politisch eher durchsetzbares Qualitätsmanagementkonzept fordert, das erkennbar dem Leben dient“, werfe Fragen auf. Und da Pro Familia „eng mit politischen Entscheidungssträgern“, etwa bei öffentlichen Anhörungen

oder Expertenkommissionen, kooperiere und einzelne MdBs „Funktionsträger bei Pro Familia sind oder waren“ und eine Mehrheit für den Antrag nicht zu erwarten sei, dränge sich der Eindruck auf, der AfD gehe es darum, „den politischen Gegner zu markieren – in diesem Fall die CDU, deren Mitglieder mit überwältigender Mehrheit (93,5 Prozent laut der Mitgliederbefragung 2023) im Lebensrecht einen wichtigen Auftrag ihrer Partei sehen“.

Der CSU-Abgeordnete Ralph Edelhäuser machte in der Debatte bella figura zum bösen Spiel. „Selbstverständlich muss jede anerkannte Beratungsstelle die gesetzlichen Vorgaben erfüllen. Ziel der Beratung ist es, dass Frauen Wege aufgezeigt werden, wie ein Leben mit dem Kind gelingen kann. Und genau daran müssen sich alle Träger auch messen lassen, egal wie sie heißen. Sollte es Hinweise auf Regelverstöße geben, müssen die auch sorgfältig überprüft werden und entsprechende Konsequenzen gezogen werden. Dafür gibt es ein rechtsstaatliches Verfahren. Aber pauschale Vorverurteilungen eines gesamten Trägers, die ersetzen so ein rechtsstaatliches Verfahren nun wirklich nicht“, so Edelhäuser. Daher lehne die Union den Antrag ab.

So richtig und nachvollziehbar das auch sein mag, die Ablehnung eines Antrags ersetzt kein eigenes Politikangebot. Und für ein solches gäbe es hier durchaus Bedarf. So unterliegen zwar die staatlich anerkannten Schwangerschaftskonfliktberatungsstellen den Vorgaben des Schwangerschaftskonfliktgesetzes (SchKG) sowie denen der jeweiligen Landesgesetzgebung. Im Freistaat Bayern etwa muss mindestens alle drei Jahre überprüft werden, ob die Beratungsstellen die Voraussetzungen für die staatliche Anerkennung noch erfüllen. Doch eine bundesweite, regelmäßige Evaluation aller Schwangerschaftskonfliktberatungsstellen, wie sie sowohl seit Langem von Lebensrechtlern als auch in der wissenschaftlichen Literatur immer wieder gefordert wird, gibt es bislang nicht.

Die EU-Chatkontrolle ist richtig



Ein außer Betrieb gesetzter Briefkasten wird mit Polizeiband umwickelt, damit keine Post eingeworfen wird – zum Schutz des Postgeheimnisses. Soll Letzteres für den digitalen Bereich nicht mehr gelten? Foto: Imago/Michael Gstettenbauer

Am 9. Juli 2026 hat das Europäische Parlament die sogenannte EU-Chat-Kontrolle – auch „Chat Control 1.0“ genannt – beschlossen. Dabei handelt es sich um die Verlängerung einer temporären Regelung bis zum 3. April 2028. Bis dahin dürfen Chats auf Material, das Kindesmissbrauch zeigt, durchsucht werden. Kritiker bemängeln das als anlasslosen Generalverdacht und Eingriff in die Privatsphäre, während Befürworter vor allem auf den Kinderschutz verweisen.

Ist diese EU-Chat-Kontrolle also eine sinnvolle Maßnahme?

Pro

Im Sinne des Kinderschutzes ist die „Chat-Kontrolle“ notwendig. Dabei bleibt auch die Privatsphäre geschützt **VON VERENA MERTENS**

Chatkontrolle“ – dieser Begriff vermittelt den Eindruck, staatliche Stellen würden private Chats mitlesen oder sämtliche Nachrichten überwachen. Genau darum geht es bei der aktuellen Übergangsregelung jedoch nicht. Sie schafft lediglich die rechtliche Grundlage dafür, dass Anbieter bereits bestehende Technologien datenschutz- und ePrivacy-konform weiterhin freiwillig einsetzen dürfen, um bekannte Darstellungen sexuellen Kindesmissbrauchs zu erkennen und deren weitere Verbreitung zu verhindern. Eine Möglichkeit, sämtliche Chats, E-Mails oder Cloud-Inhalte aller Nutzer anlasslos zu durchsuchen, wird damit nicht geschaffen.

Solche automatisierten Prüfungen sind nicht neu. Plattformen prüfen hochgeladene Inhalte bereits heute auf Schadsoftware, Spam oder Phishing oder erkennen Internetadressen automatisch. Eine manuelle Prüfung der täglich millionenfach hochgeladenen Inhalte ist praktisch unmöglich. Deshalb gibt es zu automatisierten Verfahren keine realistische Alternative.

Die Erkennung bekannter Darstellungen sexuellen Kindesmissbrauchs funktioniert nach demselben technischen Prinzip. Computer oder Systeme künstlicher Intelligenz sehen Bilder, Videos oder Texte nicht wie Menschen. Für einen Computer bestehen Bilder, Videos und Texte ausschließlich aus Zahlenwerten, die mathematisch verarbeitet werden. Genau darauf basiert das sogenannte Hash-Matching. Von bekannten Missbrauchsdarstellungen wird ein mathematischer Fingerabdruck (Hashwert) erstellt, der weder das Bild selbst enthält noch dessen Rekonstruktion ermöglicht. Beim Hochladen berechnet das System ebenfalls einen Hashwert und gleicht ihn ausschließlich mit bereits bekannten illegalen Dateien ab. Es liest keine privaten Gespräche und bewertet keine Meinungen. Ein technischer Treffer wird dabei nicht automatisch als Straftat gewertet oder ungeprüft an die Strafverfolgungsbehörden weitergeleitet. Beim Hash-Matching geht es zudem nicht um eine bloße Wahrscheinlichkeitsberechnung, sondern um den Abgleich mit dem digitalen Fingerabdruck einer bereits eindeutig als illegal bekannten Datei.

Für unbekanntes Material oder Grooming kommen KI-gestützte Modelle zum Einsatz. Sie arbeiten

extrem genau und können Missbrauchsdarstellungen von legalen Inhalten unterscheiden, beispielsweise von legaler Pornographie oder harmlosen Nacktbildern von Kindern. Hier sind enorm hohe technische Standards und klare rechtliche Grenzen vorgesehen. Entscheidend ist deshalb nicht nur, wie ein möglicher Treffer erkannt wird, sondern vor allem, was anschließend geschieht. Erst wenn mehrere technische Hinweise zusammenkommen, erfolgt eine zusätzliche Überprüfung durch speziell geschulte Mitarbeiter. Ziel ist es, Fehlentscheidungen zu vermeiden und gleichzeitig die Verbreitung schwerster Straftaten gegen Kinder zu verhindern.

Abgestimmt wurde nicht über eine allgemeine Überwachung privater Kommunikation, sondern darüber, ob Anbieter diese bestehenden Technologien weiterhin freiwillig einsetzen dürfen. Seit dem Wegfall der bisherigen Rechtsgrundlage gingen täglich fast 55000 Hinweise auf sexuellen Kindesmissbrauch verloren, weil Plattformen entsprechende Inhalte nicht mehr im bisherigen Umfang erkennen und melden durften. Als ehemalige Leiterin der Kriminalpolizei Paderborn weiß ich, wie entscheidend solche Hinweise sein können. Fast alle Ermittlungen beginnen genau mit so einem digitalen Puzzleteil. Es gibt kaum andere Wege, Hinweise auf diese schwersten Straftaten zu erlangen, weil die betroffenen Kinder so eingeschüchtert sind, dass sie sich niemandem anvertrauen.

Hinzu kommt: Rund 63 Prozent der bekannten Webseiten mit Darstellungen sexuellen Kindesmissbrauchs werden in der Europäischen Union gehostet. Europa trägt deshalb eine besondere Verantwortung.

Das parlamentarische Verfahren wurde nach den geltenden Regeln durchgeführt. Das beschleunigte Verfahren war eine Reaktion auf die entstandene Rechtslücke und angesichts der täglich verlorenen Hinweise dringlich und sachlich begründet. Einer allgemeinen Überwachung privater Kommunikation werde ich niemals zustimmen. Genauso wenig dürfen wir zulassen, dass Täter von rechtlichen Lücken profitieren. Kinderschutz und Datenschutz sind keine Gegensätze. Unsere Vorschläge gewährleisten beides.

Die Autorin ist Mitglied der CDU und des Europäischen Parlaments.

Contra

Kinder schützen heißt Täter jagen und nicht: 450 Millionen Menschen unter Generalverdacht stellen **VON MORITZ KÖRNER**

Der Schutz von Kindern vor sexueller Gewalt gehört zu den wichtigsten Aufgaben unseres Staates und unserer europäischen Gemeinschaft. Kindesmissbrauch ist ein abscheuliches Verbrechen. Die Opfer brauchen unsere volle Solidarität, wirksame Prävention und Strafverfolgungsbehörden, die Täter und kriminelle Netzwerke konsequent verfolgen.

Gerade weil dieses Ziel so wichtig ist, dürfen wir uns nicht mit Maßnahmen zufriedengeben, die Sicherheit lediglich versprechen, unsere Grundrechte aber tatsächlich beschädigen und die Ermittlungsbehörden mit falschen Verdachtsmeldungen überlasten.

Der von der CDU letzte Woche im Europäischen Parlament zur Abstimmung gebrachte Weg der Chatkontrolle ist ein solcher falscher Weg. Diese sogenannte freiwillige Chatkontrolle ist ein Frontalangriff auf das digitale Briefgeheimnis und stellt alle Bürger unter Generalverdacht. Sie ist eine unverhältnismäßige und brandgefährliche Schnüffelinitiative, die den Kinderschutz bössartig instrumentalisiert. Diese anlasslose Massenüberwachung privater Kommunikation ist heute nicht ohne Grund verboten.

Unsere private Kommunikation ist kein rechtsfreier Raum. Ein Brief verliert seinen vertraulichen Charakter nicht dadurch, dass er digital versendet wird. Niemand würde akzeptieren, dass private Unternehmen vorsorglich sämtliche Briefe öffnen, Familienfotos prüfen und persönliche Gespräche analysieren. Genau dieser Grundsatz muss auch für E-Mails, Direktnachrichten und Messenger gelten.

Noch im Oktober erklärte CDU-Fraktionschef Spahn, die CDU sei gegen die anlasslose Kontrolle von Chats. Das sei so, „als würde man vorsorglich mal alle Briefe öffnen und schauen, ob da etwas Verbotenes drin ist“. Letzte Woche hat die CDU im Europäischen Parlament genau diese digitale Brieföffnung ermöglicht. Erneut hat die CDU damit ihr Wort gebrochen. Erneut hat die CDU dadurch Bürger politikverdrossener gemacht.

Die technische Realität macht die Chatkontrolle nicht besser. Automatisierte Systeme arbeiten nie vollkommen fehlerfrei. Selbst eine sehr geringe Feh-

lerquote kann angesichts von Milliarden Nachrichten zu einer enormen Zahl falscher Treffer führen. Ermittler müssten dann harmlose Familienbilder, private Gespräche und Fehlmeldungen überprüfen, anstatt ihre begrenzte Zeit für die Verfolgung tatsächlicher Täter einzusetzen. Wir finden die Nadel nicht schneller, indem wir den Heuhaufen immer größer machen.

Doch wir dürfen uns nicht auf die Abwehr schlechter Vorschläge beschränken. Wir müssen zeigen, wie wir Kinder tatsächlich besser schützen können. Wir brauchen mehr spezialisierte Ermittler, eine bessere europäische Zusammenarbeit und eine moderne technische Ausstattung der Strafverfolgungsbehörden.

Verdächtige müssen gezielt und auf Grundlage richterlicher Entscheidungen überwacht werden können. Kriminelle Netzwerke müssen dort verfolgt werden, wo sie tatsächlich operieren. Meldungen und vorhandene Beweise müssen schneller ausgewertet werden. Ebenso brauchen wir bessere Prävention, sichere Plattformgestaltung sowie ausreichend Personal bei Jugendämtern, Beratungsstellen und Familiengerichten.

Das Europäische Parlament hat bereits gezeigt, dass ein anderer Ansatz möglich ist: Überwachung nur bei einem begründeten Verdacht, auf richterliche Anordnung und ohne das Aufbrechen verschlüsselter Kommunikation. Für das verpflichtende Aufspüren von Kindesmissbrauchsmaterial liegen seit Langem ausgearbeitete Kompromissvorschläge des Europäischen Parlaments und des Rats auf dem Tisch. Anstatt diese endlich umzusetzen, forcierte die CDU eine Übergangsregelung für freiwillige Scans und verzögert damit nun eine Einigung auf wirksamen Kinderschutz.

Kinderschutz und Bürgerrechte sind keine Gegensätze. Ein starker Rechtsstaat muss beides gewährleisten. Er muss Kinder konsequent schützen, Täter verfolgen und dabei zugleich die Würde, Privatsphäre und Unschuldsvermutung eines jeden Menschen achten.

Der Autor ist Mitglied des Europäischen Parlaments und Generalsekretär der FDP in NRW.

Sport unter dem Davidstern

Unter dem Dach von Makkabi Deutschland haben sich mehr als 9 300 Mitglieder in rund 40 Sportvereinen zusammengeschlossen. Der Verband steht für jüdisches Selbstbewusstsein im Sport, für Integration und für den Kampf gegen Antisemitismus **VON PATRICK PETERS**

Sport überwindet kulturelle, sprachliche und soziale Barrieren, indem er Menschen durch gemeinsame Regeln, Ziele und emotionale Erlebnisse zusammenbringt. Ob im Team oder beim gemeinsamen Training: Sport stärkt den gesellschaftlichen Zusammenhalt und fördert aktiv die Integration. Die mehr als 86.000 Sportvereine sind wegen ihrer flächendeckenden Verbreitung bedeutsame Orte des zivilgesellschaftlichen Alltagslebens und „Integrationsmotoren“, heißt es bei der Bundeszentrale für politische Bildung.

Welche Bedeutung Sport im jüdischen Leben haben kann, zeigt Makkabi Deutschland, der Dachverband jüdischer Sportvereine in Deutschland, mit heute über 9 300 Mitgliedern in rund 40 Ortsvereinen. Bemerkenswert ist die Offenheit des Verbandes: Zwischen 60 und 80 Prozent der Mitglieder sind nicht jüdischen Glaubens. Gespielt wird dennoch mit dem Davidstern auf der Brust als Ausdruck eines selbstbewussten, modernen jüdischen Selbstverständnisses.

Dazu passt auch der Leitspruch „Makkabi Chai!“, was übersetzt so viel heißt wie „Lang lebe Makkabi!“. Das ist historisches Programm. Makkabi verweist auf Judas Makkabäus, den Anführer des jüdischen Aufstands gegen die Seleukiden. Sein Beiname wird häufig mit dem aramäischen Wort für „Hammer“ in Verbindung gebracht. Judas Makkabäus führte den Aufstand gegen die seleukidische Herrschaft, gewann Jerusalem zurück und ließ den entweihten Tempel wieder weihen. Aus dieser Erinnerung erwuchs das Chanukka-Fest. Den Beinamen „der Hammer“ trug Judas, weil er mit Entschlossenheit schlug, wo andere sich unterworfen hätten. Als jüdische Sportler am Ende des 19.

Jahrhunderts aus deutschen Turnvereinen ausgeschlossen wurden und sich eigene Vereine gründeten, wählten sie diesen Namen. Und als Makkabi Deutschland nach dem Holocaust neu gegründet wurde, klang in dem alten Namen die Botschaft mit: „Makkabi Chai!“, also „Der Hammer lebt!“. Der alte Name stand nach 1945 auch für den Willen, jüdisches Leben in



Ältester „Makkabi“ ist Maccabi Düsseldorf. Im Bild die Basketballmannschaft.

Foto: Imago/Funke Foto Services

Deutschland wieder sichtbar werden zu lassen.

Die Wurzeln des jüdischen Vereinssports in Deutschland reichen ins späte 19. Jahrhundert zurück. Im Jahr 1898 gründeten jüdische Studierende in Berlin den ersten jüdischen Turnverein Deutschlands unter dem Namen Bar Kochba, benannt nach dem Anführer des jüdischen Aufstands gegen die Römer. Der Verein entstand in einem Klima zunehmender antisemitischer Ausgrenzung aus bürgerlichen Sportvereinen. Bereits 1903 schlossen sich elf jüdische Turnvereine zu einem Dachverband zusammen, der Jüdischen Turnerschaft mit Sitz in Berlin. Im tschechischen Karlsbad wurde 1921 unter maßgeblicher Beteiligung deutscher Vertreter die Makkabi-Weltunion gegründet; die Zentrale des Weltverbands befand sich bis zur NS-Machtübernahme in Berlin. Alon Meyer, Präsident von Makkabi Deutschland und Träger des Verdienstkreuzes 1. Klasse der Bundesrepublik Deutschland, sieht den historischen Ursprung im „Aus-

schlussprinzip“, weil Juden aus nichtjüdischen Vereinen immer wieder ausgeschlossen worden seien. Den Namen „Makkabi“ für einen deutschen Verein trug erstmals der FC Maccabi Düsseldorf, gegründet 1923.

Bis 1933 gab es in Deutschland rund 90 jüdische Sportvereine. Mit der nationalsozialistischen Machtübernahme begann die systematische Ausgrenzung der jüdischen Sportvereine. Mit der Reichspogromnacht 1938 wurde auch die jüdische Sportbewegung in Deutschland vollständig unterbunden. Nach dem Holocaust dauerte es zwei Jahrzehnte, bis sich in Deutschland wieder Sportler unter dem Davidstern in einem eigenen Verband zusammenschlossen. Am 23. Mai 1965 – wenige Tage nachdem Deutschland und Israel diplomatische Beziehungen aufgenommen hatten – wurde in Düsseldorf die Neugründung von Makkabi Deutschland gefeiert. Architekt dieser Neugründung war Max Loewy, der

nach Deutschland zurückgekehrt war und Netzwerke bis in den Deutschen Sportbund und nach Israel geknüpft hatte. Noch im selben Jahr entstanden Ortsvereine in München und Frankfurt. 1966 zählte der Verband bereits acht Vereine mit 1000 Mitgliedern. 1969 nahm erstmals seit der NS-Zeit wieder eine deutsche Mannschaft an der Makkabiade in Israel teil, der größten internationalen jüdischen Sportveranstaltung in Israel.

Die Makkabi-Vereine verbinden sportliche Offenheit mit jüdischer Identität. Die jüdischen Feiertage werden in der Vereinskultur berücksichtigt: An Hohen Feiertagen und am Schabbat wird kein Ligabetrieb bestritten; statt Weihnachtsfeiern gibt es Chanukka-Feste. Kinder sollen auf diese Weise in die jüdische Tradition hineinwachsen. „Wir sind keine Rabbiner auf dem Fußballplatz“, sagte Mordechai Tichauer, früherer Vizepräsident von Makkabi Deutschland, vor einigen Jahren, „aber wenn ein Jude bei Makkabi spielt, dann ist er zu Hause. Die Begriffe Heimat,

Judentum, Zionismus, das alles macht Makkabi aus.“ Vor allem die Integrationsleistung für jüdische Zuwanderer ist hoch. Nach dem Zusammenbruch der Sowjetunion strömten in den 1990er-Jahren viele jüdische Zuwanderer aus den Nachfolgestaaten nach Deutschland. Für diese Menschen wurden die Makkabi-Vereine zu einem zentralen Integrationsort, denn sprachliche Barrieren spielten auf dem Spielfeld keine Rolle, jüdische Werte wurden vermittelt, und Gemeinschaft entstand im gemeinsamen Training und im Vereinsalltag. Alon Meyer formulierte es so: „Neben der Zentralwohlfahrtsstelle hat Makkabi wohl die vielleicht wichtigste Rolle bei der Integration der Zuwanderer.“

Diese Verbindung von Sport und gesellschaftlicher Verantwortung prägt auch das Präventionsprojekt „Zusammen1 – Für das, was uns verbindet“, gefördert im Rahmen des Bundesprogramms „Demokratie leben!“ des Bundesfamilienministeriums, in Kooperation mit dem Zentralrat der Juden in Deutschland und der Jüdischen Gemeinde Düsseldorf. Das Projekt richtet sich gegen Antisemitismus und Diskriminierung im organisierten Sport, vor allem im Fußball, und verbindet Bildungsarbeit mit sportpraktischen Einheiten. Nach dem Terrorangriff der Hamas auf Israel am 7.

Oktober 2023 verschärfte sich auch im Sport die Aufmerksamkeit für antisemitische Vorfälle. Makkabi Deutschland und der Bundesverband RIAS führten einen digitalen Meldebutton ein, über den Betroffene und Zeugen antisemitische Vorfälle im Sport melden können. Betroffene und Zeugen können Vorfälle unkompliziert, sicher und auf Wunsch komplett anonym melden. Ziel ist die „Förderung eines Umfelds, in dem sich alle sicher und akzeptiert fühlen“, sagt Alon Meyer. Eine Meldung wird automatisch und sicher an den Bundesverband RIAS übermittelt und bearbeitet. Die anonymisierten Daten dienen der bundesweiten Erfassung von Antisemitismus im Sport, um präventive Maßnahmen zu entwickeln und Betroffenen gezielt helfen zu können.

Der Autor ist Germanist und Prorektor der Altbach Hochschule (Konstanz). Er ist als Publizist und Berater tätig.

Bürokratiemonster, Teil II

Es kommt Bewegung in die Pläne für das Antidiskriminierungsgesetz in Nordrhein-Westfalen: Nach heftiger Kritik entscheidet sich die schwarz-grüne Landesregierung für Änderungen **VON FRANK STENGLEIN**

Die Proteste der Polizeigewerkschaften, aber auch Bedenken von Rechtsexperten, führten zu einem Teilerfolg: Das umstrittene Antidiskriminierungsgesetz der schwarz-grünen Landesregierung in Nordrhein-Westfalen (DT vom 5. Mai) soll in einigen Punkten entschärft werden. „Mir ist es wichtig, dass die Beschäftigten in der Landesverwaltung – ob bei der Polizei, in den Schulen oder in anderen Bereichen – mit Sicherheit, Vertrauen und Rückhalt arbeiten können“, wird Gleichstellungsministerin Verena Schäffer (Grüne) in der „Welt“ zitiert.

Kern des Gesetzes war, dass künftig schon das Vorbringen von „Indizien“ durch einen Bürger ausreichen sollte, um Behörden oder Schulen zum Handeln zu zwingen. Polizisten oder Lehrkräfte hätten dann ihrerseits beweisen müssen, dass sie bei einer Amtshandlung, etwa einer polizeilichen Kontrolle, nicht diskriminiert hatten. Die Gewerkschaft der Polizei (GdP) und die konservative Deutsche Polizeigewerkschaft (DPOlG) hatten dies gemeinsam als massive Erschwernis ihrer Arbeit als „Bürokratie-Monster“ und als Förderung einer Misstrauenskultur bezeichnet.



Beim Herauswinken diskriminiert? Dem will ein Gesetzesvorhaben in Nordrhein-Westfalen vorgehen. Nach Kritik soll es nur abgeschwächt kommen. Foto: Imago/Funke Foto Services

Die Grünen, motiviert vielleicht auch durch mehr oder weniger sanften Druck der CDU, knickten ein. Nun soll es erforderlich sein, „Tatsachen vorzulegen“, die eine Diskriminierung „überwiegend wahrscheinlich machen“. Was das genau heißen soll, ist nicht ganz einfach zu fassen. „Wenn ein Bürger mehrere Male innerhalb kurzer Zeit und in der immer gleichen Weise ergebnislos von Polizisten kontrol-

liert wird, könnte dies eine Beweis-Tatsache sein, die die Annahme stützt, dass hier diskriminiert wird“, meint ein Rechtskundler, der anonym bleiben will. Andererseits sind durchaus Lagebilder denkbar, die einen solchen polizeilichen Fahndungsdruck taktisch sinnvoll erscheinen lassen, etwa bei der Bekämpfung des Drogenhandels. Die Konflikthanfälligkeit des Themas ist also nicht völlig behoben.

Weitere Änderungen: Wenn die Polizei lediglich auf Anordnung von Staatsanwaltschaften und Gerichten tätig wird, gilt das Gesetz grundsätzlich nicht, da diese Institutionen bereits Kontrollmechanismen hätten. Außerdem wird der bisher offen gehaltene Katalog an möglichen Verfehlungen juristisch klar formuliert und dann geschlossen. Als Diskriminierung gilt demnach, wenn eine Behörde antisemitisch, antiziganistisch oder rassistisch agiert oder ihre Entscheidungen von Nationalität, Herkunft, Religion, Geschlecht, Sexualität, Behinderungen, einer chronischen Erkrankung oder Alter abhängig gemacht hat.

Die Landesregierung will ferner eine Ombudsstelle gründen, um Konfliktfälle möglichst außergerichtlich zu lösen. Verbunden ist dies selbstverständlich einmal mehr mit dem Neuaufbau von Personal, was angesichts des überlasteten Haushalts und der steten Beteuerung des Bürokratieabbaus keine Petitesse ist. Die neue Ombudsstelle gesellt sich zu den zahlreichen in NRW unter Schwarz-Grün aus dem Boden geschossenen Antidiskriminierungsstellen, von manchen auch weniger vornehm „Petz-Portale“ genannt.

Ein landeseigenes Antidiskriminierungsgesetz gibt es bisher nicht zufällig nur in Berlin, dort einst durchgesetzt von der rot-rot-grünen Koalition. Es ist offenkundig, dass in NRW die Grünen die treibende Kraft sind. Man müsse eben dem Koalitionspartner auch einmal einen Stich gönnen, heißt es aus der CDU, in der das Thema „keine Herzensangelegenheit“ sei, nicht zuletzt, weil es mit nicht unerheblichen Kosten verbunden ist.

Die Polizeigewerkschaften reagierten unterschiedlich auf die nunmehr wohl endgültige Fassung des geplanten Gesetzes. Die GdP bekundete „Erleichterung“ über die Abwendung der „Beweislastumkehr“ und betonte den Kompromisscharakter, erklärte aber gleichzeitig, eigentlich sähe man weiterhin keinen Anlass für ein solches Gesetz.

Noch skeptischer äußert sich die konservative Konkurrenz: „Die DPOlG NRW hat die Änderungen zur Kenntnis genommen – das Gesetz ist jedoch weiterhin im Gesamten ein überflüssiges Bürokratiemonster und ein Ausdruck des Misstrauens gegenüber den Beschäftigten des öffentlichen Dienstes“, heißt es in einer Mitteilung. **Der Autor arbeitet als Journalist in Essen.**

Systematische Verfolgung
Europaparlament bringt Christennöte zur Sprache

VON STEPHAN BAIER

Deutliche Kritik an der systematischen Diskriminierung und Gewalt gegen Christen in Nigeria und in Pakistan hat das Europäische Parlament in der Vorwoche geäußert. Im Juni waren im zentralnigerianischen Bundesstaat Plateau Dutzende Christen bei einem bewaffneten Überfall auf das Dorf Kawel ermordet und weitere schwer verletzt worden. Das Europäische Parlament kritisiert nun, „dass die nigerianischen Staatsorgane trotz wiederholter Warnungen von Gemeinschaften vor Ort, Kirchen, Menschenrechtsorganisationen und Organisationen der Zivilgesellschaft nicht in der Lage sind, solche Angriffe zu verhindern“ oder gefährdete christliche Gruppen zu schützen.

Es gebe zudem keine gründlichen Untersuchungen und Strafverfolgungsmaßnahmen. Der Angriff auf das christliche Dorf Kawel folge „einem umfassenderen Gewaltmuster im Bundesstaat Plateau ..., das Angriffe auf überwiegend christliche landwirtschaftliche Gemeinschaften, traditionelle Anführer, Geistliche, Schulen, medizinische Einrichtungen und Gotteshäuser einschließt“. Das Europaparlament nennt in seiner Resolution zu Nigeria zwar die vielfältigen Spannungen zwischen Viehhirten (Fulani) und Landwirten, ebenso wie die organisierte Kriminalität und die ethnischen Konflikte, verkennt aber nicht, dass sich die Lage der Christen im Norden Nigerias wie in Zentralnigeria laufend verschlechtert.

Ausdrücklich heißt es in dem verabschiedeten Text, „dass Christen weltweit die am stärksten verfolgte Religionsgemeinschaft sind und dass die Tatsache, dass nicht gegen diese Verfolgung vorgegangen wird, den Schutz der Religions- und Weltanschauungsfreiheit aushöhlt“. Alarmiert zeigt sich das Europäische Parlament von der wachsenden Zahl gezielter Entführungen und Verschleppungen von Frauen und Mädchen in Nigeria. Die Regierung müsse der bestehenden „Kultur der Straflosigkeit“ ein Ende setzen, Maßnahmen zur Terrorismusbekämpfung ausweiten und den Zivilschutz stärken.

Auch mit der bedrängten Lage der religiösen Minderheiten in Pakistan hat sich das Europäische Parlament in seiner letzten Sitzung vor der Sommerpause befasst. Christen gehörten „in Pakistan zu den am stärksten verfolgten Religionsgemeinschaften“, heißt es in einer Resolution, die sich gegen die Entführung, Zwangskonvertierung und Kinderehe von unmündigen Mädchen wendet. Anlass war der Fall der 13-jährigen Christin Maria Shahbaz aus Lahore, die zunächst entführt und gezwungen wurde, zum Islam zu konvertieren, um dann ihren Entführer zu heiraten. Es gebe, so kritisiert das Europaparlament, „in Pakistan ein anhaltendes und gut dokumentiertes Muster der Entführung, Zwangskonvertierung und Zwangsheirat minderjähriger Mädchen, die hinduistischen, christlichen und anderen religiösen Minderheiten angehören“.

Zudem seien religiöse Minderheiten willkürlichen Inhaftierungen, Schikanen, Entführungen und dem Missbrauch von Gesetzen über Blasphemie und Terrorismusbekämpfung ausgesetzt. Das Europaparlament fordert die Regierung von Pakistan auf, dafür zu sorgen, „dass alle Fälle, die Minderjährige betreffen oder in denen Vorwürfe der Ausübung von Zwang erhoben werden, transparent und unabhängig untersucht werden“. Täter müssten wirksam verfolgt und entführte Mädchen zu ihren Familien zurückgebracht werden. Ausdrücklich verurteilt das Europäische Parlament „die systematische Verfolgung von Christen in Pakistan“. Die christliche Gemeinschaft sei mit Diskriminierung, Gewalt und Einschüchterung konfrontiert. Die EU und ihre Mitgliedstaaten müssten die Themen Zwangskonvertierung und Zwangsheirat sowie den Schutz von religiösen Minderheiten in ihren Dialogen mit Pakistan zur Sprache bringen.

Gipfelpunkte von Ankara und Paris

Roderich Kiesewetter (CDU), Anton Hofreiter (Grüne) und Rüdiger Lucassen (AfD): So ziehen die deutschen Verteidigungspolitiker Bilanz zum NATO-Gipfel und dem Treffen in Paris

VON SEBASTIAN SASSE

Nach dem einen Gipfel folgt der nächste. Das Zusammentreffen der NATO-Staaten in Ankara war gerade vorbei, da versammelte sich Anfang der Woche auch schon in Paris die „Koalition der Willigen“, zu der sich 37 Staaten zusammengeschlossen haben, die die Ukraine verstärkt unterstützen wollen. Wie sieht die Bilanz dieser Tage aus? Geht die europäische Säule der NATO gestärkt aus ihnen hervor? Und wie steht es um die Rolle Deutschlands dabei? Dazu befragte diese Zeitung drei Verteidigungspolitiker.

„Sowohl der NATO-Gipfel als auch das Treffen der Ukraine-Unterstützer in Paris fallen ernüchternd aus“, sagt Rüdiger Lucassen. Der Oberst a. D. war bis April verteidigungspolitischer Sprecher der AfD-Bundtagsfraktion. Nach einem Richtungsstreit trat er von seinem Amt zurück. Deutschland sei der größte Unterstützer der Ukraine. Deswegen wäre es „die Aufgabe von Friedrich Merz, nach Moskau zu reisen und einen diplomatischen Vorstoß zu wagen. In der Marktwirtschaft nennt man so etwas Kaltakquise“, ist Lucassen überzeugt. Zur Verteidigungsfähigkeit Deutschlands stellt er fest: „Deutschland hat der NATO eine aktive Streitkraft von 260 000 Soldaten angezeigt. Dabei ist jetzt noch nicht mal gewiss, ob die bisher gültige Obergrenze von 203 000 Soldaten bis 2029 erreicht wird. Es werden Material und Waffensysteme beschafft, als ob es kein Morgen gäbe. Dabei fehlt ein belastbares Strukturkonzept, das die große Zahl von neu zugeführten Systemen in den nächsten Jahren aufnehmen kann. Außerdem ist die Aufrüstung unserer Streitkräfte auf Schulden aufgebaut. Ein ungedeckter Scheck für die Zukunft.“ Lucassen plädiert dafür, dass die NATO sich von den USA emanzipiere. „Dazu gehört eine europäische Militär-



Der Gipfel nach dem Gipfel: In Paris traf sich Anfang der Woche die sogenannte „Koalition der Willigen“ unter Macrons Regie. Foto: Imago/Bestimage

struktur, die sukzessive die transatlantische konventionelle NATO ersetzt.“ Der Oberbefehlshaber der NATO-Streitkräfte in Europa könne dann künftig ein Europäer sein. „Die USA müssen allerdings den nuklearen Abschreckungsschirm weiterhin den Verbündeten zur Verfügung stellen. Eine solche Forderung können nur starke Europäer aufrechterhalten“, meint er. Bei Gesprächen im State Department vor zwei Wochen habe er den Eindruck gehabt, dass die Trump-Administration bereit sei, so einen Weg zu gehen.

Anton Hofreiter setzt einen anderen Akzent: „Mittlerweile muss man nach einem NATO-Gipfel schon froh sein, dass Donald Trump nicht den Austritt der USA aus der NATO verkündet hat“, meint der Bundestagsabgeordnete der Grünen. Es bestehe weiter das Problem, „dass wir Donald Trump nicht vertrauen können“. Deswegen teile er die Euphorie des Kanz-

lers nach dem Gipfel nicht. Die Bundesregierung müsse „nun endlich die richtigen Schlüsse aus dem Gebaren des US-Präsidenten und seiner Administration ziehen“. „Wir dürfen den Frieden auf unserem Kontinent nicht in die Hände eines egomanischen, korrupten und europafeindlichen US-Präsidenten legen. Deutschland muss gemeinsam mit seinen europäischen Partnern deutlich eigenständiger werden. Wir müssen in der Lage sein, uns in Europa auch ohne die USA zu verteidigen. Wie dringlich die Lage ist, zeigt nicht nur der russische Angriffskrieg in der Ukraine, sondern auch die fortlaufenden hybriden Angriffe Russlands auf EU- und NATO-Staaten“, ist Hofreiter überzeugt. Die imperialen Bestrebungen des Kremls seien eine reale Bedrohung. „Deshalb müssen wir tun, was notwendig ist, um Putin von einem Angriff auf EU- und NATO-Staaten abzuhalten.“

Die Mitte der Mitte

Dem christdemokratischen CDA kommt in der niederländischen Regierung mit einem links- und einem rechtsliberalen Partner eine Schlüsselstellung zu. Ein Modell für Minderheitsregierungen?

VON MEÛS VAN DER POEL

Eine bekannte niederländische Legende dreht sich um die „Katze von Kinderdijk“. Der Überlieferung zufolge hielt eine Katze während der verheerenden Elisabethflut von 1421 eine Wiege mit einem Säugling im Gleichgewicht, indem sie von einer Seite zur anderen sprang. Die Geschichte dient heute als Metapher für die Rolle des christdemokratischen CDA (Christen-Democratisch Appèl), der zwischen den beiden liberalen Regierungsparteien das politische Gleichgewicht sichern soll. Ende Januar 2026 trat in den Niederlanden mit dem Kabinet von Rob Jetten von der linksliberalen Partei D66 erstmals seit mehr als einem Jahrhundert eine Minderheitsregierung ins Amt. Anders als in Dänemark oder Schweden verfügen die Niederlande bislang kaum über Erfahrungen mit Minderheitskabinetten, hier Deutschland ganz ähnlich.

Nun hat die Regierung ihre erste größere Bewährungsprobe bestanden. Kurz vor der Sommerpause des Parlaments hat die Zweite Kammer über weitreichende Maßnahmen zur Reduzierung der Stickstoffemissionen beraten. Das Thema gilt seit Jahren als eines der politisch schwierigsten des Landes, da Umweltauflagen zahlreiche Infrastruktur-, Wohnungsbau- und Landwirtschaftsprojekte blockieren.



Der Chef der niederländischen Christdemokraten, Henri Bontenbal. Foto: Imago/ANP

Vor den Augen zahlreicher protestierender Landwirte auf der Besuchertribüne erhielt die Regierung die notwendige Unterstützung aus der Opposition. Die Partei Pro, ein Zusammenschluss von Sozialdemokraten und Grünen, sagte ihre Zustimmung zu und verschaffte dem Kabinet damit eine Mehrheit in der Zweiten

Kammer. Für die Zustimmung im Senat (Erste Kammer) werden zwar noch weitere Stimmen benötigt, doch diese könnten von kleineren Oppositionsparteien wie der Tierschutzpartei, der Sozialistischen Partei oder Volt kommen.

Die parlamentarische Sommerpause bietet Ministerpräsident Rob Jetten nun Gelegenheit, die Haushaltsverhandlungen vorzubereiten und weitere Gespräche mit Oppositionsparteien zu führen. Im September werden traditionell am „Prinsjesdag“, dem niederländischen Pendant zur Haushaltserklärung der Bundesregierung, die Budgetpläne für das kommende Jahr vorgestellt. Beobachter gehen davon aus, dass sich hierfür wechselnde Mehrheiten diesmal mit konservativen Parteien finden lassen.

Die Entscheidung von Rob Jetten (D66), Dilan Yeilgöz (VVD) und Henri Bontenbal (CDA), eine echte Minderheitsregierung zu bilden, markiert einen Bruch mit der bisherigen politischen Praxis in Den Haag. Während niederländische Regierungen traditionell auf festen Mehrheitskoalitionen beruhen, setzt das neue Bündnis auf eine flexible Zusammenarbeit mit wechselnden Partnern im Parlament.

Nach den ersten Monaten deutet vieles darauf hin, dass dieses Modell funktionie-

ren könnte. Ausschlaggebend sind dabei nicht nur die aktuellen politischen Kräfteverhältnisse, sondern auch die niederländische Konsenskultur. In einer Zeit wirtschaftlicher Unsicherheiten und geopolitischer Spannungen erscheint die Suche nach wechselnden Mehrheiten für viele Akteure als die pragmatischste Lösung.

Eine besondere Rolle kommt dabei dem christdemokratischen CDA zu. Während D66 den Ministerpräsidenten stellt und die rechtsliberale VVD den Vizepremier, übernimmt Parteichef Henri Bontenbal im Parlament die Funktion eines Vermittlers zwischen den politischen Lagern. Gerade diese Position in der politischen Mitte verschafft dem CDA erheblichen Einfluss.

Ob sich das niederländische Minderheitsmodell dauerhaft bewährt, wird sich erst bei den anstehenden Haushaltsverhandlungen und weiteren kontroversen Reformprojekten zeigen. Die ersten Monate deuten jedoch darauf hin, dass flexible Mehrheiten auch in den Niederlanden eine tragfähige Alternative zur klassischen Mehrheitskoalition sein können.

Der Autor war unter anderem Wahlkampfmanager des CDA und arbeitet seit 2020 als politischer Berater in Berlin.

LEITARTIKEL

Das Kreuz mit der Identitätspolitik



„Christliches Abendland“ ja, Kirche nein? Im neuen AfD-Vorstand bekennen sich nur zwei von 14 Personen zu einer Kirche

VON BENJAMIN LEVEN

Das einschlägige Zitat von Alexander Gauland stammt aus dem Jahr 2016: „Wir sind keine christliche Partei. Wir sind eine deutsche Partei, die sich bemüht, deutsche Interessen wahrzunehmen.“ Anderthalb Jahre später sagte Alice Weidel, die AfD sei „die einzige christliche Partei, die es noch gibt“. 26 Prozent der Katholiken und 27 Prozent der Protestanten würden derzeit laut einer INSA-Umfrage AfD wählen. Unter den Konfessionslosen sind es 30 Prozent. Die AfD inszeniert sich politisch als Heilsbringerin: als einzige Lösung in einer existenziellen Krise, die sich einer Phalanx von Feinden gegenüber sieht und von deren Sieg letztlich das Überleben des Volkes abhängt. Diese Inszenierung verfängt offenbar auch bei Teilen des konservativen christlichen Milieus. Ihre größten Erfolge feiert die Partei indes im entkirchlichten Osten der Republik. In Sachsen-Anhalt, wo demnächst gewählt wird, gehören nur 16 Prozent einer der großen Kirchen an. Ähnlich ist die Quote im neugewählten AfD-Bundesvorstand: Hier ist bei zwei von 14 Mitgliedern eine Kirchenmitgliedschaft dokumentiert: Katrin Ebner-Steiner, bayerische AfD-Fraktionsvorsitzende, ist laut offiziellen Angaben römisch-katholisch. Und der Bundestagsbio-

graphie von Maximilian Kneller ist zu entnehmen, dass er evangelisch ist. Martin Reichardt, AfD-Vorsitzender in Sachsen-Anhalt und Bundestagsabgeordneter, firmierte noch in der vergangenen Legislaturperiode als evangelisch; jüngst ist diese Angabe weggefallen. Er sei schon zu Beginn der Neunzigerjahre ausgetreten, sagt er nun auf Anfrage, weil damals „Soldaten der Zugang zu Gottesdiensten verwehrt“ worden sei; dem evangelischen Glauben fühle er sich aber weiter verbunden. Dennis Hohloch, der im Brandenburger Landtag sitzt, trat 2021 wegen der kirchlichen Unterstützung für Seenotrettungsschiffe aus der evangelischen Kirche aus. Der EU-Abgeordnete Alexander Jungbluth macht ebenfalls keine Angaben, postete jedoch kürzlich auf „X“: „Wir Christen feiern heute Christi Himmelfahrt.“ Von den Parteivorsitzenden Weidel und Chrupalla ist weder etwas über eine Kirchenmitgliedschaft bekannt, noch über persönliche Glaubensüberzeugungen. Gleiches gilt für die übrigen Vorstandsmitglieder. Umso zahlreicher sind jedoch die kirchenkritischen Äußerungen aus der AfD. Viele davon sind Reaktionen auf die Abgrenzungssignale von katholischen Bischöfen und evangelischen Landeskirchen. Weidel

sagte 2017, die „Amtskirchen“ seien „politisiert“, die „Trennung von Staat und Kirche“ werde „nicht eingehalten“ und die Kirchen spielten die „gleiche unrühmliche Rolle“, die sie im Dritten Reich gespielt hätten. Der neue stellvertretende Bundessprecher Stefan Möller schrieb im vergangenen Jahr „Abgeordnetenwatch“: „Meine Zielvorstellung ist ein weitgehend säkularer Staat“, der Einfluss der Religionsgemeinschaften gehe ihm „schon zu weit“. Er halte nichts davon, wenn sie „anfangen, Politik zu machen“, oder den öffentlichen Raum zu erobern. Kirchen und Kreuze seien aber kein Problem, weil sie „traditionell zum Leben in unserem Land gehören“ und „hier nicht der religiöse Aspekt im Vordergrund“ stehe. Der Bezug auf das Christentum funktioniert in der AfD seit jeher identitätspolitisch, nicht kirchlich-konfessionell. Das Wahlprogramm der AfD in Sachsen-Anhalt kann mit Fug und Recht als kirchenfeindlich bezeichnet werden. Dennoch setzen auch einige überzeugte Christen politische Hoffnungen in die AfD. Dabei sollten doch gerade sie wissen, was von einer politischen Kraft zu halten ist, die mit einem exklusiven Rettungsanspruch auftritt.

„Das Wahlprogramm der AfD in Sachsen-Anhalt kann man als kirchenfeindlich bezeichnen“

KOMMENTAR

Katholisch nach Liese

CDU-Europapolitiker fordert Männerpille. Und setzt neue Maßstäbe

„Wer katholisch ist, kann nicht gegen die Pille für den Mann sein.“ – Dann müssen sich wohl der Papst und mit ihm die romtreuen Katholiken fragen, ob sie überhaupt katholisch sind. Und ob man wenigstens gegen die Pille für die Frau sein darf, um nach der Definition von Peter Liese noch als katholisch zu gelten. Und überhaupt: Ob man als Katholik der Sexualmoral der katholischen Kirche folgen darf? Dass die Kirche in Deutschland nicht erst seit dem Synodalen Weg ihren Sonderweg geht, ist nichts Neues. Dass aber ein CDU-Europaabgeordneter vorgibt, welche Einstellungen ein Katholik zu haben hat, eher schon. Liese, Arzt und Mitglied des Zentralkomitees der deutschen Katholiken (ZdK), untermauerte seine erstaunliche Aussage im Interview mit der Katholischen Nachrichten-Agentur (KNA) mit der Begründung: „denn solche Verhütungsmittel verhindern die Verschmelzung von Ei- und Samenzelle – also bevor menschliches Leben entstehe“. So könnten ungewollte Schwanger-

schaften und damit Abtreibungen vermieden werden. Was für eine abgründige Logik. Doch diese Denkweise ist weit verbreitet: Dass eine Abtreibung die folgerichtige „Lösung“ bei einer misslungenen Empfängnisverhütung ist und eine ungewollte Schwangerschaft geradezu zwangsläufig in ihrem „Abbruch“ endet. Johannes Paul II. hob in „Evangelium Vitae“ hervor, beide Praktiken, künstliche Verhütung und Abtreibung, hätten in vielen Fällen „ihre Wurzeln in einer Mentalität, die von Hedonismus und Ablehnung jeder Verantwortlichkeit gegenüber der Sexualität bestimmt wird, und unterstellen einen egoistischen Freiheitsbegriff, der in der Zeugung ein Hindernis für die Entfaltung der eigenen Persönlichkeit sieht.“ Das Leben, das aus der sexuellen Begegnung hervorgehen könnte, werde so zum Feind, das absolut vermieden werden müsse. So gesehen sind Lieses Äußerungen Ausdruck der Mentalität, vor der die Kirche seit Jahrzehnten warnt.

SINA HARTERT

GASTKOMMENTAR

Labours Hoffnungsträger

Viele Briten hoffen auf eine Wende. Wird Andy Burnham sie bringen?

Andy Burnham ist die letzte Hoffnung für die Labour-Partei. Nach dem Absturz mit Keir Starmer glaubt sie nun an eine Wiederauferstehung. Schon nächste Woche dürfte der langjährige Bürgermeister von Manchester in der Downing Street einziehen. Anders als der zutiefst unpopuläre Starmer genießt der 56-jährige Burnham positive Beliebtheitswerte. Zudem spielt ihm das Glück in die Hände. Die rechtspopulistische Reform UK wird ausgebremst, seit Nigel Farage wegen mehrerer Spendenkandale unter Druck geraten ist. Burnhams Anhänger feiern ihn als „König des Nordens“, der in London die Dinge ändern werde. Er hat versprochen, den Regionen und den Bürgermeistern jenseits des englischen Südostens mehr Macht und auch mehr fiskalische Kompetenzen zu übertragen. Das ist ein richtiger Ansatz: Das Land ist politisch zu stark zentralisiert, sogar mehr noch als Frankreich. Während in London politische Entscheidungen, Wohlstand und wirtschaftliche Dynamik konzentriert sind, wächst in der abgehängten, deindustrialisierten Provinz der Frust. Doch ob Burnham mit seinem „wirtschaftsfreundlichen Sozialismus“ das Land nach vorne

bringt, darf man bezweifeln. Mehr Sozialismus und Staatsinterventionismus würden nicht guttun. Die Steuerbelastung ist schon jetzt die höchste seit dem Weltkrieg. Die konsumtiven Ausgaben des Sozialstaats steigen rasant und schmälern Spielräume für Investitionen. Die Wirtschaft wächst nur schwach. Starmer scheiterte daran, notwendige Reformen durchzusetzen. Der Sozialstaat gibt Geld, aber keine Perspektive. Rund ein Sechstel der jungen Erwachsenen ist ohne Arbeit, ohne Ausbildungs- oder Studienplatz. Erst langsam hat London diesen Skandal erkannt. Was es auch bräuchte, wäre eine Wertewende. Burnham ist Katholik und wird erst der zweite katholische Premier (nach Boris Johnson) sein. Doch seine Werte in Lebensrechtsfragen bleiben vage. Dass Abtreibungen bis zur 24. Woche legal sind und sogar spätere Abtreibungen bis zur Geburt für Mütter straffrei gestellt wurden, hat Burnham nie kritisiert. Fast jede dritte Schwangerschaft endet in einer Abtreibung. Die große Mehrheit der Politiker bleibt dazu komplett stumm.

PHILIPP PLICKERT
Der Autor ist Wirtschaftskorrespondent der „Frankfurter Allgemeinen Zeitung“ in London.

PRESSESTIMMEN

Rettung der NATO im Zeitalter von Trump
Aus einem Leitartikel der „Financial Times“:
Um das Bündnis zu retten, müssen die Europäer mehr Verantwortung übernehmen. Sie sollen ihre US-Abhängigkeit bei Aufklärung, Zielerfassung, Transport, Luftverteidigung und militärischer Unterstützung verringern. Auch gemeinsame EU-Kredite kommen in Betracht. Produktionsengpässe in der Rüstung müssen beseitigt werden. Zudem sollten Europas Staaten schneller in Luftabwehr, Langstreckenwaffen und Einsatzbereitschaft investieren. Doch auf dem NATO-Gipfel erhielten diese Fragen kaum die nötige Aufmerksamkeit. Stattdessen zeichnete sich erneut eine Inszenierung ab, die Trumps Eitelkeit mit großen Zahlen zu höheren Verteidigungsausgaben und europäischen Käufen von US-Waffen bedient. Die transatlantische Kluft lässt sich so nicht

überdecken. Europa muss sich auf Selbstverteidigung mit weniger US-Hilfe vorbereiten – vielleicht ganz ohne sie.

Die NATO, dieser „Papiertiger“, der wieder brüllen lernen muss
Aus einem Leitartikel aus der Schweizer Zeitung „Le Temps“:
Beim NATO-Gipfel in Ankara setzte das Bündnis auf Kürze und Schadensbegrenzung. Vor allem sollte verhindert werden, dass Donald Trump den Gipfel sprengt. Doch gerade diese Strategie birgt ein Risiko: Die NATO könnte wie eine Organisation wirken, die sich nicht mehr zu behaupten wagt. Die Abschlusserklärung wurde auf das Nötigste reduziert. Sie bekräftigt die Unterstützung für die Ukraine, nennt Russland eine „langfristige Bedrohung“, bestätigt höhere Verteidigungsausgaben und erinnert an Artikel 5. Das ist ein kleiner Erfolg, weil Trump wiederholt Zweifel an der Beistandspflicht gesät hat. Zugleich

nennt er die NATO einen „Papiertiger“. Ist es tragfähig, Ambitionen aufzugeben, nur um Scheineinheit zu wahren? Die NATO muss zeigen, dass Zusammenhalt und Abschreckung nicht von den Launen eines US-Präsidenten abhängen.

Mehr Eigenverantwortung statt bloßer Lastenverschiebung
Aus einer Analyse der italienischen RAI-News:
Der NATO-Gipfel in Ankara endete ohne offenen Bruch. Doch hinter den versöhnlichen Gesten blieb die Frage: Wer trägt künftig die Hauptlast der europäischen Sicherheit? Giorgia Meloni will Italiens Verpflichtungen bei den Verteidigungsausgaben erfüllen, aber „auf nachhaltige Weise“ und nach eigenen Prioritäten. In der Verlagerung von Verantwortung von den USA auf Europa sieht Meloni auch eine Chance: Europa müsse mehr Kontrolle über seine Sicherheit gewinnen. „Die Fähigkeit, sich

selbst zu verteidigen, ist der Vorraum zur eigenen Souveränität“, sagte sie. Auch Ankara verband sein Entgegenkommen mit Bedingungen. Erdogan forderte weniger Barrieren in der Verteidigungsindustrie der Verbündeten und warnte vor kostspieligen Doppelstrukturen außerhalb der NATO. Der Gipfel zeigte: Einheit gibt es zwar, aber sie wird stärker an nationale Interessen und europäische Eigenverantwortung gebunden.

Trump's Stimmungsschwankungen prägen den NATO-Gipfel
Luisa Corradini in der argentinischen Zeitung „La Nación“:
Das Atlantische Bündnis wollte in Ankara Einigkeit bei Aufrüstung und Ukraine-Hilfe demonstrieren – und musste sich doch erneut mit Donald Trumps Stimmungsschwankungen beschäftigen. Die Europäer liebten ihrer Strategie des Abwartens treu. NATO-Generalsekretär Mark Rutte wies

wie üblich zurück, dass Trumps Kritik das Bündnis ernsthaft gefährde. Trotz ausgebliebener Turbulenzen dürfte der Gipfel als Treffen in Erinnerung bleiben, bei dem die NATO vor allem bemüht war, Trump einzuhegen, statt eine gemeinsame strategische Vision zu entwerfen. Das kurze Format, die Betonung europäischer Aufrüstungszahlen und die Bekräftigung von Artikel 5 folgten Ruttess Linie: zeigen, dass die 2025 in Den Haag gemachten Zusagen umgesetzt werden. Die angekündigten 70 Milliarden Euro für die Ukraine 2026 und weitere 70 Milliarden für 2027 belegen, dass Europa und Kanada die Finanzierung der Kriegsanstrengungen fast vollständig übernehmen. Doch Trumps Unberechenbarkeit bleibt. Wer morgens gegen Verbündete wettet und nachmittags die Einheit der NATO feiert, lässt Zweifel an der Stabilität der transatlantischen Beziehungen aufkommen.

„Vergeben ist keinesfalls Schwäche“

Ist die Verehrung der heiligen Maria Goretti als „Märtyrin der Reinheit“ nicht mehr zeitgemäß? Die Moraltheologin Katharina Westerhorstmann widerspricht: Ein mutiges Mädchen darf nicht für eigene Theorien vereinnahmt werden

VON REGINA EINIG

Frau Westerhorstmann, gegen die Verehrung der heiligen Maria Goretti als Märtyrin der Reinheit haben drei Theologinnen Einwände erhoben. Sexuelle „Reinheit“ und die Vergebung des Opfers für den Mörder seien problematische Kriterien der Heiligkeit. Was ist an dieser Kritik dran?

Sexuelle Reinheit allein ist tatsächlich kein Synonym für Heiligkeit. Dennoch spielt diese im Martyrium der heiligen Maria Goretti eine entscheidende Rolle. Die Reinheit der Maria Goretti hat ihre Heiligkeit widerspiegelt, da sie um keinen Preis bereit war, eine Sünde gegen ihren Leib ohne Widerstand hinzunehmen. Dass es in ihrem Fall um Gewalt ging, nimmt ihrem Einsatz für ihre Reinheit nichts. Die Theologinnen übersehen, dass dieses Mädchen offenbar bereits ein klares Verständnis von Sexualität hatte und „rein“ bleiben wollte. Sie war nicht bereit, dem Übergriff zuzustimmen oder ihn einfach geschehen zu lassen. Sie könnte auch als „Heilige des Starkmutes“ verehrt werden oder als „Heilige der Freiheit“. Es ist überraschend, dass diejenigen, die die Anliegen von Betroffenen vertreten möchten, das Lebenszeugnis eines jungen, mutigen Mädchens, das selbst betroffen war, für eigene Theorien zu vereinnahmen versuchen. Es gab und gibt missbräuchliche Weisen, die Geschichte der heiligen Maria Goretti zu erzählen; der Ansatz der genannten Autorinnen ist leider einer davon!

Wie bewerten Sie Marias Vergebung für ihren Mörder?

Das Thema Vergebung gehört zentral zu Marias Geschichte. Sie gewährte dem Täter Vergebung – noch vor seiner Reue – und konnte somit sogar bei seiner „Rettung“ helfen, da sie ihm auf dem Sterbebett mit dem klaren Ziel vergab: „Ich möchte ihn bei mir im Himmel haben.“ Diese Vergabungsbereitschaft zeigt Marias Ähnlichkeit mit Christus und ist daher durchaus ein Kriterium für Heiligkeit. Wie schon der erste Märtyrer Stephanus vergab sie ihrem Peiniger um Christi willen.

Obwohl noch ein Kind, versteht sie intuitiv das klassische Axiom der antiken Ethik, nach der es

besser ist, Unrecht zu leiden als Unrecht zu tun. Durch den Akt der Vergebung hat sie ihrer Würde Ausdruck verliehen, die der Täter im Letzten nicht antasten konnte, sowie ihrem Glauben, dass Rettung und Heil letztlich immer unverdient sind.

Einem Täter zu vergeben ist ja keinesfalls Schwäche oder nachträgliche Komplizenschaft, wie im Kontext der Missbrauchsaufarbeitung manchmal behauptet wird. Es ist vielmehr Ausdruck eines „Starkmutes“, wie Pius XII. im Rahmen der Seligsprechung betonte, der ebenfalls zum Kennzeichen ihrer Heiligkeit wird. Es bedeutet gleichzeitig, dem Täter nicht die Deutungshoheit und den Ausgang „der Geschichte“ zu überlassen. Es ist Maria und ihre Tat, die noch nach mehr als 100 Jahren Menschen bewegt und inspiriert, und nicht die des Täters.

Die Autorinnen ziehen die Linien vom Martyrium Marias zu Missbrauchsoffern in Kirchenkreisen aus. Wie schlüssig ist das?

Die Gemeinsamkeit liegt darin, dass es hier um ein elfjähriges Mädchen geht, das sexuelle Übergrifflichkeit erlebt hat, die sich, nach dem, was wir von ihrem Leben wissen, schon einige Zeit vor der Gewalttat angebahnt hatte. Das Durchschnittsalter von Missbrauchsoffern in der katholischen Kirche in Deutschland lag nach der MHG-Studie bei zwölf Jahren und unter ihnen waren einige, die Vergewaltigung oder körperliche Gewalt erfahren haben. Es gibt somit schon gewisse Parallelen, wobei es sich beim Täter um den Sohn des Nachbarn und nicht um einen Kleriker handelte.

Die Autorinnen nennen Beispiele, dass sich Frauen durch die Geschichte Maria Gorettis herausgefordert fühlen. Leider ist es in der Tat so, dass Betroffene von sexueller Gewalt häufig nach der erlittenen Tat mit Selbstzweifeln, Scham und Schuldgefühlen zu kämpfen haben. Ein erster Schritt ist daher, diese Gefühle von Betroffenen ernst zu nehmen, zu erklären, dass es nicht ihre Schuld war, und warum. Dennoch ist es oft ein langer Weg, bis diese Wahrheit auch innerlich bei den Betroffenen ankommt.

Häufig berichten vor allem Mädchen und junge Frauen, dass sie sich seit der Gewalttat „unrein“ fühlen, obwohl sie rational wissen, dass sie Gewalt erlitten haben. Das ist ein großer

Schmerz, der mit dem Trauma selbst zusammenhängt und auch damit, dass die Opfer sich oft nicht so wehren konnten, wie sie es gewollt hätten. Da bedarf es der Heilung – und die braucht Zeit. Dass von Außenstehenden manchmal vor schnell eingewendet wird, „sie hätte sich ja wehren können“, verlangsamt und erschwert den Heilungsprozess der Betroffenen. Aber auch die schnelle Versicherung von außen, die Reinheit sei wegen der Gewalttat ja nicht betroffen, hilft oft nicht. Die Heilung von Erinnerungen, die im kirchlichen Kontext immer öfter ein Thema ist, kann da eine Perspektive bieten.

Können Sie die Kritik nachvollziehen, die Kirche betreibe mit Maria Goretti eine Täter-Opfer-Umkehr, wenn sie anstatt den Täter und seine Tat in den Blick zu nehmen, auf Mädchen und Frauen und ihre Sexualität schaue?

Dass die Kirche im Fall von Maria Goretti das Opfer – und zwar nicht als Opfer, sondern als zutiefst freie Person – verehrt, zeigt ja gerade, dass die Kirche nicht dem Täter das letzte Wort lässt, sondern einem Mädchen, das die Gewalt war, sich zu wehren – auch wenn sie dies letztlich das Leben gekostet hat. Zudem wird nie behauptet, Maria sei für die Tat verantwortlich – vielmehr war es der Täter, der sich damit zu entschuldigen suchte.

In der Kritik offenbart sich eine grundlegende Frage zur Bedeutung von sexueller Reinheit und Keuschheit bei Frauen. Es wird ein Missverständnis transportiert, dass nach der Geschichte Marias nur sexuelle Enthaltsamkeit „rein“ sein könne, obwohl die katholische Sicht auf die Sexualität auch von der Reinheit und Keuschheit in der Ehe spricht, die die ehelichen Akte einschließt. Es wurde in der Vergangenheit zu Recht darauf hingewiesen, dass es unklar ist, ob die heilige Maria Goretti den Wunsch hatte, einmal zu heiraten.

Woran wird Marias Heiligkeit erkennbar?

Ihre Heiligkeit zeigte sich in ihrer Gottesliebe und Tugendhaftigkeit, die so weit ging, für ihre Reinheit ihr Leben zu riskieren. Dass Frauen durch ihr Lebenszeugnis ermutigt werden, ihre Reinheit zu bewahren und zu hüten, ist den Autorinnen ein Dorn im Auge, da an den Täter nicht die gleichen Anforderungen gestellt würden. Hier scheint der „geschlechtersensible“ Ansatz gegen Männer im Allgemeinen gerichtet zu sein, als seien diese von der kirchlichen Lehre nicht genauso zu Reinheit und Keuschheit gerufen.

Geht von dieser Heiligen eine positive Botschaft an heutige Missbrauchsoffer aus?

Es gibt weltweit Betroffenennetzwerke, die Maria Goretti als ihre Patronin gewählt haben. Sie sehen in ihr eine Fürsprecherin auf dem Weg der Heilung und Versöhnung mit der eigenen Lebensgeschichte, der oft lange dauert und den Punkt der Vergebung beinhaltet. Man darf Opfer von sexueller Gewalt sicher nicht vor schnell dazu drängen, dem Täter zu vergeben,



Foto: KNA

Katharina Westerhorstmann lehrt an der Franciscan University Steubenville für den Campus in Gaming.

weil man sonst Gefahr läuft, das erlittene Unrecht zu bagatellisieren. Andererseits weisen psychologische Studien darauf hin, dass Vergebung das Opfer aus der Lähmung und der Passivität befreien kann. Zudem bedeutet es, den Täter loszulassen und ihm dadurch nicht mehr zu erlauben, das eigene Leben weiterhin zu dominieren. Die christliche Norm der Vergebung sogar des Feindes kann auch den Blick dafür öffnen, dass

auch der andere der Heilung und Rettung bedarf und dass Christus wirklich für alle starb.

Wie zeitgemäß ist das Vorbild der heiligen Maria Goretti für Kinder und junge Frauen heute?

Ich muss zugeben, dass ich die Lebensgeschichte der heiligen Maria Goretti seit meinen Forschungen zu sexuellem Missbrauch anders lese als vorher. Mir scheint aber, dass uns gerade diese junge Heilige helfen kann, die Schönheit der Reinheit wiederzuentdecken. Der Leib ist uns geschenkt und aufgegeben, um unser ganzes Leben zum Geschenk zu machen. Die Reinheit zu verteidigen, auch in einer Gesellschaft, die darin keinen Wert mehr sieht, bedeutet, die Würde und Heiligkeit des Leibes zu verstehen und die Sexualität im Kontext der Gottesbeziehung einzuordnen. Dass dies einem elfjährigen Mädchen bewusst war, kann man nicht allein ihrer Tugendhaftigkeit zuschreiben, vielmehr muss man darin gnadenhaftes Wirken erkennen. Sie hat alles riskiert, weil sie ihrem Gewissen folgte und eine tiefe Abscheu vor dem Bösen hatte. In einem Moment des Ausgeliefertseins hatte sie die Geistesgegenwart und Gnade, ihren Mörder vor den Konsequenzen für ihn selbst zu warnen, als sie ihm sagte, er käme dafür in die Hölle. Und dass sie die Kraft hatte, ihm sogar zu vergeben – nachdem sie ihn angezeigt hatte! – finde ich zeitlos inspirierend. Menschen, die in heroischer Weise gelebt haben, helfen Kindern zu verstehen, zu welcher Größe der Mensch berufen ist, und sie erinnern auch uns daran. Und auch wenn ihr Lebenszeugnis herausfordert, weil man seine eigenen Grenzen noch deutlicher sieht, sollte dies nicht davon abhalten, darin den schönsten Ausdruck menschlicher Würde zu erkennen.

Hintergrund:

Die elfjährige Maria Goretti starb 1902, nachdem sie sich dem Vergewaltigungsversuch eines 20-Jährigen widersetzt hatte. Vor ihrem Tod vergab sie ihrem Mörder, der sich im Gefängnis bekehrte. 1950 wurde Maria heiliggesprochen. Gegen ihre Verehrung als „Märtyrin der Reinheit“ haben die Theologinnen Philippa Haase, Judith König und Ute Leimgruber am 6. Juli in einem Artikel auf katholisch.de Bedenken geäußert. Die Geschichte eines Kindes, das Opfer eines Gewaltverbrechens wurde, werde, so ihre Kritik, in der kirchlichen Verehrungspraxis „in Dienst genommen, um Frauen und Mädchen ein bestimmtes Rollenverhalten zu zuweisen.“



Kölner Hochschule in der Krise

Die Kölner Hochschule für katholische Theologie verliert ihre Führung: Rektor, Kanzlerin und Geschäftsführer hören auf. Medienspekulationen über die Hintergründe werfen viele Fragen auf. Die Debatte kommt für die Einrichtung zur Unzeit **VON BENJAMIN LEVEN UND JAKOB RANKE**

In der Kölner Hochschule für Katholische Theologie (KHKT) gibt es offenbar Streit. Bereits im April dieses Jahres hatte der Aachener Priester und Sozialethik-Professor Elmar Nass mitgeteilt, die Hochschule verlassen zu wollen, um sich wieder „anderen priesterlichen Aufgaben zuzuwenden“. Gründe für diese Entscheidung teilte er nicht mit.

Am 10. Juli 2026 informierte dann die Trägerstiftung der KHKT über den Rückzug der gesamten Führungsspitze der Einrichtung. Der Kirchenrechtler und Gründungsrektor der Hochschule, Christoph Ohly, stehe nach dem Ende des Sommersemesters am 30. September nicht für eine weitere Amtszeit als Rektor zur Verfügung, hieß es. Nina Jungblut, wissenschaftliche Mitarbeiterin an Ohlys Lehrstuhl, wolle ihre Tätigkeit als Kanzlerin der Hochschule ebenfalls beenden. Und auch der Kirchenrechtler Dominik Heringer werde seine „Übergangstätigkeit“ als Geschäftsführer der „KHKT gGmbH“ aufgeben, die er 2024 als neuer Lehrstuhlinhaber übernommen hatte.

Zwei verschiedene Narrative

Zwei Tage später berichtete der „Kölner Stadt-Anzeiger“ über interne Zerwürfnisse. Dabei wurden zwei verschiedene Narrative präsentiert, die sich aber nicht bruchlos zusammenfügen.

Das erste Narrativ ist das von einem „erbitterten Streit über die Ausrichtung der Hochschule und ihre mittelfristige Finanzierung“. Von einer „Intrige“ wird berichtet, deren Ziel es gewesen sei, „das Führungstrio loszuwerden, weil es sich Plänen einer immer weiteren Orientierung nach Rechts und dem Aufbau eines Netzwerks mit Verbindungen zu finanzkräftigen, ultrakonservativen Kreisen in den USA widersetzt habe.“ Dabei bleibt offen, wer diese Intrige vorangetrieben haben soll; auch über die Urheber jener Pläne, denen sich die Führungsriege widersetzt haben soll, ist in dem Bericht nichts zu erfahren.



Streitigkeiten belasten die Kölner Hochschule für Katholische Theologie (KHKT).

Foto: KNA/A. Schmitz

Tatsache ist, dass die KHKT in der Medienberichterstattung regelmäßig als „konservatives Gegengewicht“ zur Bonner Fakultät bezeichnet wird. Ebenfalls zutreffend ist, dass die Finanzierung der Hochschule seit der Übernahme durch das Erz-

bistum Köln im Jahr 2019 immer wieder Gegenstand von Diskussionen ist. Für die finanzielle Unterstützung der Hochschule ist die Trägerstiftung zuständig, in der unter anderem der Kölner Kardinal Rainer Maria Woelki sitzt. Das hieße: Der Kon-

flikt besteht zwischen der bisherigen Leitung und der Trägerstiftung der Hochschule.

Das zweite Narrativ ist das von „Mobbing, Einschüchterungen und aggressivem Führungsverhalten“ durch die Hochschullei-

tung. Der „Kölner Stadt-Anzeiger“ berichtet über entsprechende Beschwerden aus den Reihen der Beschäftigten der KHKT. Die Trägerstiftung habe eine Mitarbeiterbefragung in Auftrag gegeben, deren Ergebnisse jedoch auch intern nicht veröffentlicht worden seien. In diesem Narrativ verläuft die Konfliktlinie anders: zwischen Mitarbeitern der Hochschule auf der einen und dem Führungstrio auf der anderen Seite.

Man wüsste gerne, ob und wie beide Narrative eigentlich zusammenpassen – und was die Beteiligten selbst zu der Angelegenheit zu sagen haben. Doch bis Redaktionsschluss war von ihnen keine Auskunft zu bekommen. Einzig die Pressestelle des Erzbistums Köln reagierte kurzfristig auf Anfrage: Die Hochschule und ihre Stiftung seien eigenständig, man äußere sich nicht zu deren „internen Themen“.

Auch von außen in Bedrängnis

Die Streitigkeiten kommen für die Einrichtung jedenfalls zur Unzeit. Denn die KHKT ist auch von außen in Bedrängnis. Seit der Übernahme der Hochschule durch das Erzbistum Köln vom Orden der Steyler Missionare ist zwischen dem Land Nordrhein-Westfalen und dem Erzbistum strittig, ob die Hochschule als Studienort für die Priesteramtskandidaten des Erzbistums dienen darf. Denn das in Nordrhein-Westfalen geltende Preußenkonkordat sieht eigentlich ein Studium der Kandidaten an der Universität Bonn vor. Es war denn auch der Dekan der Bonner Fakultät, Jochen Sautermeister, der nach der Übernahme der Hochschule vom Orden der Steyler Missionare als Erster diesbezüglich Einspruch erhob.

Seit dem vergangenen Jahr gibt es eine Kommission zwischen den Konkordatspartnern, also zwischen dem Land und dem Heiligen Stuhl, zur Klärung der strittigen Fragen. Das Verfahren zur Beilegung der Meinungsverschiedenheiten dauere derzeit noch an, teilt die Staatskanzlei in Düsseldorf mit.

IM BLICKPUNKT



Schützt Religionsfreiheit auch Kriegshetzer und Kollaborateure? Oder dürfen sich Staaten gegen geistlich getarnte Agenten fremder Mächte wehren?

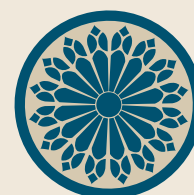
VON STEPHAN BAIER

Die große Mehrheit der EU-Mitgliedstaaten würde den russisch-orthodoxen Patriarchen Kyrill gerne auf eine Sanktionsliste setzen. Nicht etwa, weil das Moskauer Patriarchat in der Russischen Föderation die privilegierte Staatskirche ist, sondern weil ihr Oberhaupt den Kriegskurs von Wladimir Putin stützt, stärkt und pseudotheologisch untermauert. Kyrill agiert als Kirchenoberhaupt, aber zugleich als Kriegspropagandist, ideologische Stütze des Regimes und unbarmherziger Zuchtmeister jener orthodoxen Russen, die den Krieg gegen die Ukraine kritisch oder differenziert sehen. Großbritannien und Kanada haben Einreiseverbote gegen Kyrill verhängt und Teile seiner beträchtlichen Auslandsvermögen eingefroren, aber in der EU scheiterten alle Versuche, den russischen Patriarchen zu sanktionieren – unter Viktor Orbán am Veto Ungarns, zuletzt am Widerstand Bulgariens und Italiens. Ihr Argument ist die Religionsfreiheit. Davon war auch schon die Rede, als die ukrainische Regierung die „Ukrainisch-

Orthodoxe Kirche“ (UOK), die den Zusatz „... des Moskauer Patriarchats“ bereits abgelegt hatte, mit dem Entzug ihrer Vermögen und mit Verboten bedrohte, sollte sie nicht alle Bande zum Moskauer Patriarchat lösen. Erfahrungsgesättigt hatte Kiew argumentiert, dass viele Bischöfe und Priester dieser Kirche jahrelang den großrussischen Imperialismus predigten und die Konsolidierung der ukrainischen Staatlichkeit behinderten. Vor knapp zwei Jahren verabschiedete das ukrainische Parlament in Kiew ein Gesetz, das die Tätigkeit ausländischer religiöser Institutionen verbietet, „die sich in einem Staat befinden, der eine bewaffnete Aggression gegen die Ukraine begangen hat oder begeht“, sofern sie die Aggression unterstützen. Das Gesetz geht davon aus, dass das Moskauer Patriarchat ein Komplize Putins ist, was durch Kyrills Agieren gut belegbar scheint, und zweitens, dass die UOK trotz ihrer selbsterklärten Autonomie weiterhin hierarchisch an Moskau hängt – was etwas schwerer zu beweisen ist.

Nun folgt mit Estland erstmals ein EU-Mitgliedstaat dieser ukrainischen Argumentation: Das nördlichste Land des Baltikums, das nicht an die Ukraine, sehr wohl aber an Russland grenzt, fühlt sich von Moskau bedroht und hat auch gute Gründe dafür. Das NATO- und EU-Mitglied Estland ist keineswegs gewillt, die russischen Cyber-, Drohnen- und Propagandaübergriffe hinzunehmen, und es will auch keine russischen Kollaborateure auf dem eigenen Staatsgebiet dulden. Also setzte das estnische Innenministerium der „Estnischen Orthodoxen Kirche“, die hierarchisch dem Moskauer Patriarchen untergeordnet ist, eine sechsmonatige Frist, um die Beziehungen zum Moskauer Patriarchat zu kappen. Denn Estland verbietet nach ukrainischem Vorbild religiösen Organisationen, Verbindungen zu Institutionen zu unterhalten, die als Bedrohung für die nationale Sicherheit des Landes gelten. Gemeint ist damit ausschließlich die vom Moskauer Patriarchat abhängige Orthodoxie. Ihr droht im schlimmsten Fall zum

Jahresende die Zwangsauflösung. Praktischerweise gibt es in Estland (wie in der Ukraine) auch eine von Moskau unabhängige, kanonische Orthodoxie, die dem politisch völlig unverdächtigen (weil machtlosen) Ökumenischen Patriarchen von Konstantinopel untersteht. Wie immer Putins imperialistischer Krieg weiter- und ausgeht, ein Verlierer steht längst fest: die russisch-orthodoxe Kirche. Durch den Vasallengehorsam ihrer Hierarchie gegenüber dem Kreml ist sie schon heute weitgehend auf das Staatsgebiet von Russland und Belarus zurückgeworfen. Weite und vor allem geistlich fruchtbare Teile ihres einstigen „kanonischen Territoriums“ hat sie durch diesen Krieg unwiderruflich verloren; die Brücken zu vielen anderen orthodoxen Kirchen, insbesondere zum Ökumenischen Patriarchen Bartholomaios, hat sie mutwillig niedergebrannt. Und mit Putins Ende – wann und wie auch immer es kommt – droht ihr dann in Russland eine bittere Stunde Null.



PORTRÄT DER WOCHE



Schwester Katharina Ganz

VON BENJAMIN LEVEN

Domkapitular Clemens Bieber verbarg sein Erstaunen über die Wahl von Katharina Ganz zur Präsidentin des Deutschen Caritasverbandes nicht. Dass die Ordensschwester aus dem Kloster Oberzell bei Würzburg für das Amt ausgewählt wurde, sei „eine Überraschung“, so der Vorsitzende des Würzburger Diözesan-Caritasverbands laut einer Mitteilung seines Bistums. „Ihr bisheriger Weg führte sie nicht durch die vielfältigen Strukturen der Caritas. Sie ist quasi eine Quereinsteigerin in das Netzwerk des weitverzweigten Verbandes“, wurde Bieber weiter zitiert. Er wünsche ihr, „dass sie sich zügig in die weite Caritaslandschaft mit ihren vielfältigen Diensten und Angeboten sowie die Verbandsstruktur einarbeiten wird“. Sollte damit eine gewisse Skepsis angedeutet werden, ob die „Quereinsteigerin“ sich in den Weiten des mit 740 000 Beschäftigten größten nicht-staatlichen Arbeitgebers Deutschlands zurechtfinden werde? Ganz tritt die Nachfolge von Eva Maria Welskop-Deffaa an, einer mit allen Verwaltungs- und Verbands-Wassern gewaschenen promovierten Volkswirtin und Ministerialdirektorin a. D.

Die Quereinsteigerin

Die zukünftige Caritas-Präsidentin war von 2013 bis 2025 als Generaloberin der Oberzeller Franziskanerinnen tätig und verfügt damit allerdings auch über eine gewisse Leitungserfahrung. Der Katholischen Nachrichten-Agentur sagte sie: „Ich bin immer ins kalte Wasser geworfen worden, und oft war ich überfordert. Aber ich bin an den Aufgaben gewachsen.“ Dass eine Ordensfrau gewählt wurde, wertete Bieber als „wichtiges Signal, dass Caritas und Pastoral stärker zusammengedacht und entwickelt werden müssen“. Nach Studien der Theologie und der Sozialpädagogik und dem Ordenseintritt arbeitete die 1970 im unterfränkischen Willanzheim geborene Ganz mehrere Jahre in einer Einrichtung ihres Ordens für Frauen in Krisensituationen. Allerdings hat die Personalie nicht nur eine pastorale, sondern auch eine kirchenpolitische Dimension. 2022 veröffentlichte Katharina Ganz das Buch „Frauen stören. Und ohne sie hat die Kirche keine Zukunft“. Sie war Beraterin im Forum „Frauen in Diensten und Ämtern“ beim Synodalen Weg. Seit März 2025 ist sie Mitglied im Zentralkomitee der deutschen Katholiken. Eine gewisse innerkirchliche Prominenz erlangte die Ordensfrau durch einen Austausch mit Papst Franziskus im Jahr 2019. Bei einer Versammlung der Oberen von Frauenorden in Rom sprach sie den Papst auf das Thema Frauendiakonat an. Dieser antwortete, Katholiken hätten die „Offenbarung“ zu respektieren und fügte hinzu: „Aber wenn eine von Ihnen eine andere Kirche gründen will ...“.

Poetisches Genie mit wohlgeordnetem Geist

Das Bistum Oslo will ein Seligsprechungsverfahren für die norwegische Literatur-Nobelpreisträgerin Sigrid Undset eröffnen. Was macht die Konvertitin zum christlichen Vorbild? VON CLAUDIA KOCK

Ihre Person bietet Stoff für eine oscar-reife Story: Im Jahr 2007 gewann der Zeichentrickfilm „The Danish Poet“ der norwegisch-kanadischen Animatorin Torill Kove den Oscar als „bester animierter Kurzfilm“. Die Handlung in Kürze: Als Therapiemaßnahme gegen seine Depressionen will ein erfolgloser dänischer Poet die schon betagte Schriftstellerin Sigrid Undset besuchen. Er kommt jedoch wegen eines Unwetters nicht bei ihr an, sondern sucht Schutz auf einem Bauernhof, wo er sich in die Bauerstochter verliebt. Diese erwidert seine Liebe zwar, entscheidet sich aber gegen ihn und heiratet auf Wunsch ihres Vaters den rüpelhaften Sohn des benachbarten Bauern, mit dem sie verlobt ist.

Nach einigen Jahren kommt es doch noch zum Happy End, als die beiden sich – der Mann der Bauerstochter ist inzwischen durch einen Unfall ums Leben gekommen – auf Sigrid Undsets Beerdigung wiederfinden und endlich ein Paar werden. Der Poet überwindet seine Depression und schreibt erfolgreiche Bücher über das Glücklichein, die Bauerstochter ist endlich mit dem Mann ihres Herzens vereint, und schließlich findet durch sie noch ein weiteres Paar zusammen, aus deren Verbindung die Ich-Erzählerin der Geschichte hervorgeht, die „als Samenkorn irgendwo im Weltall schwebte“, bis sie durch eine Reihe von Zufällen auf die Welt kommen durfte.

Was nach einer netten, harmlosen Geschichte klingt, ist in Wirklichkeit atheistisch gefärbte Kritik an der Romantrilogie Kristin Lavranstochter, für die Sigrid Undset(1882–1949) im Jahr 1928 den Nobelpreis für Literatur erhielt; sie gehört bis heute in Norwegen zu den großen Klassikern. Hier geht die Protagonistin Kristin, eine Bauerstochter aus dem 14. Jahrhundert, den entgegengesetzten Weg: Sie „folgt ihrem Herzen“, indem sie ihren bodenständigen Verlobten verlässt und einen geschiedenen Mann heiratet, der aus einer Liaison mit einer verheirateten Frau herauskommt. Nach und nach erkennt sie, dass die Entscheidung ein Fehler war, da Liebe immer mit Verantwortung verbunden ist, und dass Erfüllung im Leben nicht bedeutet, seinen eigenen Willen durchzusetzen, sondern zu lernen, die Wahrheit über sich selbst anzunehmen.

Sigrid Undset wurde 1882 in Norwegen geboren. Ihre Familie gehörte wie fast alle Norweger der lutherischen Kirche an, hatte zu dieser aber keine innere Beziehung. Auch Sigrid machte sich in jungen Jahren nichts aus dem christlichen Glauben, war aber immer intensiv auf der Suche nach Wahrheit, die für sie eine zentrale Rolle spielte. Ihre Gedankenwelt war außerdem stark von ihrem Vater geprägt, der als Archäologe mit dem nordischen Mittelalter sehr vertraut war. Diese Welt faszinierte die junge Sigrid, die durch private Lektüre immer weiter in sie eintauchte und sie dann auch zum Hintergrund ihres ersten Romans machte, der allerdings aus eben diesem Grund als „zu altmodisch“ abgelehnt wurde. Ihr 1911 veröffentlichtes Erstlingswerk Jenny spielt daher, ebenso wie ihre weiteren frühen Romane, in der Gegenwart, aber es geht darin bereits – wie später in der mittelalterlichen Welt von Kristin Lavranstochter – um den Konflikt zwischen Freiheit und Verantwortung, Illusion und Realität.

Zum Zeitpunkt ihres Durchbruchs als Schriftstellerin lebte Sigrid Undset in Rom – einer Stadt, die sie sehr faszinierte. Sie heiratete hier den geschiedenen Kunstmaler Anders Castus Svarstad, mit dem sie drei Kinder bekam. Als Undset erfuhr, dass Svarstads Kinder aus erster Ehe in ein Heim gegeben werden mussten, da die



Immer auf der Suche nach Wahrheit: Sigrid Undset.

Foto: Imago/Gemini

Mutter nicht in der Lage war, sie allein durchzubringen, plagten sie Gewissensbisse. Sie nahm sie bei sich auf und kümmerte sich neben ihrer schriftstellerischen Tätigkeit um sechs Kinder.

In dieser schwierigen Zeit an der Seite eines Mannes, der sich als verantwortungslos erwies und von dem sie sich schließlich trennte, entstand an ihrem neuen Wohnort Lillehammer Kristin Lavranstochter. Die drei Bände der Trilogie wurden zwischen 1920 und 1922 veröffentlicht. Zwei Jahre später konvertierte sie zum katholischen Glauben. Sie schloss sich dem Drittorden der Dominikaner an und fand hier eine geistige Heimat, in der sie alles fand, was sie schon immer bewegt hatte: die Suche nach Wahrheit, nach einer Freiheit in Verantwortung, nach einem tieferen Sinn über oberflächliche Erfüllung hinaus.

Ihre Konversion – im streng protestantischen Norwegen als Skandal betrachtet – führte zu Diskussionen darum, ob man ihr den Nobelpreis verleihen dürfe, für den sie 1928 nominiert worden war. Schließlich traf das Komitee eine positive Entscheidung, mit der Begründung – wie es in der Laudatio hieß –, der Nobelpreis für Sigrid Undset sei „die Würdigung eines poetischen Genies, dessen Wurzeln in einem großen und wohlgeordneten Geist liegen müssen“.

Sigrid Undset verfasste weitere Romane – unter anderem die Trilogie Olav Audunssohn als Pendant zu Kristin Lavranstochter – und Essays. Schon früh engagierte sie sich im Widerstand gegen den aufkom-

menden Nationalsozialismus und musste daher 1940 aus Norwegen fliehen, als das Land von der deutschen Wehrmacht besetzt wurde. Über Schweden, die Sowjetunion und Japan reiste sie in die Vereinigten Staaten und lebte dort im Exil. Nach Kriegsende kehrte sie nach Lillehammer zurück. Hier starb sie 1949; ihr Grab befindet sich auf dem Friedhof des nahegelegenen Dorfes Mesnali.

Während „The Danish Poet“ den Tod von Sigrid Undset symbolisch mit der Befreiung aus ihrem „mittelalterlichen“ Denken verknüpft, das Wahrheit und Verantwortung über das Streben nach persönlichem Glück stellt, würdigt die katholische Kirche nun den umgekehrten Weg: Der Osloer katholische Bischof Fredrik Hansen gab kürzlich bekannt, dass die Vorbereitungen für die Eröffnung eines Seligsprechungsverfahrens für Sigrid Undset laufen. „Für uns ist sie ein Vorbild des christlichen Glaubens, eines tugendhaften Lebens und des Strebens nach Heiligkeit“, sagte Hansen laut einer Mitteilung der Diözese Oslo bei einem Gottesdienst. Das Seligsprechungsverfahren werde im Herbst zunächst auf Diözesanebene formal eröffnet.

Sigrid Undsets Lebenslauf war nicht fehlerlos, aber immer von der Suche nach dem Guten und Wahren geprägt, ebenso wie vom Glauben an die Barmherzigkeit Gottes, denn es sei – dieser Satz wird ihr häufig zugeschrieben – „eine Annäherung zu glauben, dass die eigene Sünde größer ist als Gottes Gnade“.

Die Autorin ist freie Journalistin und Übersetzerin.

Papstgesandter besucht Ukraine

ROM/LWIW (DT/KAP) Kardinal Matteo Zuppi, Sondergesandter des Papstes im russisch-ukrainischen Krieg, hat Kriegsgefangene im Westen der Ukraine nahe bei Lwiw besucht. Wie die katholische Tageszeitung „Avvenire“ (online) am Dienstag berichtete, traf er in dem Lager auch mehrere von Russland angeheuerte Söldner aus Afrika und Lateinamerika, sowie Soldaten von Russlands Alliierten aus Kuba und Nordkorea. Auch ukrainische Soldaten, die in russisch besetzten Gebieten von der russischen Armee eingezogen wurden und gegen die Ukraine kämpfen mussten, waren darunter. Dem Bericht zufolge unterhält die Ukraine landesweit fünf Lager für Kriegsgefangene aus den russischen Streitkräften. Der Kardinal, der auch Vorsitzender der Italienischen Bischofskonferenz ist, reiste gemeinsam mit dem ukrainischen Botschafter am Vatikan, Andrij Jurasch, und dem Papstbotschafter in Kiew, Visvaldas Kulbokas. Dieser hatte in der Vergangenheit bereits mehrfach zusammen mit Zuppi Gefangenenaustausche zwischen den beiden verfeindeten Ländern vermittelt. Die humanitäre Spezialmission in dem Krieg hatte noch Papst Franziskus dem Kardinal im Jahr 2023 anvertraut, Papst Leo XIV. bestätigte sie nach dem Pontifikatswechsel. Laut „Avvenire“ sind dadurch mehrere tausend Kriegsgefangene sowie auch Leichen gefallener Soldaten ausgetauscht worden. Bei seinem Besuch versicherte der Kardinal den Gefangenen, er bete dafür, dass der Krieg bald ende und sie alle nach Hause zurückkehren könnten. Er überbringe die besten Wünsche des Papstes und wolle sich zudem ein Bild von den Haftbedingungen machen. Laut dem Bericht leiden viele russische Kämpfer an Tuberkulose, andere tragen Geschosssplitter im Körper. Im Lauf der viertägigen Reise in die Ukraine ist zudem ein Besuch Zuppis in Kiew geplant.

Piusbrüder legen in Rom Einspruch ein

ROM/MENZINGEN (DT/KAP) Die traditionalistische Piusbruderschaft fordert vom Vatikan die Rücknahme der Kirchenstrafen, die gegen sie verkündet wurden. Nach Bischofsweihen ohne Papsterlaubnis war die Exkommunikation der Beteiligten mitgeteilt worden, ferner wurden alle Mitglieder der Gemeinschaft vom Vatikan als schismatisch bezeichnet. Wie die Priesterbruderschaft am Montag erklärte, hat sie bei der vatikanischen Glaubensbehörde gegen das von ihr veröffentlichte Dekret Einspruch eingelegt. Laut Kirchenrecht ist dieser Einspruch Voraussetzung für eine spätere Beschwerde. Mit Einreichung des Einspruchs wird zugleich die Aussetzung des Vollzugs der Strafen beantragt. Die Gemeinschaft St. Pius X. schreibt: „Mit diesem Rekurs macht die Bruderschaft von dem Recht Gebrauch, das die Kirche jeder Person zuerkennt, die sich durch einen Verwaltungsakt verletzt sieht, dessen Berichtigung zu beantragen, und zwar in einem Geist des Respekts gegenüber der kirchlichen Autorität und in treuer Verbundenheit bezüglich der Gerechtigkeit, der Wahrheit und dem Wohl der Kirche.“

Die Exkommunikation war eingetreten, als vier Priester der Bruderschaft am 1. Juli in Écône in der Schweiz zu Bischöfen geweiht wurden. Bis zuletzt hatte der Vatikan die Traditionalisten beschworen, die Weihen abzusagen – auch der Papst in einem persönlichen Brief. Am Tag nach den Weihen veröffentlichte die vatikanische Glaubensbehörde das nun angefochtene Dekret. Darin erklärt sie die Weihen als schismatische Handlung, die laut Kirchenrecht die automatische Exkommunikation nach sich zieht.

Laut einer dem Dekret beigefügten Note sind zudem alle Kleriker der Gemeinschaft als Schismatiker zu betrachten und mithin exkommuniziert. Reuigen Mitgliedern der Bruderschaft ermöglicht der Vatikan unter bestimmten Bedingungen eine Rückkehr in die Kirche.

Die Arche Noah an der Donau

In einer Ausstellung über den Regensburger Dom dürfen zeitgenössische Künstler in Phantasie schwelgen **VON REGINA EINIG**

Der Dom zum Anfassen prangt in sattem Rot, Petrol und Gold und heißt schlicht „Souvenir“: Ottmar Hörls 2019 aus Kunststoff gegossene, kleinformige Modelle der Regensburger Bischofskirche stimmen den Besucher am Eingang der Regensburger Museumskirche St. Ulrich auf eine unkonventionelle künstlerische Auseinandersetzung mit Bayerns bedeutendstem gotischen Sakralbau ein. Gezeigt werden Werke aus dem 20. und 21. Jahrhundert, die weniger über den Dom und seine Baugeschichte verraten als über die blühende Fantasie und subjektive Wahrnehmung der Künstler. Darunter sind Auftragsarbeiten von vier Vertretern der Generation U40.

Leicht und spielerisch präsentieren sich die Exponate. Wer Niederschwelliges erwartet, wird hier fündig. Sage und Geschichte verschmelzen zu einem Potpourri. Marion Abates aus dem holzartigen Material econitWood geschaffene Plastik „Zwischen Himmel und Erde“ lässt das Regensburger Bruckmandl etwas unsicher auf den Spitzen der Domtürme sitzen. Die Sagengestalt stellt der Überlieferung nach den Baumeister der Steinernen Brücke dar, der von seinem Beobachterposten auf dem höchsten Punkt der Brücke den Baufortschritt des mittelalterlichen Domes in Augenschein nimmt. Tania Riebels „Communio“ sieht das Hauptschiff als Ort, an dem sich der Mensch und ein Fabelwesen mit haarigem Fischschwanz verbinden.

Klassischer ist Andre Maiers Acrylbild „Dom unter den Wolken“ in mediterranen Terrakottatönen. Licht und Farben dominieren viele Dombildungen; auch hier schwelgen die Künstler in Fantasie. Denn Fotos und Zeitzeugenberichte dokumentieren keinen Farbrausch an der Donau: Bis in die 1980er-Jahre des 20. Jahrhun-

derts hinein wirkte die Regensburger Altstadt eher blassgrau und sanierungsbedürftig. Erst die Restauratoren tauchten sie nach und nach in die Pastelltöne, die Besucher heute verzaubern. Walter Zacharias Mitte der 1950er-Jahre entstandenes Ölgemälde „Nonnen auf einem Boot auf der Donau vor Regensburg“ erinnert hingegen an eine Italienreklame der Wirtschaftswunderjahre. Munter rudert eine Ordensfrau im großen Schleier einen Kahn mit vier Kindern durch die azurblaue Donau an sizilianisch anmutenden Häuserfassaden vorbei.

Ein Hauch von Chartres liegt über der Ausstellung: Rupert D. Preißls Aquarell und Sieger Köders Siebdruck „Rosen von Chartres“ veranschaulichen, warum der Regensburger Dom als die französischste aller gotischen Kathedralen nördlich der Alpen gilt, auch wenn ihr das Markenzeichen jener Epoche, die Fensterrosette, fehlt.

Dem katechetischen Wert des Gotteshauses an der Donau tut das keinen Abbruch. Doris Ranftl hat die Verkündigungsszene im Hauptschiff des Domes in goldgelb strahlendem Licht eingefangen. Der Engel und die Jungfrau sind auf zwei getrennten Leinwänden zu sehen, die ausgestreckten Hände symbolisieren die Offenheit Marias für die Botschaft Gabriels. Das biblische Geschehen erleuchtet den Raum, nicht die Fenster. Eine geglückte Interpretation der Heiligen Schrift, zwingt doch der Regensburger Dom den Besucher aufgrund seiner selbst für eine gotische Kathedrale bemerkenswerten Dunkelheit dazu, genau hinzuschauen. Dem im Nachkriegsdeutschland seltenen Glücksfall, in Regensburg wie in Chartres noch alle Originalbuntglasfenster in einer gotischen Kathedrale sehen zu können, tragen Hermann Ellers Ölgemälde



Der Mensch ist für mehr geschaffen als irdische Sorgen: Tanja Kubanis Acrylbild „Ratisbonangle“ lenkt den Blick des Betrachters nach oben. Foto: Katalog

„Hochchor“ und Gerhard Pechtls Momentaufnahme kerzentragender Ministranten Rechnung. Letztere fängt die Stimmung im rötlichbraunen Halbdunkel vor den Altarstufen besonders authentisch ein.

Dass keine Domschatzdarstellung unter den Exponaten zu entdecken ist, wird durch die Qualität des Katalogs ausgeglichen. Ein Erfahrungsbericht des Regensburger Domvikars Werner Schrüfer und ein Interview mit der vormaligen Kölner Dombaumeisterin Barbara Schock-Werner vermitteln überzeugend das Ziel französischer Kathedralgotik: dem Besucher den Standort menschlicher Existenz vor Augen führen – „mit den Füßen im Schlamm, mit dem Kopf in den Sternen“ beschrieb die Schriftstellerin Else Lasker-Schüler diese Erfahrung.

Die Kathedrale bietet als moderne Arche Noah einen Zufluchtsort gegen Ängste, Hoffnungslosigkeit und Narzissmus. Angesichts der unbeschreiblichen Größe Gottes relativieren sich die vergänglichen Übel der Zeit. Franz Braunmillers Fotografie „Orient“ lässt den Blick des Betrachters von den Kathedraltürmen aus über die Dächer und Kirchturmspitzen ringsum gleiten. Wie ein riesiges Schiff vor dem Ablegen wirkt der Dom. Hier, so die Botschaft der Ausstellung, kann jeder beruhigt einschiffen und seine Lebensreise fortsetzen.

Bis 16. August in der Museumskirche S. Ulrich, Montag bis Sonntag, 11 bis 17 Uhr, freitags bis 20 Uhr, Eintritt frei.

Vom 21. September bis 12. Oktober ist die Ausstellung im Donaueinkaufszentrum, Ebene 2 zu sehen.

Der Katalog „faszination kathedrale“ ist bei Schnell&Steiner erschienen. Mit einem Vorwort von Bischof Rudolf Voderholzer, broschiert, 96 Seiten, EUR 15,-

Anzeige

„Wer die Tagespost liest, ist über Kirche und Welt informiert“

Bischof Rudolf Voderholzer
Bischof von Regensburg



Die Tagespost

Bistum wehrt sich gegen Videoclip

REGENSBURG (DT/KAP/KNA) Eine junge Schweizer Popsängerin hat mit ihrer Freundin für ein anzügliches Video in einer bayerischen Kirche gedreht, um damit ihre neue Single zu vermarkten. „Ich bin aus allen Wolken gefallen, als ich das Video am Freitag gesehen habe“, sagte Roman Gerl, Pfarrer von St. Emmeram in Regensburg, am Montag der deutschen Katholischen Nachrichten-Agentur (KNA). Es habe keine Dreherlaubnis gegeben, und für ein solches Projekt hätte er auch nie eine erteilt. In dem Clip zu ihrem Lied „You believe in Jesus, I believe in Pussy“ feiert die Sängerin Milune (22) ihre lesbische Liebesbeziehung. Der katholische Pfarrer bezeichnete das Video als „frivol“ und sprach von einem „absoluten No-Go“. Er sei schockiert, wie damit religiöse Gefühle massiv verletzt worden seien. Die Angelegenheit sei in Absprache mit der Diözesanverwaltung an eine Anwaltskanzlei übergeben worden, um eine weitere Verbreitung des Videos zu unterbinden, so Gerl. Am Montag war es bereits im Internet nicht mehr abrufbar.

Der Pfarrer sagte, es gebe immer mal wieder Anfragen, in seiner Kirche für Kulturprojekte Aufnahmen zu machen. Videoclips seien bisher aber kaum darunter gewesen. Bevor er sein Einverständnis gebe, lasse er sich bei solchen Vorhaben stets die Inhalte geben, um die es gehen soll.

St. Emmeram in Regensburg zählt zu den bedeutendsten Kirchenbauten Süddeutschlands und war vor dem Bau des Doms 200 Jahre lang Bischofskirche. Die dreischiffige Basilika entstand bereits im 8. Jahrhundert und wurde mehrfach erweitert. Der barocke Innenraum ist eine Schöpfung der genialen Künstlerbrüder Egid Quirin und Cosmas Damian Asam im 18. Jahrhundert. Sie gestalteten ihn als „Thronsaal Gottes“.

Männer leben im Kloster länger

WIEN (DT/KAP) Der Lebensstil in einer Ordensgemeinschaft erhöht die Lebenserwartung von Männern messbar und gleicht den biologischen und gesellschaftlichen „Gender Gap“ fast vollständig aus. Das zeigen die langfristigen Ergebnisse der „Deutsch-Österreichischen Klosterstudie“ unter der Leitung des Demografen Marc Luy. „Es gibt kein einfaches Rezept für ein langes Leben, wie täglich einen Apfel oder drei Tomaten essen. Es ist ein Zusammenspiel aus vielen verschiedenen Dingen“, erklärte Luy im Interview mit der Kooperationsredaktion der österreichischen Kirchenzeitungen (aktuelle Ausgabe). Doch im Orden treffen günstige lebensverlängernde Faktoren zusammen.

Während die Statistik Austria für im Jahr 2025 geborene Buben eine um 4,45 Jahre geringere Lebenserwartung als für Mädchen errechnet – konkret stehen 80,15 Jahre bei den Buben 84,6 Jahren bei den Mädchen gegenüber –, sterben Ordensmänner im Durchschnitt wesentlich später als Männer außerhalb von Klöstern. „Dass Männer im Allgemeinen jünger sterben als Frauen, liegt stärker am Lebensstil als an genetischen Faktoren“, erklärte Luy.

Als Säulen für die Langlebigkeit von Ordensmännern identifiziert seine Studie das Leben in der Gemeinschaft, den geregelten Tagesablauf aus Arbeit und Gebet sowie eine spirituelle Mission. Die Gemeinschaft stabilisiere dabei ähnlich wie eine Ehe: Ein geregelter Ernährungsplan und die soziale Kontrolle im Konvent führten im Durchschnitt zu einem gesünderen Lebensstil mit deutlich weniger Rauch- oder Suchtproblemen. Zudem falle es in einer Gemeinschaft früher auf, wenn ein Mitglied physisch oder psychisch „abgeleite“, berichtete Luy vom Institut für Demographie der Österreichischen Akademie der Wissenschaften (ÖAW).



Wie wird Kardinal Reinhard Marx künftig Betroffenen, Beschuldigten und Schuldigen in Fällen geistlichen Missbrauchs gerecht werden?

Foto: KNA/Robert Kiderle

Was ist Missbrauch? Vor allem am Umgang mit Fällen geistlichen Missbrauchs hängen derzeit viele Fragezeichen. So hat der Erzbischof von München und Freising, Kardinal Reinhard Marx, am 10. April 2026 eine „Ordnung zum Umgang mit Spirituellem Missbrauch“ für seine Erzdiözese erlassen. In § 1 dieser Ordnung wird implizit auf die Arbeitshilfe der Deutschen Bischofskonferenz „Missbrauch geistlicher Autorität – zum Umgang mit Geistlichem Missbrauch“ (AH 338) verwiesen. Dort wird unter anderem erwähnt, dass jeder Diözesanbischof für seine Diözese eine Disziplinarordnung erlassen könne, durch die – zusätzlich zum Strafprozess – ein weiterer Verfahrensweg für eine Sanktionierung missbräuchlichen Verhaltens eröffnet würde. Allerdings setzt die Anwendung von Disziplinarmaßnahmen nach dem Kirchlichen Gesetzbuch Codex Iuris Canonici (CIC) voraus, dass vom Diözesanbischof rechtswirksam eine Disziplinarordnung erlassen wurde, was für das Erzbistum bislang jedoch nicht erfolgt ist.

Fehlende Definition von spirituellem Missbrauch

In ihrer Zielsetzung gibt die Ordnung an, dass sie eine zeitnahe Aufdeckung von Missständen, ihre nachhaltige Beseitigung und die Sorge für alle Betroffenen spirituellen Missbrauchs gewährleisten will. Gemäß § 1 Abs. 2 soll sie bei potenziell missbräuchlichen Verhaltensweisen aller Personen angewendet werden, die im Dienst eines der Gesetzgebungsgewalt des Erzbischofs unterliegenden Rechtsträgers stehen. Die Ordnung trägt dem kirchenrechtlichen Autonomiestatus der Orden, geistlichen Bewegungen und Vereinigungen keine Rechnung; für sie besitzt sie keine Rechtsgeltung.

Für Personen, die von spirituellem Missbrauch betroffen sind, bildet gemäß § 2 Abs. 1 und 2 die diözesane Anlauf- und Beratungsstelle den ersten Anlaufpunkt. Ihr Angebot soll niederschwellig sein. Die Ordnung setzt implizit das Verständnis der Anlauf- und Beratungsstelle in AH 338 voraus: Sie sind institutionalisierte Orte, an denen von spirituellem Missbrauch betroffene Personen unabhängige, zuständige und kompetente Beratung finden.

Die Aufgaben der Anlauf- und Beratungsstelle werden durch Ansprechpersonen geleistet, für die spezifische Qualifikationen erwartet werden: Neben einer theologischen Grundausbildung ist das eine hinreichende Erfahrung und Qualifizierung in Beratung; Authentizität in Fragen des Glaubens und Lebens wird – im Unterschied zu AH 338 – nicht explizit vorausgesetzt. Angesichts der gemäß § 5 Abs. 1 der Ordnung von den Ansprechpersonen erwarteten rechtserheblichen Einschätzung verwundert es, dass für sie keine kirchenrechtliche Qualifikation erwartet wird.

Die Unabhängigkeit der vom Erzbischof ernannten Ansprechpersonen ist entsprechend der in § 3 Abs. 1 normierten Voraussetzung nur dann gegeben, wenn der vorgeworfene spirituelle Missbrauch im Verantwortungsbereich des Erzbischofs stattgefunden hat; bei einem Vorwurf gegenüber einer Ordensgemeinschaft, einer geistlichen Bewegung oder einer kirchlichen Vereinigung ist die Unabhängigkeit nicht ohne Weiteres sichergestellt.

Die Aufgaben der Ansprechpersonen sind in § 3 Abs. 3 exemplarisch aufgelistet; dazu gehört die Entgegennahme von Verdachtsmeldungen und die Klärung der Zuständigkeit der Anlaufstelle. Mangels einer klaren Definition, was unter spirituellem Missbrauch zu verstehen sein soll, wird von den Ansprechpersonen schon die Zuständigkeitsfrage oft nur schwer zu entscheiden sein. Als eine weitere Aufgabe wird die Klärung des Sachverhalts und des Anliegens des Betroffenen angeben. Hier dürfte es um die Frage gehen, ob tatsächlich ein Verdacht auf spirituellen Missbrauch naheliegt sowie um die Erwartungen und das Anliegen der Betroffenen. Um falschen Erwartungen zuvorzukommen, ist der zutreffende Hinweis der AH 338 hilfreich, dass es bei spirituellem Missbrauch keine kirchenrechtlichen Regelungen gibt, wann, wo und durch wen ein Vorfall angezeigt und rechtlich weiterverfolgt werden muss. Zudem müsste allen Beteiligten klar sein, dass spiritueller Missbrauch weder ein weltlich-rechtlicher noch ein kanonischer Straftatbestand ist, für den folglich auch keine Strafe festgelegt sein kann.

Die Durchführung von vertraulichen Beratungsgesprächen gehört zu den zentralen Aufgaben der Ansprechpersonen.

Nach § 4 Abs. 3 der Ordnung unterliegen sie der besonderen Vertraulichkeit und der Schweigepflicht (*forum internum*), deren Bruch allerdings zur Gefahrenabwehr zulässig sein soll. Folglich ist bereits vor Beginn der Gespräche ein entsprechender präventiver Hinweis erforderlich.

Der von der Ordnung festgelegte Ablauf beginnt mit der Kontaktaufnahme seitens der Betroffenen, dem zeitnah ein an ihren Bedürfnissen orientiertes Gesprächsangebot folgen muss. Als nächster Schritt folgt die Übergabe des gesamten Vorgangs an die Interventionsstelle, wenn aus Sicht der Ansprechperson ausreichende Verdachtsmomente für einen spirituellen Missbrauch vorliegen und die betroffene Person mit der Übergabe an die Interventionsstelle einverstanden ist; widrigenfalls ist der Gesprächs- und Beratungsprozess beendet. Mit der Übergabe des Vorgangs an die Interventionsstelle erfolgt ein Wechsel vom „forum internum“ zum „forum externum“, der sich aus kirchenrechtlicher Sicht absolut verbietet.

Betroffene werden vom Subjekt zum Objekt

Nach der Ordnung ist die betroffene Person während des vertraulichen Gesprächs- und Beratungsprozesses Subjekt des Verfahrens. Ab der Übergabe an die Interventionsstelle wird sie jedoch zum Objekt des Verfahrens: Sie besitzt keine Möglichkeit mehr, Einfluss auf das weitere Vorgehen zu nehmen. Zudem spielen die ursprünglichen Ansprechpersonen keine Rolle mehr. Die Gefahr einer Retraumatisierung wird von den Verfassern der Ordnung offenkundig nicht gesehen.

Gemäß § 5 Abs. 2 leitet die Interventionsstelle die Akten an die Stabsstelle Recht weiter, die bei Anhaltspunkten für eine – tatsächlich nicht gegebene – Strafbarkeit von spirituellem Missbrauch nach weltlichem Recht eine Anzeige bei den staatlichen Ermittlungsbehörden veranlasst. Ergänzend oder alternativ kann die Interventionsstelle dem Ortsordinarius auch die Eröffnung einer kirchenrechtlichen Voruntersuchung empfehlen; auch hier ist auf die fehlende Straftatbestandsbeschreibung zu verweisen.

Die Ordnung führt mit der „Clearingstelle“ einen weiteren behördlichen Schritt

ein. Gemäß § 6 Abs. 2 prüft und berät die Clearingstelle die Angelegenheit in einem geregelten Verfahren – das in der Ordnung selbst nicht geregelt ist – und gibt dem Ortsordinarius eine Empfehlung für das weitere Vorgehen. Ob die Clearingstelle auf der Grundlage kirchenrechtlicher oder anderer Normen oder aufgrund freien Ermessens zu ihrer Empfehlung kommt, bleibt offen.

In § 7 Abs. 2a)–h) der Ordnung fällt auf, dass Disziplinarmaßnahmen gegen Beschuldigte verhängt werden sollen, also gegen Personen, deren Schuld noch nicht bewiesen ist, sonst müssten sie als „Schuldige“ bezeichnet werden; der in § 8 festgehaltene Grundsatz der Unschuldsvermutung steht hierzu in Spannung.

Unbeachtet bleibt das gemäß cc. 221 § 1 und 1598 § 1 CIC unbedingt zu beachtende Verteidigungsrecht des Beschuldigten; ungeregt bleibt zudem der rechtliche Umgang mit einer eventuellen Beschwerde gegen ungerechtfertigt verhängte (Disziplinar-) Maßnahmen. In der Ordnung fehlen Regelungen für die Durchführung eines Disziplinarverfahrens, das auch zur Gewährleistung des Rechtsschutzes beachtet werden müsste.

Eine Tatbestandsbeschreibung des spirituellen Missbrauchs ist nach c. 1321 §§ 2–4 CIC unabdingbar. Ebenso muss an c. 221 § 3 CIC erinnert werden, wonach die Gläubigen das Recht haben, dass kanonische Strafen über sie nur nach Maßgabe des Gesetzes verhängt werden. Insofern ist es fatal, dass die Ordnung auf eine Tatbestandsbeschreibung von spirituellem Missbrauch verzichtet und nur auf AH 338 verweist, die selbst aber keine Tatbestandsbeschreibung geben will.

Die vorliegende Ordnung des Erzbistums München-Freising ist mit ihrer Promulgation nicht als gültiges Partikulargesetz in Kraft getreten, weil sie im Sinn des c. 135 § 2 CIC dem universalkirchlichen Recht widerspricht. So sehr zu begrüßen ist, dass der Erzbischof von München und Freising mit der von ihm erlassenen Ordnung versucht, spirituellem Missbrauch zu begegnen, so sehr muss darauf hingewiesen werden, dass dieser Versuch nicht rechtsgültig gelungen ist.

Der Autor ist Kirchenrechtler und emeritierter Lehrstuhlinhaber an der Julius-Maximilians-Universität Würzburg.

SONNTAGSLESUNG



Gott ist mächtig und geduldig

VON MARTIN GRICHTING

Die erste Lesung und das Evangelium betonen Gottes Macht. Sie steht ihm zur Verfügung, wann immer er ihrer bedarf, erklärt das Buch der Weisheit. Und Jesus Christus lässt im Evangelium keinen Zweifel aufkommen, dass Gott am Ende die Scheidung zwischen Gut und Böse herbeiführen wird. Er ist weder schwach noch ein Relativist. Deshalb wird das Unkraut verbrannt werden.

Diese Betonung göttlicher Allmacht wird jedoch flankiert von einer zweiten Botschaft: Gott hat Geduld. Gerade weil er der unangefochten Mächtige ist, kann er sich Zeit lassen. „Weil du über Stärke verfügst, richtest du in Milde“, heißt es schon im Alten Testament. Das Gleichnis vom Weizen und vom Unkraut enthält sodann den zur Geduld mahnenden Satz Jesu: „Lasst beides wachsen bis zur Ernte.“ Die zweite Lesung aus dem Römerbrief erklärt diesbezüglich den Unterschied zwischen Gott und dem Menschen. Letzterer hat eine begrenzte Sichtweise. Er weiß nicht, worum er in rechter Weise beten soll. Es ist der Geist Gottes, der für den kurzichtigen Menschen vor Gott für das wahrhaft Gute eintritt: „Desgleichen hilft auch der Geist unsrer Schwachheit auf. Denn wir wissen nicht, was wir beten sollen, wie sich's gebührt; sondern der Geist selbst vertritt uns mit unaussprechlichem Seufzen.“

Rigorismus läuft dem Willen Gottes zuwider

Die Geschichte der Kirche hat die Tatsache, dass der Mensch über einen begrenzten Horizont verfügt, bestätigt. Immer wieder waren die Christen geneigt, die Apostel nachzuzahlen: Sollen wir das Böse ausreißen? Jetzt schon? Daraus entstand im Mittelalter die ungeduldige These, wonach der Irrtum kein Recht auf Existenz habe. Daraus leitete man das Recht ab, Ketzer zu verfolgen und zu töten, Bücher zu zensieren und Menschen zu vertreiben. Man wirft es der katholischen Kirche bis heute vor. Die evangelischen Gemeinschaften haben spiegelbildlich das Gleiche getan. Stets war die Ungeduld des kurzichtigen Menschen im Spiel. Er wollte das jüngste Gericht „verzeitlichen“: Was erst am Ende der Geschichte geschehen sollte, wollte er sofort verwirklichen. Viel Leid ist dadurch entstanden. Noch heute wird der Vorwurf Voltaires zitiert, den er an die Christen richtete: „Wollt ihr Christus gleichen, so werdet Märtyrer, nicht Henker.“

Man kann die Lehre daraus ziehen, dass es stets einer klugen Balance bedarf. Auf der einen Seite darf die Geduld nicht dazu führen, dass man relativistisch wird. Gut und Böse gilt es zu unterscheiden. Ersteres muss man wählen und alle dazu ermutigen. Aber zugleich muss man sich vor dem Rigorismus hüten, schon vor der Zeit eine allein dem Allmächtigen zustehende Entscheidung herbeizuführen. Denn diese vermeintliche Abkürzung läuft dem Willen Gottes zuwider. Er besteht darin, durch den zeitlichen Aufschub den Sündern die Umkehr zu gewähren, wie es schon im Buch der Weisheit weise heißt.

Weisheit 12, 13.16–19
Römer 8, 26–27
Matthäus 13, 24–30
Zu den Lesungen des 16. Sonntags im Jahreskreis 2026 (Lesejahr A)

Der Weise zieht Grenzen

Regieren kann man lernen: Wie Thomas von Aquin gegen den übergriffigen Staat argumentiert **VON MANFRED GERWING**

Seid vorsichtig mit euren Wünschen“, warnte Peter Sloterdijk jüngst mit Blick auf die Sehnsucht moderner Gesellschaften nach starken Führungskräften. Während global die unkalkulierbare „Madman-Theorie“ wiederkehrt, schrumpft im Westen der Raum für echte Meinungsfreiheit. Es entwickelt sich – wie jüngst auch Papst Leo XIV. kritisierte – eine Konformität der Sprache mit beinahe „orwellischem Beigeschmack“. Wie lässt sich diese postpolitische Krise der Machtpersonalisierung und des ideologischen Drucks fundamental aufbrechen? Einen intellektuell heilenden Ausweg aus dem Dilemma staatlicher Anmaßung bietet die passend zur Stunde erschienene zweisprachige Neuausgabe der politischen Theorie des Thomas von Aquin.

Die flüssige, hochpräzise Neuübersetzung und Kommentierung von Christian Rode macht deutlich: Wahre Souveränität misst sich nicht an populistischer Willkür oder ideologischer Erziehung, sondern an der strikten Bindung an das Gemeinwohl. Der Traktat entpuppt sich so als scharfer Kontrapunkt gegen jede Form staatlicher Übergriffigkeit.

Tyranei stellt den Inbegriff des Übels dar

Natürlich gibt es Zeitbedingtes. So wird der Verwalter des Gemeinwohls durchweg „Herrscher“ oder „König“ genannt – eine Redeweise, die mit Blick auf die gegenwärtigen Bemühungen um den Erhalt und den Ausbau der modernen Demokratie der Übersetzung bedarf. Als Angehöriger eines Bettelordens in der Zeit des Hochmittelalters erklärt Thomas von Aquin das Königtum für diejenige Herrschaftsform, die von sich aus am ehesten die sinngemäße Verwaltung des Gemeinwohls gewährleistet. Freilich betonte er gleichfalls, dass eine ungerechte Alleinherrschaft die schlimmste aller Entartungsformen sei: „Wie die Königsherrschaft das Beste, so ist die Herrschaft des Tyrannen das Schlimmste.“ Während Letzterer skrupellos eigene Interessen verfolgt, orientiert sich Ersterer am Gemeinwohl und dient den Menschen.



Er hatte Führungsqualitäten: Juste de Gands (Joos van Wassenhove) und Pedro Berruguetes Porträt aus dem 15. Jahrhundert im Pariser Louvre zeigt den heiligen Thomas als besonnenen Denker.

Foto: Imago/Opale.photo

Der Fürstenspiegel „De regno ad regem Cypri“ entstand vermutlich für Hugo III. von Zypern (ca. 1235–1284), der zugleich König von Jerusalem war und sich gegen rebellische Vasallen durchsetzen musste. Thomas erklärt ihm zunächst die Aufgaben

eines Königs und greift dabei auf die aristotelische Anthropologie zurück: Der Mensch ist ein Mängelwesen, das seine Grundbedürfnisse nur durch Kommunikation und Kooperation mit anderen stillen kann. Dabei darf es jedoch nicht nur um das Wohl

des Einzelnen gehen; erst durch das Gut der Vielen wird aus den zahlreichen Individuen ein echtes Gemeinwesen. Dazu bedarf es einer Regierung, die sich – wie die Seele im menschlichen Leib – um das Wohl des gesamten Organismus kümmere. „Wo kein

Lenker ist, zerstreut sich das Volk“, betont Thomas mit Verweis auf Sprüche 11, 14. Doch die weltliche Macht muss begrenzt werden. Sie besitzt zwar ihren eigenen Ursprung und Zweck, dieser bleibt jedoch endlich. Das Gemeinwohl der Vielen steht unter dem jenseitigen Zweck, auf den hin der Papst die Menschheit ordnet: dem *bonum universale*, dem Gut im Ganzen, das sich allein in Gott findet. Es gibt hier keine Parallelität der Zwecke, sondern eine Einordnung des Weltlichen in das Letzte und Eigentliche.

Die Ordnung der Welt ist ohne Gott nicht denkbar

Thomas dachte die Welt als Ordnung: als geschaffenes Gefüge wechselseitiger Beziehungen. Gott selbst ist Beziehung, weil er die Liebe ist (vgl. 1 Joh 4, 8). Alles Seiende verdankt sich ihm als Erstursache. Die Welt bildet die Ordnung der Zweitsachen, die ohne Gott nicht bestehen könnten, deren Eigenständigkeit durch ihn jedoch gerade begründet wird. Darum nimmt Gott den geschaffenen Wesen ihre Eigentätigkeit nicht, sondern ermöglicht sie erst.

Diese relative Autonomie zeigt sich auch im Politischen. Das weltliche Gemeinwohl besitzt seinen eigenen Rang, bleibt aber auf das universale Gute hingeordnet. Gerade darin liegt die eigentliche Grenze jeder politischen Macht: Kein Staat, keine Ideologie und kein „starker Führer“ dürfen sich an die Stelle des Letzten setzen.

Hierin liegt die überraschende Aktualität von Thomas von Aquin: Freiheit entsteht nicht dort, wo Macht schrankenlos wird, sondern dort, wo sie sich selbst begrenzt.

Thomas von Aquin: Über die Königsherrschaft an den König von Zypern. De regno ad regem Cypri. Lateinisch-Deutsch. Übersetzt und eingeleitet von Christian Rode. Freiburg – Basel – Wien, Herder, 2026 (= Herders Bibliothek der Philosophie des Mittelalters Bd. 67), gebunden, 192 Seiten, EUR 45,-

Der Rezensent ist emeritierter Dogmatiker der KU Eichstätt-Ingolstadt

Tschechiens Oskar Schindler

Die Autobiografie des Erziehers Premysl Pitter zeugt von beeindruckender christlicher Nächstenliebe **VON ESTHER VON KROSIGK**

Literatur kann der Anfang zur Lebenswende sein: Als junger Mann bekehrte sich der tschechische Erzieher und Humanist Premysl Pitter (1895–1976), nachdem Tolstois Volkserzählungen ihm den christlichen Glauben nähergebracht hatten: „Ich besorgte mir ein Neues Testament, um mich zu überzeugen, dass sich Tolstoi die Auszüge aus den Evangelien nicht ausgedacht oder etwas hinzugefügt hatte. Ich las und staunte. Welch eine Tiefe, welch eine Schönheit!“

Seiner Wendung hin zum Christentum folgte segensreiches Handeln über Jahrzehnte. Als älterer Mann erkannte Pitter, was dadurch möglich geworden war, indem er schrieb: „Ich glaube nicht an den Zufall. Ich muss an die Vorsehung glauben, die die Entwicklung der Welt, der Menschheit und eines jeden von uns lenkt.“ Er zitierte in diesen Zeilen den Gründer und ersten Präsidenten der Tschechoslowakei, Tomáš Garrigue Masaryk, aber Pitter sprach vor allem sein eigenes Schicksal an.

Die schweren Gefechte im Ersten Weltkrieg überlebte er, während fast alle um ihn herum starben. Daraufhin entflohr er dem Kriegswahnsinn, wurde jedoch aufgegriffen und inhaftiert. Der Hinrichtung entkam der Desertierte. Warum, blieb ihm selbst ein Rätsel. Während ein anderer Geflüchteter erschossen wurde, stellte der

Militärrichter Pitter lediglich einige Fragen, dann ging es zurück an die Front. Er desertierte ein zweites Mal und entging der Exekution durch einen plötzlichen Angriff des Feindes, der Panik auslöste und ihn befreite.

Während des Zweiten Weltkriegs, als 1941 die Deportationen der Juden aus Prag begannen, verwandelten Premysl Pitter und sein Team ein Erholungsheim außerhalb der Stadt in ein Versteck für jüdische Kinder. Zudem versorgten sie jüdische Mitbürger mit Lebensmitteln. Zwei Jahre passierte ihnen nichts, obgleich viele Menschen von diesem Tun wussten. Dann wurde Pitter in das Gestapo-Hauptquartier vorgeladen – doch auch diese gefährliche Situation überstand er unversehrt. War es sein Mut, die einfache Wahrheit auszusprechen und ein Mitfühlen im anderen zu wecken? Dem Leiter der Abteilung für die Liquidierung der Juden – einem Dr. K. – antwortete er auf dessen Vorwürfe, dass er Juden helfe: „Aber vom menschlichen Standpunkt aus werden Sie es wohl verstehen.“ Nach einer langen Stille durfte Pitter schließlich gehen und kehrte in das Kinderheim zurück: „Ich öffnete die Tür zu jenem Zimmer, in dem ich mich vor kurzem von meinen Freunden verabschiedet hatte. Immer noch saßen sie zusammen, versunken in stillem Gebet. Sie sahen mich an, als wäre ich eine Erscheinung.“



Premysl Pitter erhielt den Ehrentitel „Gerechter unter den Völkern“.

Foto: IN

Vielleicht geschah die Errettung dieses Einzelnen, um Hunderte andere Menschenleben zu retten: Pitter und seine Helferin Olga Fierz haben jüdische und deutsche Kinder während und nach dem Zweiten Weltkrieg aus Konzentrations- und Internierungslagern vor Hungertod und Gewalt bewahrt, vor ihren Verfolgern versteckt, sie liebevoll versorgt und so vieles zum Guten gewendet. Kein Kind soll verlo-

ren sein, war die Devise, und sie schloss auch die Nachkommen jener ein, die zur Tätergeneration gehörten.

Im Prag der Nachkriegszeit verschaffte sich Premysl Pitter Zugang zu den Internierungslagern für Deutsche und berichtete den Behörden über die katastrophalen Zustände. Sein Einsatz führte dazu, dass elternlose und kranke Kinder in seinen Erholungsheimen aufgenommen wurden. Dort erfuhren die deutschen Kinder etwas, das in jener Zeit alles andere als selbstverständlich war: Sie wurden mit Menschlichkeit, Fürsorge und uneingeschränkter Solidarität behandelt. Selbst von den jüdischen Jugendlichen, die ihre Familien durch die Nazi-Herrschaft verloren hatten: „Das Verhalten unserer Juden war ein beschämendes Beispiel von Großmut für die „christliche“ Welt ringsum. Eine Welt, die sich vom Drang nach Vergeltung betören ließ und so viele neue Leiden hervorrief.“

Für sein Engagement geriet Pitter jedoch selbst unter Druck und musste sich wiederholt gegen den Vorwurf wehren, mit seiner Hilfe feindliche Kräfte zu begünstigen. Auch unter den Kommunisten geriet er wiederholt in Gefahr. In einer dramatischen Flucht verließ er 1951 sein Heimatland, wieder musste er vor einer drohenden Verhaftung fliehen. Aufgrund seines Gesundheitszustandes wäre der Weg in die

Zwangsarbeit einer Reise in den Tod gleichgekommen. Im Exil warteten neue Aufgaben, im Lager „Valka“ bei Nürnberg versah Pitter soziale Dienste in einem Lager für Ostflüchtlinge. Zusammen mit Olga Fierz ging er dann in die Schweiz, wo er nach dem Zusammenbruch des Prager Frühlings tschechische Emigranten betreute. Im Jahre 1964 erhielt er den israelischen Ehrentitel „Gerechter unter den Völkern“.

Diese persönliche Geschichte, die auch ein Stück europäischer Geschichte ist mit bislang wenig ausgeleuchteten Nischen wie der Beschreibung der Barackenstadt „Valka“, ist großartig zu lesen. Die Neuauflage von Pitters Autobiografie ist ein Projekt der Münchner Ackermann-Gemeinde, des Prager Pitter-Archivs und der Autorin Sabine Dittrich. Die Mischung aus bewegenden Schilderungen tatsächlicher Ereignisse, gelebter Menschlichkeit und beeindruckenden Zeugnissen christlicher Nächstenliebe besitzt das Potenzial zur Verfilmung. Aber welcher Regisseur könnte das glaubhaft umsetzen?

Premysl Pitter: Unter dem Rad der Geschichte: Autobiografie, Neufeld Verlag, 173 Seiten EUR 18,-

Die Rezensentin ist freie Journalistin und Buchautorin.

„Gott wollte, dass ich meine Fröhlichkeit schenke“

Priester sein war Bastian Steinrückens Traum. Seine Behinderung machte das unmöglich. Erfüllt ist sein Leben trotzdem – auch dank der Lourdes-Wallfahrten

VON ELISABETH HÜFFER

Im schönsten Teil des Sauerlands lebt Bastian Steinrücken. Umgeben von bewaldeten Bergen, Wäldern, Wiesentälern und Bauernhöfen, zwischen denen sich kleine Städte verstecken: so wie Olsberg, Bastians Heimat. Seine Wohnung ist barrierefrei, denn Bastian sitzt im Rollstuhl. An diesem Nachmittag scheint durch die hellen, dünnen Vorhänge die Sonne in sein Wohnzimmer. Auf seinem Esstisch stehen eine „moderne Ikone“ vom heiligen Carlo Acutis und eine Statue seines Namenspatrons, des heiligen Sebastian. Daneben brennt eine Kerze. Bastian ist sehr gläubig. Davon zeugt vor allem sein fröhliches Wesen. Schon als Kind verbrachte er gerne Zeit in Kirchen. „Auch, wenn meine Eltern nicht sehr praktizierend waren, haben die mich so gelassen, wie ich war. Es ist ein bisschen wie beim heiligen Carlo Acutis“, erzählt er. „Carlo hatte auch als Kind zum Glauben gefunden, obwohl es ihm in der Familie nicht vorgelebt wurde. Und er war ebenfalls sehr glücklich, auch wenn er viel leiden musste.“ Bastian strahlt beim Sprechen, hält ab und zu inne, weil er schmunzeln muss. „Ich habe immer den Wunsch verspürt, Priester zu werden“, fährt er fort. Das kam so: Mit acht Jahren ging er das erste Mal auf eine Beerdigung. „Da war ich ganz fasziniert von dem katholischen Priester und dachte mir, so was möchte ich auch mal machen, wenn ich groß bin. Als Jugendlicher realisierte ich jedoch: Zum Priestersein gehört nicht nur der Glaube, sondern auch ein Abitur und das Studium, eben die Vorgaben der Kirche. Die konnte ich aufgrund meiner Lernschwäche nicht erfüllen“, erklärt er nachdenklich. Auch ein Kloster lehnt ihn ab.

Vier Monate zu früh kam Bastian auf die Welt. Damals, im Dezember 1985, wog er ein knappes Kilo. „Wie eine Milchtüte“, hätten seine Eltern gesagt. Laufen lernte er nie, mobil ist er trotzdem; dank des elektrischen Rollstuhls. Spülen, einkaufen, zum Friedhof fahren, ins Café gehen, die heilige Messe besuchen – alles kein Problem für ihn. Seine Schwester, sein Schwager und eine Sozialarbeiterin unterstützen ihn punktuell im Alltag, zweimal in der Woche kommt eine Reinigungskraft und morgens und abends der Pflegedienst. Mit Mittagessen versorgt ihn seine Arbeitsstelle. Den Rest erledigt Bastian selbstständig.

Medienarbeit nach dem Vorbild von Carlo Acutis

„Ich bin schon immer so fröhlich gewesen, das sagt zumindest meine ältere Schwester. Mein Glaube hat diese Fröhlichkeit noch mal verstärkt“, meint Bastian. In der 14000-Seelen-Stadt Olsberg sei er daher auch „bekannt wie ein bunter Hund“, wie man im Sauerland sage. Begleitet man ihn durch die kleine Stadt, grüßt er jeden, den er sieht, und erkundigt sich nach dessen Angehörigen. Ebenso bekannt ist er an seinem Arbeitsplatz: im Josefsheim, einem Sozialunternehmen für Menschen mit unterschiedlichen Behinderungen. Dort montiert er Rohre und packt Schrauben ab. „Viele Menschen, auch im Josefsheim, sind durch die Behinderung verbittert“, erzählt er. Bastian nicht. Der 40-Jährige versucht, das Beste aus seinem Leben zu machen. Der Glaube gebe ihm Kraft, seine Behinderung so zu tragen, wie sie ist. In manchen Phasen hadere er zwar mit seinem Schicksal. Doch dann denke er sich: „Bastian, es sollte halt so sein und es hätte dich noch viel schlimmer treffen können. Gott hat einen Plan, mit jedem von uns. Irgendwie hat es auch einen Sinn, dass er meinte, für dich habe ich das Priesteramt nicht vorgesehen, sondern, dass du anders für mich in der Welt wirkst. Er möchte eben, dass ich den Menschen meine Fröhlichkeit schenke, sodass der Funke überspringt.“

Nach dem Vorbild des heiligen Carlo versuche er, seinem Umkreis den Glauben über die sozialen Medien an die Hand zu geben. Regelmäßig veröffentlicht er Links zu Gebeten und religiösen Musikvideos in seinem WhatsApp-Status. Dazu Bilder aus

seinem Alltag und Privatleben, die für sich sprechen. Darauf zu sehen sind nämlich stets gut gelaunte Menschen, zusammen mit Bastian. „Ehrlich gesagt bin ich da aber auch schon auf Granit gestoßen“, gibt der Olsberger zu bedenken. „Die Leute meinten, es würde ihnen zu viel. In meinem Umfeld spüre ich einen starken Glaubensverlust. Darum bin ich umso froher, wenn ich zum Beispiel von der Paris-Chartres-Wallfahrt höre, zu der 20 000 junge Menschen kamen. Wir sollen uns nicht entmutigen lassen. Jesus meinte schließlich selber, wenn man in der Verkündigung abgewiesen werde, solle man den Staub von den Füßen schütteln und weiterziehen.“

Mit Gott rede er häufig, ähnlich wie er auch mit seinen Freunden spreche. Auch bete er gerne aus Büchern, etwa dem „Magnificat“. Auf seinem Esstisch stehen Bilder von verstorbenen Angehörigen: seinem Vater und seiner Schwester. Auch mit denen kommuniziere er und freue sich auf das Wiedersehen im Himmel. „Wenn zum Beispiel mein Vater Geburtstag hat, dann sage ich ‚heute hat Papa Geburtstag‘ und nicht ‚heute hätte er Geburtstag‘. Denn in meinen Augen sind die beiden nicht gestorben. Sie leben im Himmel weiter.“

Als Bastian selber im vergangenen Dezember 40 Jahre alt wurde, dichteten ihm seine Freunde ein Lied. Der Text beschreibt ihn gut: „Ein Lächeln, das wie Sonne beginnt“, „sein Herz so groß, sein Glaube klar, mit Jesus geht er“ und „du bleibst ein Wunder Jahr für Jahr“ texteten sie. Im Flur, über dem Sofa, am Kühlschrank und gerahmt auf dem Esstisch sieht man Bilder von Bastian mit seinen Freunden: Jugendfreunde, Familien, junge Menschen, Arbeitskollegen.

Eine besondere Beziehung zur Muttergottes

Dazwischen hängen Fotos aus dem Wallfahrtsort Lourdes, wo Bastian schon achtmal war. „Weil ich das gerne wollte, sind wir jedes Jahr nach Paderborn zur Priesterweihe gefahren“, klärt er auf, wie es dazu kam. Vor einigen Jahren fragte Weihbischof Matthias König ihn dort, ob er nach Lourdes pilgern wolle. „Daran hatte ich schon öfter gedacht, mich aber nicht getraut, weil ich eben gepflegt werden muss.“ Weihbischof König schlug vor,



Bastian Steinrücken aus dem Sauerland pilgert einmal im Jahr mit den Maltesern nach Lourdes. Die Muttergottes hat schon viele seiner Gebete erhört.
Foto: privat

mit den Maltesern zu fahren, denn die würden sich um alles kümmern. 2016 reiste er das erste Mal mit – und war begeistert. „Allen Menschen, die Maria lieben, empfehle ich, nach Lourdes zu pilgern“, zieht er heute Bilanz. „Zur Muttergottes hatte ich schon immer eine besondere Beziehung. Ich kann es nicht genau beschreiben; das kam dann halt so“, sagt Bastian und deutet zu einem Regalbrett an der Wand. Dort steht zwischen Kerzen und einer weißen Orchidee seine Statue

der Muttergottes, die er vor langer Zeit mit seinem Vater kaufte. In Lourdes seien vor allem die feierlichen Messen, die Lichterprozessionen und die Sakramentsprozessionen schön. „Mein tiefer Glaube und die Gemeinschaft ziehen mich jedes Jahr wieder dorthin. Die Muttergottes von Lourdes hat schon viele meiner Gebete erhört, auch im Kleinen. Allein schon, dass ich überhaupt nach Lourdes gekommen bin, ist für mich eine Gebeterhöhung.“



VON CLAUDIA KOCK

Im Krakauer Stadtteil Debniki steht das Ausbildungshaus der Salesianer, das „schlagende Herz“ der Spiritualität Don Boscos in Polen. Seit seiner Gründung nach dem Ersten Weltkrieg ist es ein bedeutendes Zentrum der Jugend- und Studentenpastoral. Im Kriegsjahr 1941, als Polen von der Wehrmacht besetzt war, wohnte in der unmittelbaren Nachbarschaft ein junger Mann, der als Arbeiter im Steinbruch eingesetzt war, aber heimlich Theologie studierte, um Priester zu werden: der damals 21-jährige Karol Wojtyła, der spätere Papst Johannes Paul II. Er besuchte häufig die Pfarrei der Salesianer

21. Juli: Die Wochenheiligen Der selige Ignacy Antonowicz und Gefährten

und fand hier eine geistliche Heimat. Am 23. Mai, dem Vorabend des Festes der Schutzmantelmadonna, die als „Maria Hilt“ im Salesianerorden besonders verehrt wird, umstellte die Gestapo das Ordenshaus. Zwölf Salesianer wurden verhaftet, nur wenige kehrten später zurück. Die meisten wurden in das Konzentrationslager Auschwitz abtransportiert, viele erlitten das Martyrium. Einen der Märtyrer von Krakau, Pater Józef Kowalski, hat Johannes Paul II. noch selbst zur Ehre der Altäre erhoben, sechs weitere wurden kürzlich, am 6. Juni, im Auftrag von Papst Leo XIV. in Krakau seliggesprochen. Anlässlich des Todestages eines von ihnen, Pater Ignacy Antonowicz, am 21. Juli, werden sie in dieser Woche vorgestellt. Der oben porträtierte Salesianer Ignacy Antonowicz, am 14. Juli 1890 in Wieszlawice geboren, kannte Auschwitz aus schönen Tagen: Er hatte dort die Schule besucht und 1906 die Ordensprofessur bei den

Salesianern abgelegt, bevor er 1916 in Rom zum Priester geweiht wurde. Bei seiner Verhaftung im Mai 1941 war er Rektor des Seminars von Krakau. Zwei Monate später starb er in der Krankenstation des Konzentrationslagers Auschwitz infolge von Misshandlungen. Zu diesem Zeitpunkt waren vier der mit ihm zusammen deportierten Mitbrüder bereits nicht mehr am Leben; sie waren am 27. Juni ermordet worden. Der älteste von ihnen war der 64-jährige Pater Jan Swierc. Er stammte aus dem oberschlesischen Huta und hatte die Schulausbildung bei den Salesianern in Valsalice bei Turin erhalten. Dort trat er auch in das Noviziat des Ordens ein und absolvierte sein Studium bis zur Priesterweihe im Jahr 1903. Nach Polen zurückgekehrt, bekleidete er mehrere verantwortungsvolle Posten und gehörte zeitlebens der Ordensleitung an. Er galt als vorbildlicher Salesianer, der den Geist des Gründers Don Bosco tief verin-

nerlicht hatte; zum Zeitpunkt seiner Verhaftung war er in der Priesterausbildung tätig. Am 27. Juni 1941 wurde er von einem Wachmann im Lager Auschwitz schwer misshandelt. Als er in seiner Not immer wieder laut den Namen Jesu ausrief, wurde er erschlagen. Am selben Tag starben drei weitere Krakauer Salesianer im Steinbruch des Lagers, wo sie schwere Zwangsarbeit leisteten. Der 61-jährige Pater Ignacy Dobiasz und der fünf Jahre jüngere Pater Franciszek Harażim waren ebenfalls in Italien ausgebildet und zu Priestern geweiht worden und hatten an mehreren Orten in Polen den priesterlichen Dienst versehen, bevor sie nach Krakau kamen. Ihr 37-jähriger Mitbruder Pater Kazimierz Wojciechowski war bereits in Polen ausgebildet und in Krakau geweiht worden. Der sechste Märtyrer der Krakauer Salesianer, Pater Ludwik Mroczek, starb ein halbes Jahr später, am 5. Januar 1942, dem Vorabend des Dreikönigsfestes, in der

Krankenstation von Auschwitz, nachdem er beim Lagerappell zusammengeschlagen worden war. Ebenso wie Pater Ignacy Antonowicz war er in Auschwitz bei den Salesianern zur Schule gegangen, bevor er 1933 die Priesterweihe empfing. Vor seinem Dienst im Ausbildungshaus in Krakau war er unter anderem im Marienheiligtum Tschenstochau tätig gewesen. Neben diesen Krakauer Märtyrern wurden zwei weitere polnische Salesianer in Auschwitz ermordet, die ebenfalls am 6. Juni seliggesprochen worden sind: am 14. Mai 1942 der 27-jährige Pater Karol Golda, der im Studentat der Salesianer in Auschwitz Theologie unterrichtete, und am 9. Juli 1942 der 59-jährige Pater Włodzimierz Szembek, der aus dem südpolnischen Nowy Targ nach Auschwitz deportiert worden war. Die neuen Seligen kommen zur großen Zahl der Salesianer Don Boscos hinzu, die – begonnen beim Ordensgründer – bereits zur Ehre der Altäre erhoben worden sind.

Wilhelm II. war stark an religiösen und theologischen Fragen interessiert. Hatte er wirklich ein Faible für den Katholizismus? **VON BENJAMIN HASSELHORN**

Dass der Kaiser selbst alles andere als theologisch konservativ dachte, wurde für die Öffentlichkeit spätestens 1903 deutlich, als er sich in den „Bibel-Babel-Streit“ einmischte. Diesen Streit hatte der Assyriologe Friedrich Delitzsch mit zwei Vor-

Die kanonische Geltung des Alten Testaments wurde damals in der liberalen wie der völkischen Theologie in Frage gestellt – und in beiden Lagern hatte der Kaiser entscheidende theologische Gesprächspartner. Von liberaler Seite war dies Adolf Harnack, von völkischer Houston Stewart Chamberlain, dessen 1899 erschienene „Grundlagen des 19. Jahrhunderts“ einen tiefen Eindruck auf Wilhelm hinterließen. Noch in seinen Memoiren schrieb der Kaiser, das „Germanentum in seiner Herrlichkeit“ sei den Deutschen „erst durch Chamberlain (...) klar gemacht und gepredigt worden.“ Bei allen deutlichen Unterschieden zwischen Harnack und Chamberlain – beide führten miteinander eine lange Korrespondenz, bei der Harnack Chamberlain trotz aller Übereinstimmungen vorwarf, von einem „antijüdischen Dämon“ besessen zu sein – trafen liberale und völkische Theologie sich eben in der Abwertung des Alten Testaments. Wilhelm II. übernahm diese Auffassung weitgehend, traf sich aber

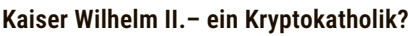


Foto: Imago/UiG

Erst im holländischen Exil (1918–1941) befasste der Kaiser sich dann wieder ausführlicher mit religiösen und theologischen Fragen. Er hielt in Doorn tägliche Hausandachten, und auch eine Reihe von

Predigten aus seiner Feder ist erhalten. Zudem führte er eine sehr umfangreiche Korrespondenz über theologische Fragen, wobei ihn die Frage nach der Geltung des Alten Testaments weiterhin beschäftigte: Er schlug nun eine „Kürzung“ vor, aber keine restlose Streichung aus dem Kanon. Auch zum evangelischen Abendmahlsstreit äußerte er sich: Seiner Meinung nach sei die ganze Diskussion über

Auch mit Katholiken wie dem Abt von Maria Laach, Ildefons Herwegen, führte Wilhelm II. im Exil eine umfangreiche theologische Korrespondenz: freundlich im Ton, aber doch hart in der Sache gegen alle Versuche, ihn von der katholischen Lehre zu überzeugen. Herwegen versuchte, den Kaiser für die Erkenntnis zu gewinnen, dass das katholische Traditionsprinzip eine viel größere Offenheit im Blick auf den Offenbarungsbegriff biete als das evangelische „Sola Scriptura“. Das überzeugte den Kaiser aber nicht; katholisierende Tendenzen sucht man in Wilhelms Exilkorrespondenz vergeblich.

Fortsetzung folgt.

Der Autor ist habilitierter Historiker und Akademischer Oberrat a. Z. am Lehrstuhl für Neueste Geschichte der Julius-Maximilians-Universität Würzburg.

Ein Lob auf die Langeweile



VON JONATHAN PROROK

angesehen werden kann, sei dem eigenen Urteil überlassen. Für mich handelt es sich um Aktivitäten, die mein Interesse wecken, mich fordern und dabei jedoch eine erholende Komponente beinhalten. Wichtig ist, dass die Aktivität Freude bereitet und dass sie in den Alltag integriert wird. Damit wäre auch der geistigen Entfaltung – ganz nach dem Motto „Du wirst, was du tust!“ – Rechnung getragen.

Viele Jugendliche und junge Erwachsene haben heutzutage jedoch das Problem, dass sie gar nicht wissen, wie sie sich die Zeit ohne Medien vertreiben sollen. Neugierigen Lesern empfehle ich, die eigene Kreativität durch ein bisschen Digital Detox anzukurbeln. Wer zwei bis drei Tage auf sein Smartphone verzichtet, wird schnell etwas zu spüren bekommen, was heutzutage zu den bedrohten Arten der Gefühlswelt gezählt werden kann. Es wird sich Langeweile einstellen. Durch Langeweile wird die eigene Fantasie angeregt, und man bekommt Tatendrang. So ist beispielsweise der letztjährige Tanzkurs unserer Unipfarre oder das Projekt „Seoul“

(Unipfarr-Reise zum Weltjugendtag 2027) ein Produkt meiner Langeweile. Hobbys sind so verschieden wie die Menschen, die sie ausüben. Es gibt also nicht die richtige Freizeitbeschäftigung. Wichtig sind eine gewisse Neugier und Offenheit gegenüber Neuem. Vor etwa sechs Jahren habe ich das Lesen unterschiedlichster Bücher für mich entdeckt. Da mir im ersten Lockdown die Decke auf den Kopf fiel und ich bereits sämtliche Geschichtsdokus, James-Bond-Filme etc. konsumiert hatte, suchte ich nach einer neuen Beschäftigung und kaufte mir kurzerhand drei unterschiedliche Bücher. Durch das regelmäßige Lesen wurde dieser Zeitvertreib schnell zu einer Leidenschaft.

Darüber hinaus ist auch eine gewisse Ausgewogenheit für eine sinnvolle Freizeitgestaltung vonnöten. Mir ist es wichtig, eine gute Balance zwischen Hobbys zu finden, die ich alleine ausüben kann, und solchen, die ich mit meinen Lieben teilen darf. Zu Letzteren gehören jedenfalls das Tanzen, Sport treiben und unser Engagement in der Unipfarr.

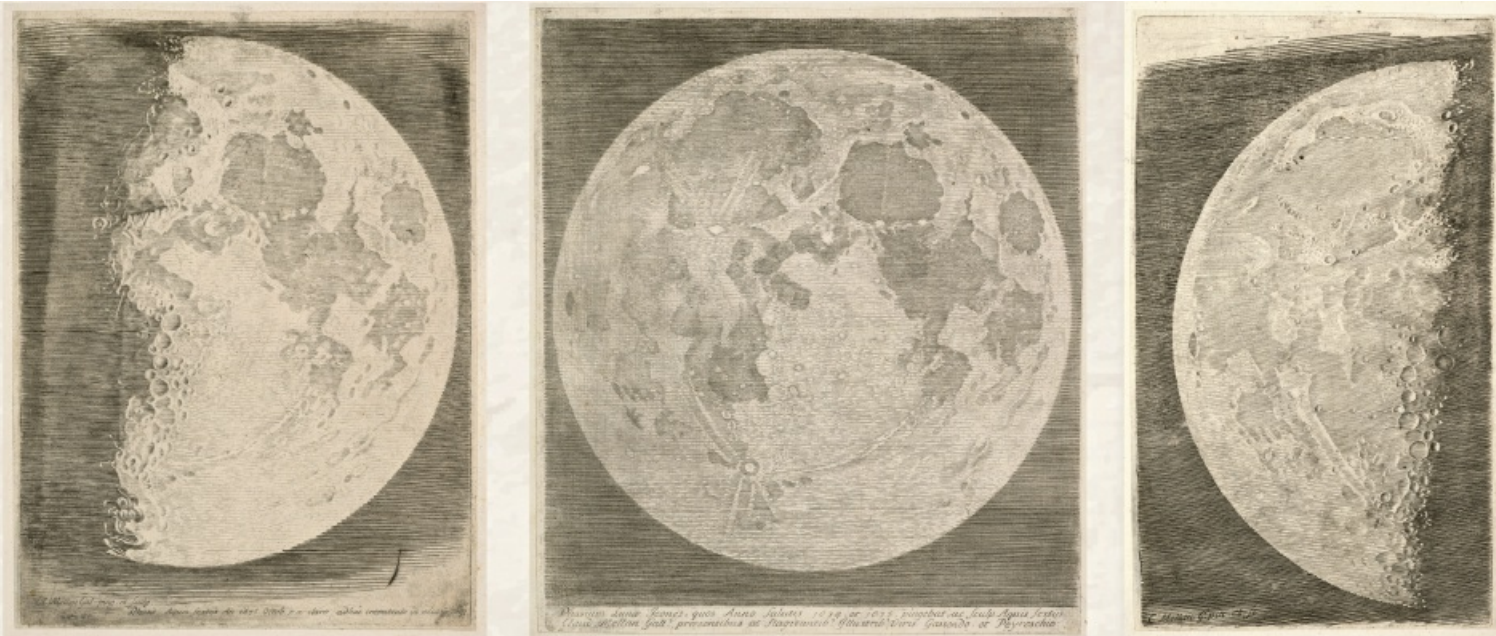
Auch versuche ich, mich auf ein paar wichti-

ge Hobbys zu fokussieren, damit ich nicht von einem Vergnügen zum nächsten hetze. Gerade wenn ich viel Freizeit habe, merke ich, dass ein guter Gebetsrhythmus Ruhe und Kraft für den Alltag bringt. Ich möchte auch in diesen Sommerferien meinen Tag mit Gott beginnen und ihn mit Gott enden lassen. So versuche ich jeden Morgen die Lesehore samt Evangelium und Vers des Tages zu lesen und ein persönliches Gebet an den Herrn zu richten. Die erste halbe Stunde des Tages gehört also dem Herrn. Vor dem Schlafengehen richte ich dann noch ein persönliches Gebet an den Herrn.

Die Kunst der lässigen Beschäftigung will also eingeübt werden. Es geht darum, gute Interessen zu entdecken und zu kultivieren und dabei ohne Unrast den Tag zu gestalten. Am wichtigsten ist jedoch, dass man den Tag mit Gott beginnt, mit Gott bestreitet und ihn mit Gott enden lässt.

Der Autor studiert Wirtschaftsrecht und Geschichte an der Leopold-Franzens-Universität Innsbruck.

Foto: Adobe Stock



Fotos: Imago/piemags

Drei Mondansichten als Kupferstich von Claude Mellan (1636)

Der lange Weg ins All – Sonne, Mond & Sterne

Elon Musk nährt mit seinem SpaceX- Projekt Erwartungen, dass das Weltall wirtschaftlich genutzt und in späteren Zeiten als Lebensraum erschlossen wird

VON HENRY C. BRINKER

Zwar hat sich inzwischen der Jubel um den fulminanten Börsenstart von SpaceX abgekühlt. Dennoch bleiben die Perspektiven des einzigartigen Weltraum- und Kommunikationsprojekts berauschend. Die Zeiten von Sputnik, Mondlandung, Skylab und Mir sind verblasst zu romantischer Erinnerung. Der Himmel über uns – er könnte bald ein anderer sein. Eine Million Kommunikationssatelliten will Elon Musk mit SpaceX ins All schicken, und dies würde den Anblick des nächtlichen Firmaments völlig verändern. Für dieses Szenario jedenfalls laufen Anmeldeverfahren bei der US- amerikanischen FCC, der Federal Communications Commission. Sie koordiniert im Orbit die Stellplätze für die Satelliten. Wie auf einem Jedermann-Flohmarkt morgens um vier hat sich Musk schon jetzt einen entscheidenden Vorteil bei der Standplatzvergabe verschafft. Das Ziel: ein integriertes System aus Raumfahrt, globaler Kommunikation und künstlicher Intelligenz. Dabei geht es längst nicht mehr nur um Mutter Erde, am orbitalen Horizont hat der visionäre Elon Musk eine bildhafte Vorstellung von der Besiedlung des Mondes und der Planeten unseres Sonnensystems aufscheinen lassen. Er selbst wird sein Werk, so es Erfolg hat, wohl kaum in Vollendung erleben. Selbst Optimisten rechnen mit einer Zeitspanne von mindestens einem halben Jahrhundert, bis sich Erdbewohner auf dem Mars auch nur ansatzweise wohl fühlen könnten. Elon Musks Asche dürfte dann längst in einer Titan-

Urne Richtung fremder Galaxien unterwegs sein. Oder seine Leiche dümmert eingefroren in Flüssigstickstoff bei 196 Grad Celsius in einem Kryonik-Zentrum von Tomorrow.bio der leiblichen Wiederauferstehung entgegen.



Foto: Brinkermidia

Weltall-Experte: Der Astrophysiker Prof. Thomas Kraupe

Es ging auch damals ums Geld

Treffpunkt Mönckebergbrunnen in Hamburg: Die alte, neoklassizistische Stadtbibliothek des genialen Stadtarchitekten Fritz Schumacher ist heute zweckentfremdet Café und Ticketing-Außenstelle der Elbphilharmonie. Schumacher war auch beteiligt am Entwurf des Hamburger Planetariums, ursprünglich mal erbaut als Wasserturm. Dort wirkte bis vor kurzem der Astrophysiker Thomas Kraupe. Er verfolgte Musks SpaceX-Mission von Beginn an mit professionellem Interesse. Der Hamburger Wissenschaftler gilt international als Kapazität seines Fachs.

Vor einer kanellierten Säule blinzelt der in München aufgewachsene Astronom in die Sonne. Bedauert er eigentlich, dass der Blick und die Reise ins All inzwischen so stark ökonomischen Maßgaben folgt? Kraupes Antwort fällt überraschend aus: „Eigentlich war das immer so. Die Astronomie und damit auch die Orts- und Zeitbestimmung entwickelte sich von Beginn an Nutzwert getrieben. Dass historische Sternwarten vor allem in Hafenstädten zu finden sind, hat Gründe.“ Kraupe weiß, dass etwa die Entwicklung der Seefahrt ohne den Blick in die Sterne mit allen messtechnischen Ableitungen nicht möglich gewesen wäre. Und er führt das Beispiel Greenwich an. Die Königliche Sternwarte, das Royal Observatory, wurde vor 350 Jahren gegründet, man wollte das Längengradproblem der Seefahrt lösen. Hohe Verluste kostbarer Schiffe und ihrer Fracht erforderten Seekarten, die zum Beispiel präzise die gefährlichen Riffs auf den Weltmeeren erfassten. Im Longitude Act von 1714 hatte das britische Parlament die passenderweise „astronomische“ Summe von 20 000 Pfund ausgesetzt für die Entdeckung einer Methode zur Bestimmung der Längengrade auf See. Ausgerechnet ein Tischler, John Harrison, fand mit seinem präzisen Chronometer aus Holz die Lösung – und beschämte die Sterngucker mit ihren Fernrohren. „Solche Persönlichkeiten bringen bis

heute die Wissenschaft voran. Auch Musk ist ein Visionär, der weit über unsere Probleme auf der Erde hinausblickt in andere Zeiten und Welten“, gibt sich Thomas Kraupe fasziniert vom Pionier der Elektromobilität – und der wiederverwendbaren Rakete: „Damit habe ich so schnell nicht gerechnet!“ Kein Wunder, dass die Mächtigen dieser Welt ähnlich beeindruckt auf solch grundstürzende Kreativität und ungezügelter Unternehmensegeist blicken. Allen voran Donald Trump, der sich trotz Differenzen gern im Glanze des reichsten Manns der Welt und seiner Leistungen sonnt.

Prachtenfaltung im Sonnenglanz hat eine lange Tradition bei den Herrschenden. Auch bei der Geburt Christi beglaubigten ein „Stern“ und drei Gelehrte aus dem Morgenland ein Ereignis, das die Welt verändern sollte. Auf das armselige Geschehen im Stall von Bethlehem fiel nach der Erzählung des Neuen Testaments das Licht des Himmels und wurde zum Licht der Welt. Vorher und nachher waren es immer wieder Bezüge zu den Gestirnen, die Mensch und Gott verbinden sollten: aus Sonnengott wurde Sonnenkönig.

Ludwig XIV. kleidete sein absolutistisches Herrschaftsverständnis in die Vorstellung vom leuchtenden Zentralgestirn. Als Helios, der den Sonnenwagen lenkt, wurde er in jungen Jahren vom Kupferstecher Claude Mellan allegorisch gefeiert. Übrigens war dieser Mellan den Wissenschaften über große Persönlichkeiten der Zeit eng verbunden, Peiresc und Gassendi zum Beispiel. So schuf er damals mit Hilfe des brandneuen Fernrohrs einzigartige Ansichten des Mondes, analytisch-kühl gestochene Abbildungen, die verblüffend bis verstörend auf die Menschen dieser Zeit gewirkt haben müssen.

Die Sonne als Herrschaftssymbol

Auf Mellans Bild vom jungen König Ludwig XIV. im Sonnenwagen erscheint der Herrscher wie Phaeton, der als Sohn des antiken Sonnengotts Helios den Zodiac durchmisst, das Sternennetz mit den 12 Tierkreiszeichen. Das lateinische Schriftband lautet frei übersetzt „Selbst Monster halten den Vorausstürmenden nicht auf“. Die „Monstra“ dürften bildlich für die Aufstände stehen während der Minderjährigkeit des Monarchen. Viele Bildprogramme und Architekturkonzepte, Gartenanlagen und die Musik griffen die Sonnensymbolik auf – von Frankreich ausgehend dann in ganz Europa.

Der Wittelsbacher Fürstbischof Clemens-August ließ ein Schloss in der bewaldeten Einsamkeit des Emslandes errichten – als „Jagdstern“. Um einen Zentralbau ordnen sich acht kleinere Pavillons wie Planeten um das Zentralgestirn. Die Grundidee ist vom Radialsystem von Versailles abgeleitet, wo alle Gartenachsen strahlenförmig auf das sonnenkönigliche Schlafgemach zulaufen. Der Entwurf des Architekten Schlaun für Clemens-August ist jedoch weicher und weniger herrschaftsbezogen. Er kopierte lediglich die formalen Insignien absolutistischer Herrschaft als ästhetisches Konzept. Politisch prägten die westfälischen Landstände und die Verfassung des Hochstifts Münster die wahren Machtverhältnisse.

Macht über die Zeit

Zurück nach Frankreich, wo auf den Sonnenkönig der aufgeklärte Ludwig XV. folgte. Vor dreieinhalb Jahren fand in Versailles die große Ausstellung mit einer Neubewertung des Monarchen statt – inklusive aller unauflösbaren Widersprüche. Tiefe Religiosität bei gleichzeitiger, moralischer Verwerflichkeit, traditionsgebundene Hofhaltung bei gleichzeitiger Offenheit gegenüber moderner Forschung und Technik. Ludwig XV. trieb neben anderen Wissenschaften auch die Sternkunde voran – und gab das größte astronomisch-messtechnische Projekt dieser Zeit in Auftrag. Der Instrumentenbauer Claude-Siméon Passemant fertigte den Entwurf für eine astronomische Uhr und benötigte zwanzig Jahre für deren Entwicklung. Im Ergebnis gab es zum ersten Mal eine verbindliche Referenzzeit der Weltmacht Frankreich – die technisch-normierende Übersetzung von Herrschaft. Die von der Luxusmarke Rolex frisch restaurierte Uhr gehört zu den Schätzen von Versailles.



Foto: Brinkermidia

Der Zentralbau als Zentralgestirn: Die Jagdstern-Schlossanlage im emsländischen Clemenswerth

Trotz allen Fortschritts zeichnet die Astronomie, die seit Fraunhofer im 19. Jahrhundert die Himmelsbeobachtung zunehmend durch das Laborexperiment ergänzt, bis heute kein vollständiges Bild des Kosmos. Jedenfalls, wenn es um letzte Wahrheiten zum Ursprung des Universums geht. „Wir denken als Wissenschaftler in Modellen, solange sie zutreffende Vorhersagen machen. Die Urknall-Theorie ist heute zumindest unvollständig“, sagt der Astrophysiker Thomas Kraupe. Derzeit fehle noch die grundlegende Verbindung zwischen Gravitations- und Quantentheorie, die zum Verständnis des Anfangszustandes des Universums unerlässlich ist – außerdem erschüttern die dunkle Materie und die sogenannte „dunkle Energie“ das Fundament der Physik. Um zu einem stimmigeren Gesamtbild zu kommen mit größerer Annäherung an den „wahren Kosmos“, braucht es laut Kraupe wohl ganz neue Ideen und Konzepte. Mit letzten Wahrheiten hat es der Bayer in Hamburg ohnehin nicht: „Auch Galilei hat sich in vielem nachweislich geirrt. Manchmal hätte er besser daran getan, demütiger auf sich und seinen Wissenstand zu blicken.“

Foto: Imago/Heritage Images



Der junge Ludwig XIV. steuert den Sonnenwagen durch den Sternkreis (Claude Mellan, 17. Jahrhundert)

TAGESPOSTING



Freiheit statt Anmaßung

VON STEFAN GROSS-LOBKOWICZ

Der Liberalismus lebt von einer Einsicht, die im Zeitalter moralischer Überhitzung wie ein Affront wirkt. Der Mensch ist kein Material gesellschaftlicher Entwürfe, kein Objekt politischer Pädagogik und kein Rohstoff weltanschaulicher Formung, sondern Person mit eigener Würde, Verantwortung und dem Recht, ihr Leben ohne die fortwährende Beaufsichtigung wechselnder Milieus und ihrer Empfindlichkeitskataloge zu führen. Die eigentliche Größe des Liberalismus lag deshalb nie darin, den Menschen zu veredeln, sondern ihn vor jenen zu schützen, die genau dies mit ihm beabsichtigen und ihre Anmaßung auch noch für Fürsorge halten. Diese Einsicht ist in den vergangenen Jahren verdrängt worden. Freiheit gilt nicht mehr als ein Raum, in dem Unterschiedlichkeit bestehen bleiben darf, sondern nur noch dann als legitim, wenn sie sich den herrschenden Sprachregelungen, Sensibilitäten und moralischen Erwartungssystemen fügt. Wer diese sprachpolitischen Zumutungen nicht übernimmt, erscheint nicht als Andersdenkender, sondern als defizitär, als rückständig, als jemand, an dem pädagogisch nachgebessert werden müsse. Besonders klar tritt diese Entwicklung bei den Grünen hervor. Eine Partei, die einst aus bürgerrechtlicher Skepsis heraus entstand, aus dem Misstrauen gegen Bevormundung, Übergriff und staatliche Selbstermächtigung, hat sich weithin in eine Kraft verwandelt, die Gesellschaft nicht mehr nur ordnen, sondern modellieren will. Nicht mehr die Begrenzung politischer Macht steht im Zentrum, sondern die moralische Legitimation ihres Einsatzes. Spätestens in den Pandemie Jahren zeigte sich, wie rasch aus dem alten Freiheitsreflex ein Politikstil werden konnte, der Kontrolle, sozialen Druck und staatliche Lenkung nicht mehr als gefährliche Ausnahme, sondern als zulässiges Instrument höherer Einsicht behandelt. In einem solchen Klima konnten auch Teile der queeren Bewegung weit über ihren berechtigten Ausgangspunkt hinauswachsen. Selbstverständlich gehört der Schutz jedes Menschen vor Herabsetzung und ungerechter Benachteiligung zum Kern jeder freien Ordnung. Doch aus diesem Anspruch ist in weiten Teilen längst mehr geworden als das Recht, in Ruhe gelassen zu werden. Es geht schon lange nicht mehr nur um gleiche Rechte, sondern um kulturelle Verbindlichkeit, sprachliche Gefolgschaft und die Umformung jener Begriffe, mit denen eine Gesellschaft Wirklichkeit beschreibt. Genau hier liegt der Bruch mit dem Liberalismus. Denn ein liberaler Staat schützt Freiheit, aber er begründet keine verpflichtende Weltsicht. Er gewährleistet Pluralität, ohne aus ihr die Unterwerfung unter immer neue Deutungsrahmen abzuleiten. Wo aber Sprache verflüssigt, Begriffe entgrenzt und Wirklichkeitsbezüge weltanschaulich umcodiert werden, verliert die Freiheit ihren Boden, weil sie von Klarheit lebt und nicht von Unschärfe. So gerät der Liberalismus heute zwischen zwei unfreie Pole: hier der identitätspolitische Zugriff, dort eine illiberale Abwehrbewegung. Beide verfehlen den Einzelnen, weil beide ihn einem größeren Deutungssystem unterwerfen. Die liberale Antwort kann deshalb nur lauten: klare Begriffe, nüchterne Politik und Schutz des Individuums. Freiheit ist keine moralische Selbstinszenierung.



Der Autor ist als Publizist tätig. Foto: privat

Ein Messbuch erzählt Geschichte

Orlacher Missale:
Die mittelalterliche
Handschrift geht
in deutsche
Hände zurück

VON BARBARA STÜHLMAYER



Das ledergebundene Missale ist auch von außen als prachtvolles Kunstwerk zu erkennen. Fotos: European Heritage Project



Das schmückende V-Initiale in dem Orlacher Missale enthält figurale Bezüge zu Fauna und Flora.

Das Buch war kein Luxusobjekt einer Fürstenbibliothek, sondern ein Werkzeug kirchlichen Lebens. Liturgiegeschichtlich eröffnen sich dadurch wertvolle Einblicke. Die eingetragenen Heiligenfeste erlauben Rückschlüsse auf regionale Frömmigkeitsformen. So findet sich unter anderem das Fest der heiligen Kunigunde. Der umfangreiche Kalender dokumentiert darüber hinaus Veränderungen der liturgischen Praxis über mehrere Jahrhunderte hinweg. Für Historiker entsteht dadurch ein seltenes Bild konkreter Glaubenspraxis vor Ort. Den Namen erhielt das Missale durch seine spätere Nutzung in der Pfarrkirche von Orlach. Wissenschaftliche Untersuchungen zeigen jedoch, dass seine Ursprünge eher im Einflussbereich der Augsburger Kirche zu suchen sind. Stilistische Merkmale verweisen unter anderem auf das kulturelle Umfeld der Klöster Ellwangen und Zwiefalten. Die Handschrift spiegelt damit jene geistige Landschaft wider, in der Schwaben und Franken durch kirchliche, kulturelle und politische Beziehungen eng miteinander verbunden waren.

Arabische und chinesische Interessenten

Im 19. Jahrhundert landete das Buch bei Sir Thomas Phillipps, seine „Bibliotheca Phillippica“ enthielt zeitweise mehr als 60000 Handschriften und Drucke. Nach Phillipps’ Tod wurde die Sammlung schrittweise aufgelöst. Teile gingen an den amerikanischen Kunstsammler J. Paul Getty, andere gelangten in private Sammlungen und auf den internationalen Kunstmarkt. Zuletzt befand sich das Orlacher Missale in österreichischem Privatbesitz. Als die Sammlung aufgrund wirtschaftlicher Schwierigkeiten veräußert werden musste, ergab sich für Peter Löw die Möglichkeit zum Erwerb. Kaufinteressenten aus dem arabischen Raum und aus China hätten sich bereits gemeldet. Am Ende einer jahrhundertlangen Reise steht nicht der Abschluss einer Geschichte, sondern ihr neuer Anfang. Das Orlacher Missale erinnert daran, dass europäische Kultur nicht allein aus Monumenten und Bauwerken besteht. Wer Zeugnisse wie Bücher und Gesänge bewahrt, der schafft die Voraussetzungen für eine kulturelle Zukunft.

Die Autorin ist promovierte Musikwissenschaftlerin.

Manchmal verdichtet sich europäische Geschichte in einem einzigen Gegenstand. Im Fall des sogenannten Orlacher Missales ist es ein liturgisches Buch, dessen Weg über Jahrhunderte hinweg durch Klöster, Pfarrkirchen, große Sammlungen und internationale Kunstmärkte führte. Nun befindet sich die Handschrift wieder in Deutschland – erworben durch den Unternehmer und Kulturmäzen Peter Löw, Gründer des European Heritage Project. Bekannt geworden ist das European Heritage Project zunächst nicht durch Bücher, sondern durch die Rettung bedeutender historischer Gebäude. Mehr als sechzig Schlösser, Palais und kulturhistorisch relevante Anwesen hat die Initiative bislang restauriert oder gesichert. Ihr Ziel besteht darin, kulturelle Identität zu bewahren und zugleich strukturschwachen Regionen neue Impulse zu geben. Historische Bauwerke werden dabei nicht als museale Objekte verstanden, sondern als lebendige Orte europäischer Erinnerung. Ein prominentes Beispiel dafür ist das Münchner Palais Seinsheim. Das im 18. Jahrhundert errichtete Stadtpalais zählt zu den bedeutenden Adelsitzen der bayerischen Hauptstadt. Hier soll Wolfgang Amadeus Mozart im engsten Kreis musiziert haben, als 1781 seine Oper „Idomeneo“ in München uraufgeführt wurde. Der

damalige Hausherr, Graf Seinsheim, gehörte zu den einflussreichen Förderern des kulturellen Lebens. Während des Zweiten Weltkriegs wurde das Palais schwer beschädigt. Die historische Fassade blieb erhalten, der Innenbereich musste weitgehend neu aufgebaut werden. Heute gilt das Gebäude als Beispiel für die Verbindung historischer Substanz mit moderner Nutzung. Erst vor wenigen Tagen war dort auch der frühere Vorsitzende der Münchner Sicherheitskonferenz, Wolfgang Ischinger, zu Gast, der Interesse bekundet haben soll, das Haus künftig für internationale Veranstaltungen zu nutzen.

Ein Buch gehört zum kulturellen Erbe

Vor diesem Hintergrund erscheint der Erwerb eines mittelalterlichen Missales zunächst ungewöhnlich. Doch für Peter Löw fügt sich die Handschrift nahtlos in das Konzept des European Heritage Project ein. Auch Bücher seien Orte der Erinnerung, betont er. Sie bewahrten nicht nur Texte, sondern Zeugnisse gelebter Kultur, Frömmigkeit und Identität. Das sogenannte Orlacher Missale gehört zu den bedeutenden liturgischen Handschriften des Hochmittelalters. Der auf Pergament geschriebene Codex entstand vermutlich im späten 11. oder frühen 12. Jahrhundert

im Raum Augsburg und vereint die für die Feier der Messe notwendigen Texte mit umfangreichen musikalischen Notationen. Das Messbuch umfasst das Temporale mit den Feiern des Kirchenjahres, das Sanctiorale mit den Heiligenfesten sowie zahlreiche Votivmessen.

Werkzeug kirchlichen Lebens

Besonders wertvoll ist die Handschrift für Liturgie- und Musikwissenschaftler. Mehr als die Hälfte der Blätter enthält musikalische Notationen in Form mittelalterlicher Neumen. Das Missale dokumentiert dabei einen bemerkenswerten Übergang: Es enthält sowohl adiastematische Neumen ohne Notenlinien als auch diastematische Formen, bei denen die Tonhöhen bereits genauer festgelegt werden. Damit gehört die Handschrift in eine Epoche, in der sich die europäische Musiknotation grundlegend wandelte. Zahlreiche Randnotizen machen deutlich, dass das Missale kein repräsentatives Schaustück war, sondern ein Arbeitsbuch für den liturgischen Alltag. Neue Heiligenfeste wurden nachgetragen, Gebete ergänzt und lokale Besonderheiten eingearbeitet. Selbst kleine, später vernähte Löcher im Pergament erzählen von einem intensiven Gebrauch.

KLEIN.KRAM

Ab geht die Post



Von dem gelben Konzern
könnte man lernen –
und die Kirche im
Dorf lassen

VON TOBIAS KLEIN

An meinem Urlaubsort gibt es schon lange keine Postfiliale mehr. Jahrelang war eine Postagentur in einem Tabak- und Schreibwarenladen untergebracht, aber seit auch dieser Laden geschlossen wurde, ist die Frage „Wo ist jetzt eigentlich die Post?“ ein Dauerbrenner in dieser norddeutschen Kleinstadt. Als neulich jemand in einer lokalen Facebook-Gruppe diese Frage aufwarf, erhielt er einen bunten Strauß an Antworten: Es gebe eine Postagentur in einem Supermarkt, in einem Elektronikfachgeschäft, sogar in einem Fitnessstudio. Verglichen mit der Zeit, in der es lediglich eine Postfiliale am Marktplatz gab, könnte man darin einen Fortschritt sehen, einen verbesserten Service, ein Plus an Erreichbarkeit. Das Unternehmen selbst würde dies vermutlich gern behaupten. Fragt man aber die Einheimischen, hat man nicht den Eindruck, dass diese Entwicklung sonderlich wertgeschätzt wird: Die Leute wollen lieber ihre alte Post zurück, womöglich sogar solche, die die Postfiliale am Marktplatz gar nicht mehr aus eigenem Erleben kennen.

Dies könnte der Kirche in Deutschland zu denken geben, deren Immobilienentwicklungskonzepte vielerorts eine frappierende Ähnlichkeit mit jenem „Rückzug aus der Fläche“ aufweisen, den Unternehmen wie die Post schon seit Jahrzehnten betreiben. War der Kirchbauboom der Nachkriegszeit von der Idee getragen, jeder Katholik solle sonntags zu Fuß in die Messe gehen können, gibt es heute zweifellos Gründe, dies als nicht mehr zeitgemäß anzusehen. Aber Standortschließungen betreffen ja nicht nur Gegenden, in denen es im Umkreis weniger Kilometer mehrere Kirchen gibt; teilweise wird schon erwogen, ob eigene, ausschließlich für gottesdienstliche Zwecke nutzbare Gebäude nicht überhaupt unpraktisch seien. In der Nähe meines Urlaubsorts wurde vor einigen Jahren eine Kirche geschlossen, in der zuletzt nur noch schwach besuchte Werktagsmessen gefeiert worden waren; da die meisten Messbesucher aus dem örtlichen Seniorenheim kamen, wurde zuletzt beschlossen, die Messfeiern gleich ganz ins Seniorenheim zu verlegen. Von der Papierform her eine praktische Lösung, aber über den Symbolcharakter dieser Ent-

scheidung hat sich wohl niemand Gedanken gemacht. Die Vorstellung, Pfarreien könnten sich ihre im Unterhalt teuren und für die Gemeinden ohnehin zu großen Kirchengebäude sparen, indem sie in einem Gebäudekomplex mit Gemeindezentrum, Pfarrbüro und Kita auch einen „Sakralraum“ unterbringen, zeugt nicht nur von fragwürdigen Prioritäten und einem mangelnden Verständnis für die Bedeutung sakraler Orte; sie verkennt auch den Wert einer markanten Präsenz im Ortsbild. Die Post kann davon ein Lied singen – und das, obwohl die Menschen, die ihre Dienstleistungen nutzen, in der Regel nicht erst davon überzeugt werden müssen, dass sie diese Leistungen nötig haben. In diesem Sinne kann die Post es sich leisten, nicht „missionarisch“ präsent zu sein, sich sogar „DHL“ zu nennen. Für die Kirche ist das keine Option. Denn es geht bei ihr nicht nur um Selbsterhaltung, sondern vor allem darum, dass Mission ihr Auftrag ist.

Der Autor ist Publizist und Blogger.



Mächte, Mythen, Märtyrer: Der Spanische Bürgerkrieg und die Linkskultur

Lorca wurde zum Märtyrer, Machado zum Dichter des „anderen Spanien“, Picassos „Guernica“ zur Ikone des Antifaschismus stilisiert. Doch die Wirklichkeit war komplexer **VON JOSÉ GARCÍA**

Das ironische Diktum, „Linksintellektuelle“ sei ein Pleonasmus, gehört eher zu den Wunschvorstellungen jener Linken, die meinen, „die“ Kultur für sich gepachtet zu haben. Dass daraus nicht selten fragwürdige Narrative entstehen können, zeigt sich beispielhaft am Spanischen Bürgerkrieg (1936–1939) und an der Art, wie er heute gedeutet wird – gerade am 90. Jahrestag seines Ausbruchs (siehe Seiten 2 und 3).

Der Spanische Bürgerkrieg war nicht nur ein militärischer und politischer Konflikt, sondern auch ein Kampf um die kulturelle Deutungshoheit. Der internationalen Linken gelang es, ihn in „eindeutige“ Symbole zu übersetzen: Kultur stand fortan für Republik, Fortschritt und Antifaschismus; Barbarei für Franco, Klerikalismus und Reaktion. Diese Lesart enthält Teile historischer Wahrheit – aber eben nicht die ganze.

Als ermordeter Dichter wurde Federico García Lorca zur Ikone des „antifaschistischen Martyriums“. Doch Lorca war kein linker Parteigänger. Er war zwar republikanisch gesinnt, stand mit liberalen und linken Kreisen in Verbindung, ließ sich politisch jedoch nicht einfach als „Linker“ etikettieren. Seine Homosexualität und sein angebliches „Linkssein“ werden häufig als Hauptgründe für seine Ermordung im August 1936 durch einen franquistischen Großgrundbesitzer genannt. Ein erst 2015 bekannt gewordenes Polizeigutachten von 1965 bezeichnete ihn als „sozialistisch“, „Freimaurer“ und schrieb ihm „homosexuelle Praktiken“ zu. Das zeigt vor allem: Solche Zuschreibungen waren offenbar Teil der Denunziation.

Lorca als umstrittene Figur

Zudem spielte lokale Feindschaft eine Rolle. Nach Rekonstruktionen von Miguel Caballero und Pilar Góngora – über die im Juni 2011 auch die britische Zeitung „The Guardian“ berichtete – spielten lokale Konflikte in Granada eine erhebliche Rolle. Hinzu kam, dass Loras Werk von manchen Familien der Stadt offenbar als persönliche Bloßstellung empfunden wurde, etwa im Zusammenhang mit Loras letztem Theaterstück „Bernarda Albas Haus“. In einer ehren- und reputationssensiblen Gesellschaft konnte Literatur Resentiments verstärken. Nach dem Militäraufstand vermischten sich politische Säuberung, private Abrechnung und Denunziation: Wer jemanden loswerden wollte, konnte ihn als „rot“, „Freimaurer“, „Volksfrontsympathisant“, „homosexuell“ oder „gefährlichen Intellektuellen“ markieren.

Auch Antonio Machado eignet sich als Beispiel für ungerechte, kulturelle Vereinnahmung. Wie andere Autoren der „Generation von 1898“ stand er für eine melancholische Haltung gegenüber Spanien nach dem Verlust Kubas und der Philippinen,



Vereinnahmter Dichter: Das Café de Chinitas war ein legendäres „café cantante“, ein Musik- und Tanzcafé, verewigt im berühmten Volksgedicht „En el café de Chinitas“, das García Lorca selbst vertonte (s. Kasten). Im August jährt sich seine Erschießung durch franquistische Milizen zum neunzigsten Mal. *Fotos: Brinkermédia*

für nationalen Schmerz und moralische Lauterkeit – „im besten Sinn des Wortes gut“, wie er in seinem (Selbst-)„Porträt“ schrieb.

Machado stellte sich auf die Seite der Republik. Anfang 1939 floh er vor den Franco-Truppen von Barcelona über die französische Grenze nach Collioure, wo er am 22. Februar 1939 starb. Damit wurde er als großer Dichter, Exilant und Opfer des Franco-Sieges zur idealen Figur republikanischer Erinnerung. Seine Verse über die „zwei Spanien“ – bereits 1912 erschienen – wurden rückblickend als Vorahnung des Bürgerkriegs gelesen: hier das humane, gebildete, demokratische Spanien; dort das reaktionäre, klerikale, franquistische.

Machado war ungeeignet zur Vereinnahmung

Diese Aneignung war nicht völlig aus der Luft gegriffen. Machado sympathisierte mit der Republik und schrieb während des Krieges Texte, die in den republikanischen Kulturkampf passten. Doch daraus wurde später häufig eine Umdeutung: Machado als „linker Dichter“, nicht als komplexer, traditionsbewusster, patriotischer Moralist. Dass er auch für manche franquistische Intellektuelle eine emblematische Figur blieb, zeigt: Machado war kulturell zu groß, um ihn einer Seite vollständig zu überlassen. Zu den linken „Ikonen“ des Spanischen Bürgerkriegs zählt zweifellos Pablo Picassos „Guernica“. Die baskische Stadt Gernika/Guernica wurde am 26. April 1937 von Flugzeugen der deutschen Legion Condor und der italienischen Aviazione Legionaria auf Seiten Francos bombardiert; mehrere Hundert Menschen, meist Zivilisten, kamen ums Leben. Das Bild wurde zum Symbol moderner Kriegsbarbarei der Faschisten. Dabei wird oft übersehen: Am 7. November 1938 griffen drei republikanische Tupolew-SB-2-„Kati-uska“-Bomber die von den Nationalen

gehaltene Stadt Cabra in Andalusien an. Auch dort wurden Markt und Stadtzentrum getroffen; mehr als hundert Menschen starben, ebenfalls meist Zivilisten.

Picasso malte keine Politik

Picasso schuf „Guernica“ 1937 für den spanischen Pavillon der Pariser Weltausstellung. Das Museo Reina Sofia in Madrid, wo das Gemälde seit 1992 hängt, betont, Picasso habe kein naturalistisches Schlachtbild, sondern eine universale Anklage gegen Krieg und Terror gemalt. „Guernica“ zeigt keine Fahnen, keine Helden, keinen Sieg, sondern Leid, Zerstörung und Entmenslichung.

Gerade weil das Werk universell formuliert ist, lässt es sich politisch besonders leicht vereinnahmen. Der republikanische Auftrag, der antifranquistische Kontext, Picassos späterer Eintritt in die Französische Kommunistische Partei sowie die internationale Deutung als antifaschistisches Symbol erleichterten die Aneignung. So wurde aus der Anklage gegen ein konkretes Kriegsverbrechen linke Erinnerungskultur.

Clara Campoamorkämpfte für Frauenrechte

Dass die Debatte bis heute fortwirkt, zeigt die aktuelle Diskussion über eine mögliche Ausleihe ins Baskenland. Die baskische Seite betont Ort, Erinnerung und symbolische Wiedergutmachung. Madrid und das Reina Sofia verweisen auf den Schutz des empfindlichen Werks und auf seine universale Bedeutung. Dahinter geht es im Kern nicht nur um einen Standort, sondern um Deutungshoheit: Gehört „Guernica“ symbolisch dem Baskenland, der Republik, dem „demokratischen Spanien“, der Linken – oder der Weltöffentlichkeit als allgemeines Antikriegsbild? Nicht eng zur

Kunst, wohl aber zur intellektuellen Geschichte der Republik gehört Clara Campoamor. Sie war Juristin, Schriftstellerin, Republikanerin und eine der wichtigsten Vorkämpferinnen des Frauenwahlrechts, das in der Verfassung der Zweiten Republik von 1931 verankert wurde. Campoamor wurde bereits 1931 in die verfassungsgebenden Cortes gewählt – als Frauen gewählt werden konnten, aber selbst noch nicht wählen durften. Im Streit um das Frauenwahlrecht standen ihr jedoch nicht nur Konservative entgegen, sondern auch prominente Republikanerinnen. Sie befürchteten, Frauen würden unter dem Einfluss von Kirche und Tradition eher rechts wählen. Campoamor hielt dagegen: Politische Rechte dürften Frauen nicht verwehrt werden, nur weil ihr mögliches Wahlverhalten einer bestimmten Seite missfallen könnte. Heute wird Campoamor vielfach von linken Politikern als Vorkämpferin des Frauenwahlrechts herausgestellt. Dabei wird oft ausgeblendet, dass sie 1936 aus der republikanischen Zone floh und Gewalt sowie revolutionären Terror auf republikanischer Seite anprangerte, ohne deshalb Anhänger Francos zu werden. Campoamor steht für ein liberales, rechtsstaatliches und geschlechtergerechtes Spanien, das zwischen Franco und Revolution zerrieben wurde. In nachträglichen einseitigen Erzählungen droht diese Eigenständigkeit aber zu verschwinden.

Andere Intellektuelle, die weniger gut in das linke Narrativ passten, verschwanden weitgehend aus dem internationalen Gedächtnis. Dazu zählen etwa der von den Republikanern erschossene Dramatiker Pedro Muñoz Seca; José Martínez Ruiz, genannt Azorín, der wie Machado zur Generation von 1898 gehörte und heute in dessen Schatten steht; Ramiro de Maeztu und Manuel de Falla sowie der politisch schwer einzuordnende José Ortega y Gasset – der 1936 Spanien nicht angesichts der

Truppen Francos verließ, sondern im Erlebnis des revolutionären Klimas im republikanischen Madrid. Nicht zu vergessen auch Miguel de Unamuno. An diesen asymmetrischen Erinnerungen zeigt sich, wie Kultur nicht nur in einem zeitgeschichtlichen Rahmen geschaffen und gesehen wird, sondern später vor nachträglicher, politischer Vereinnahmung nicht geschützt ist.

„EN EL CAFÉ DE CHINITAS“

Das bekannte, traditionell andalusische Lied wurde vom Dichter Federico García Lorca aufgegriffen und vertont. Es erzählt von einem legendären Stierkampf-Duell im gleichnamigen Café in Málaga.

Im Café de Chinitas

Im Café de Chinitas sprach Paquiro zum Bruder so: „Ich bin mutiger als du, besser als Torero und viel mehr ein Zigeuner.“

Im Café de Chinitas sprach Paquiro zu Frascuelo so: „Ich bin mutiger als du, viel mehr ein Zigeuner und besser als Torero.“

Paquiro holte seine Uhr heraus und sprach auf diese Weise: „Dieser Stier wird sterben noch bis vor halbe fünf.“

Als es draußen viere schlug, verließen sie's Café, und auf der Straße war Paquiro als Torero hochberühmt. *Übertragung: DT*



Vereinnahmte Kunst: Bronzeschädel von Pablo Picasso (Málaga)

Christliche Welle im Börde-Land

Vor 900 Jahren nahm Norbert von Xanten das Bistum Magdeburg in Besitz **VON JOSÉ GARCÍA**

Am 18. Juli 1126 zog Norbert von Xanten als neuer Erzbischof in Magdeburg ein. Auf dem Hoftag zu Speyer war er kurz zuvor – im Juni/Juli 1126 – überraschend zum Nachfolger des am 19./20. Dezember 1125 verstorbenen Erzbischofs Ruotger bestimmt worden. Norbert leistete König Lothar III. den Treueid und erhielt von ihm die weltlichen Herrschaftsrechte des Erzstifts.

Norbert wurde um 1080/85 geboren und früh in das Stift St. Viktor in Xanten aufgenommen. Zunächst machte er Karriere im Umfeld des Kölner Erzbischofs und am Hof König Heinrichs V. Nach einer inneren Bekehrung um 1115 wandte er sich asketischen Reformideen zu. Er wurde zum Priester geweiht und wirkte fortan als Wanderprediger. In Prémontré bei Laon gründete er ab 1120 eine geistliche Gemeinschaft nach der Augustinusregel, aus der der Prämonstratenserorden hervorging.

Für seine Anhänger war es überraschend, dass Norbert bereit war, die Leitung seiner jungen Bewegung aufzugeben und sich als Bischof in den Dienst von Kirche und Reich zu stellen. Den ihm im April 1126 angebotenen Würzburger Bischofsstuhl hatte er noch abgelehnt. Wenig später nahm er jedoch die Wahl zum Erzbischof

von Magdeburg an und übte das Amt bis zu seinem Tod am 6. Juni 1134 aus.

Norberts Amtsführung führte schnell zu Spannungen. Er verlangte Rechenschaft über die Wirtschaftsverwaltung der Magdeburger Kirche und bemühte sich, entfremdete Kirchengüter zurückzugewinnen. Damit geriet er in Gegensatz zu Adligen, die solche Güter innehatten. Zugleich forderte er von den Domherren ein stärker regelgebundenes gemeinschaftliches Leben und versuchte, beim Niederklerus den Zölibat durchzusetzen.

Dem Adel ein Dorn im Auge

Besonders umstritten war seine Entscheidung, das Magdeburger Stift Unser Lieben Frauen den Prämonstratensern zu übergeben. 1129 erreichte er dieses Ziel, doch damit isolierte er sich in Stadt und Erzstift weitgehend. Im selben Jahr kam es zu schweren Unruhen; Norbert musste zeitweise aus Magdeburg fliehen und verhängte von Halle aus das Interdikt über die Stadt, bis sich die Bürger unterwarfen und der Frieden wiederhergestellt wurde.

Trotz dieser Spannungen hatte Norberts Wirken in Magdeburg für den Raum östlich von Elbe und Saale bedeutende Aus-

wirkungen. Das Erzbistum Magdeburg war 968 im Zusammenhang mit der Ostpolitik Kaiser Ottos I. gegründet worden. Es sollte zum geistlichen Zentrum der Slawenmission werden und die Christianisierung dieser Gebiete vorantreiben. Dem neuen Erzbistum wurden unter anderem die Bistümer Brandenburg, Havelberg, Merseburg, Zeitz und Meißen unterstellt. Mission, Reichspolitik und Grenzsicherung standen dabei in engem Zusammenhang: Die slawischen Gebiete sollten nicht nur militärisch und herrschaftlich gesichert, sondern auch kirchlich in die lateinische Christenheit eingebunden werden.

Diese erste Phase der Christianisierung erlitt jedoch 983 einen schweren Rückschlag. Beim großen Slawenaufstand wurden die Bischofssitze Havelberg und Brandenburg zerstört, und die ostfränkisch-deutsche Herrschaft östlich der Elbe brach weitgehend zusammen. Magdeburg blieb zwar als Erzbischofssitz bestehen, doch seine Missionsgebiete im Osten verloren für lange Zeit die reale Grundlage. Erst im 12. Jahrhundert begannen Magdeburger Erzbischöfe, ostsächsische Fürsten und später die Askanier erneut, die Gebiete östlich der Elbe dauerhaft zu erschließen. So knüpfte die „zweite Christianisierung“ an die ottonische Ordnung an – vollzog sich



Norbert von Xantens Grab befindet sich heute in Prag, während des Dreißigjährigen Krieges wurden die Gebeine von Magdeburg hier in Sicherheit gebracht. Foto: Brinkermidia



Das Stift Unser Lieben Frauen ist die wichtigste Magdeburger Gründung des Norbert von Xanten. Foto: Wikimedia

jedoch unter veränderten politischen und kirchlichen Bedingungen.

Norberts eigene Missionsversuche östlich der Elbe blieben offenbar begrenzt. Auch seine Pläne, die Magdeburger Metropolitanrechte über Posen und möglicherweise weitere polnische Bistümer auszuweiten, hatten keine dauerhafte Wirkung. Umso wichtiger war dagegen die erwähnte Entscheidung von 1129: Mit der Übergabe des Stifts Unser Lieben Frauen an die Prämonstratenser schuf er in Magdeburg ein geistliches Zentrum, von dem aus sich die Chorherren im ostelbischen Raum ausbreiten konnten.

Geistliches Zentrum in Magdeburg

Das Magdeburger Prämonstratenserstift wurde zur „Wiege“ der Prämonstratenser im Osten. Von hier gingen wichtige Impulse für Mission, Seelsorge, Klostergründungen und Kirchenorganisation aus. Prämonstratensische Gemeinschaften prägten in der Folge zentrale Orte wie Havelberg, Brandenburg, Leitzkau, Jerichow und Ratzeburg. Für Havelberg weihte Norbert 1129 seinen Schüler Anselm zum Bischof; die tatsächliche Festigung des Bistums erfolgte später mit der Einrichtung eines Prämonstratenser-Domkapitels. In Brandenburg setzte der kirchliche Neuaufbau im 12. Jahrhundert ebenfalls auf prämonstratensische Strukturen: Leitzkau diente zeitweise als provisorisches Zentrum, bevor das Brandenburger Domkapitel eingerichtet und auf die Dominsel verlegt wurde.

Die zweite Christianisierung östlich der Elbe wurde allerdings nicht von einem einzigen Orden getragen. In ihrer frühen Phase waren die Prämonstratenser besonders wichtig, weil sie als Chorherren eng mit Seelsorge, Liturgie, Pfarrorganisation und bischöflicher Kirchenstruktur verbunden waren.

Im letzten Drittel des 12. Jahrhunderts kamen Zisterzienser in die Mark Bran-

denburg. Seit der Gründung des Klosters Lehnin 1180 gewann der Orden erheblichen Einfluss auf Landesausbau, Siedlung, Wirtschaft und Kulturlandschaft. Zisterzienserklöster wurden zu Zentren askanischer Herrschaftsrepräsentation und prägten das Bild der Mark Brandenburg bis zur Reformation so nachhaltig, dass die askanische und spätmittelalterliche Mark kulturhistorisch als „Zisterzienserland“ bezeichnet werden kann.

Aber zurück zu Norbert von Xanten: Nach 1129 hielt er sich nur noch selten in Magdeburg auf. Er stand König Lothar III. nahe, unterstützte im päpstlichen Schisma Innozenz II. und begleitete Lothar 1132 nach Italien. Bei dessen Kaiserkrönung am 4. Juni 1133 in Rom war Norbert anwesend; zeitweise wirkte er sogar als Erzkämmerer für Italien. Bereits erkrankt kehrte er nach Magdeburg zurück und starb dort am 6. Juni 1134. Beigesetzt wurde er im Stift Unser Lieben Frauen, seiner wichtigsten Magdeburger Gründung. 1582 wurde Norbert heiliggesprochen.

AUGUSTINUS IM ZEITGEIST

Grundlage des Prämonstratenser-Ordens ist die Augustinusregel. Die Prämonstratenser sind Chorherren und keine Mönche. Sie „gehen raus“ und verbinden klösterliches Gemeinschaftsleben mit aktiver Seelsorge. Erfolgreich wurden sie durch diese Öffnung zur Welt und ihren individuellen Herausforderungen. Predigt und Pfarrarbeit wurden weiter bereichert durch Kontemplation.

Eine straffe Organisation nach Zisterzienservorbild schuf die strukturellen Grundlagen. Kluge Landentwicklung und beseelte Missionsarbeit waren genau das, was die Kirche nicht nur damals brauchte. DT

Anzeige

„Ich lese Die Tagespost, weil ich unabhängigen Journalismus schätze. Die Tagespost lässt sich nicht durch kurzlebige Trends und Strömungen vom klaren katholischen Kurs abbringen“

Eduard von Habsburg-Lothringen
Ungarischer Diplomat



Die Tagespost



Kulturland Russland: Eine Szene der diesjährigen Inszenierung „Stray Dog“ (Streunender Hund) von Lera Surkowa am Jermolowa-Theater in Moskau. Inhalt ist ein nostalgisch-melancholisches Porträt der letzten, unbeschwerten Jahre der Petersburger Bohème vor dem Ersten Weltkrieg und der Revolution.
Foto: Imago/SNA

Die russische Seele auf der Couch

„Russian Psycho“: Weil das Land ein Identitätsproblem hat, gedeihen Krieg und Korruption **VON MARC STEGHER**

Nationalromantik ist feine Moskauer Haute Couture. Man beschwört die Tiefe der russischen Seele, die Heiligkeit Russlands. Diese trendige Romantik verträgt sich jedoch schlecht mit den unvorstellbar brutalen Verbrechen, die die russische Armee in der Ukraine nicht erst seit Februar 2022 begeht. Sie verträgt sich auch schlecht mit der russischen Realität. Die russische Elite bereichert sich seit Jahrzehnten schamlos, während die Provinzen verelenden.

Gouverneure und Politiker, die das Regime kritisieren, werden abgesetzt, vergiftet oder fallen aus dem Fenster. Der Ukrainekrieg, der als dreitägige „Spezialoperation“ angekündigt wurde und inzwischen in sein fünftes Jahr geht, bleibt weit hinter den hochgesteckten Zielen zurück, weil die russische Armee schlecht ausgebildet und ausgerüstet, miserabel geführt ist und vor allem nicht weiß, wofür ihre Soldaten verheizt werden. Umso lauter muss die Propaganda des Kremls von ukrainischen Faschisten, woken westlichen Russlandfeinden sprechen, die Russland vernichten wollten, und vor allem von der alles überragenden Größe und Stärke Russlands.

Kiew als Wiege der Rus

Diese krassen Gegensätze offenbaren eine tiefe nationale Identitätskrise, die sich in der Herabwürdigung der anderen, der Ukraine und des Westens, aber auch in der Vernichtung dessen zeigt, was die Ukraine an nationalen Werten geschaffen hat – die es nach offizieller russischer Propaganda jedoch gar nicht geben dürfte. Die russische Armee beschoss Mitte Juni mit Raketen die Kathedrale über dem Kiewer Höhlenkloster, der Kiewer Lawra, einem der größten Heiligtümer der orthodoxen Christenheit.

Seit Februar 2022 hat Russland mindestens 630 Kirchen, Kapellen und andere kirchliche Einrichtungen beschädigt oder zerstört. Die Ukraine, abfällig „Kleinrussland“ genannt, soll kulturell und historisch

weit unterlegen sein. Kiew als Hauptstadt der mittelalterlichen Kiewer Rus, des ersten ostslawischen Staatswesens, gab es allerdings lange, bevor von „Russland“ erstmals die Rede war. Aus dem zunächst Moskauer Staat genannten Reich wurde erst nach 1674 „Russland“, das „Land der Rus“. Damals erschien ausgerechnet in Kiew ein Geschichtswerk, das erstmals die Idee vom Moskauer Staat als Erben der alten Rus ausführlich entwickelte.

Der zweite Stachel im Fleisch einer unsicheren russischen Identität war und ist die Rivalität zum Westen, der heute wieder – wie schon im 19. Jahrhundert – als dekadent, religionslos, satanisch und sittenlos gilt. Russische Soldaten mussten allerdings nach dem Sieg über Napoleon und im zerstörten Berlin 1945 erstaunt feststellen, dass die Menschen dort wesentlich besser lebten als in Russland.

Pjotr Tschadajew hatte Russland bereits 1829 in seinem „Brief über die Geschichtsphilosophie“ eine eigene Geschichte und jeden positiven Beitrag zur Menschheitsgeschichte abgesprochen. Die Slawophilen, etwa Aleksej Chomjakow, reagierten darauf mit einer Apologie der mystischen Tiefe der Orthodoxie gegen die ihrer Ansicht nach verweltlichte, rationalistische Theologie der Westkirche, was Kritik an Staat und Kirche Russlands durchaus einschloss.

Gegen Ende des 19. Jahrhunderts war die Slawophilie jedoch weitgehend im russischen Nationalismus und Panslawismus aufgegangen und zu einer Ideologie erstarrt, die Staat und Kirche extrem idealisierte. Das willig ertragene Leiden in der Nachfolge Christi habe Russland einen natürlichen Vorrang unter den Völkern verschafft. Das Narrativ von der Größe Russlands ebenso wie jenes vom erwählten und zum Leiden berufenen russischen Volk war ein Mythos, der die eklatante Ungerechtigkeit im Zarenreich schönreden sollte.

So sah es unter vielen anderen russischen Intellektuellen Lew Tolstoj. Tolstoj kannte Europa ebenso wie Dostojewski, der jedoch die traurige russische Realität durch

die angebliche Schönheit und Tiefe der russischen Seele zu kompensieren versuchte. Gerade dadurch wurde er zur ideologischen Leitfigur im Russland Putins – im Gegensatz zum Gesellschafts- und Kirchenkritiker Tolstoj.

Peter der Große ist im Russland Putins zwar als Kriegsherr populär, der 1709 die Schweden und die als Verräter gebrandmarkten Ukrainer bei Poltawa besiegte. Weniger populär ist heute, dass Peter sich das Rüstzeug für die Modernisierung Russlands aus Westeuropa und der Ukraine holte. An Westeuropa orientierten sich auch Ukrainer wie der Dichter Taras Schewtschenko oder der Historiker Mychajlo Hruschewskij, die für eine eigene, von Russland unterschiedene ukrainische Kultur und Geschichte eintraten.

Modernisierung aus Europa

Der sonst so feinfühlige russische Dichter und Dissident Joseph Brodsky schrieb 1992 eine poetische Tirade gegen die Unabhängigkeit der Ukraine, die im Gegensatz Puschkin gegen Schewtschenko gipfelt. Die Ukrainer seien ein Volk, das das große, kulturell weit überlegene Russland schon immer verraten habe: „Auf dem Totenbett werdet ihr röcheln, an den Rand der Matratze gekrallt, die Verse von Alexander und nicht das Geschwätz von Taras.“

Da Russland groß und unbesiegbar sei, wie auch Putins Propaganda behauptet, könne der Untergang der Sowjetunion nichts mit der eigenen Rückständigkeit oder der Niederlage im Rüstungswettlauf mit dem Westen zu tun haben, sondern nur mit finsternen Verschwörungen.

Hochkonjunktur haben in Putins Russland daher auch die wahnhaften Theorien russischer Exilnationalisten aus der Zeit nach der Oktoberrevolution wie Iwan Iljin, der etwa die Gewalt im Kampf gegen das Böse zum christlichen Prinzip erklärte. Das Ende der blutigen Illusionen der Sowjetzeit versuchte Putin durch eine para-

doxe Großerzählung der ruhmreichen russischen Geschichte und Identität zu kompensieren. Sie zwang zusammen und glorifizierte, worauf kaum eine andere Nation der Welt im 21. Jahrhundert stolz wäre: die Herrschaft der Zaren – deren überwiegend deutsche, nicht russische Herkunft den Stolz russischer Nationalisten verletzt –, den fürchterlichen Bürgerkrieg zwischen Weißen und Roten nach 1917, den Stalinismus und die Sowjetdiktatur. All diese historischen Ereignisse zeugen nicht von Größe, sondern von der Unterdrückung, Erniedrigung und Ermordung von Millionen Russen, Ukrainern und Angehörigen vieler anderer Ethnien und Nationen.

Das Hauptproblem, das Russland seit mehr als zwanzig Jahren belastet, ist der Umstand, dass die russische Identität mit einer gewaltsamen Herrschaft über viele nicht russische Ethnien wie die indigenen Völker Sibiriens oder die Kaukasusvölker identifiziert wird. Die Frage, was die russische Identität ausmacht, wenn diese Herrschaft wegfällt, wird nicht gestellt – aus Angst vor dem ideellen Vakuum, das dann unweigerlich über die Russen hereinbrechen würde.

Die triste gesellschaftliche Realität Russlands wurde von Putin und seinen Strategen mit einer unhistorischen, konstruierten Patchwork-Ideologie übertüncht, die so lange leidlich trug, wie sich Putin als Garant der Stabilität inszenieren konnte. Die wirtschaftliche und intellektuelle Stagnation Russlands, die diese Inszenierung

und das hysterische Kriegsgeschrei der Propaganda immer weniger verdecken können, zeigt sich seit Längerem in der Abwanderung der jungen Generation und in der wachsenden Brutalisierung der russischen Gesellschaft. Das Ukraine-Desaster hat die russische Gesellschaft längst in ein identitäres Loch gestürzt.

Ideelles Vakuum

Interessanterweise verhält es sich mit Serbien, dem ewigen Verbündeten Russlands, ähnlich. Serbien klammert sich trotz an das vergangene Großserbien, dessen Wiege im Kosovo gelegen haben soll, und behauptet bis heute, Serbien sei ohne den seit 2008 unabhängigen Kosovo nicht denkbar. Moskau führt Krieg gegen die Ukraine, weil es nach großrussischer Logik eine von Russland getrennte Ukraine nicht geben könne.

Es wird Zeit, dass nicht nur Russland eine Identität entwickelt, die ohne falsche, kompensatorische Geschichtsbilder auskommt – mit teilweise genozidalen Zügen. Das Russland der Kultur und der Werte wartet auf die Entscheidung für eine universale, völkerverbindende Humanität – gegen überlebte Geschichtsbilder und ihre verhängnisvollen Folgen.

Der Autor ist Slavist und Osteuropa-Historiker und bereitet ein Buch über den Ukrainekrieg und die Neuerfindung Europas vor.

PSYCHOLOGIE DER LÄNDER

Angst, Prestige, Anerkennung: Psychohistorische Erkläruster sind seit Langem in der Geschichtsschreibung anerkannte Ansätze. Autoren wie Richard Ned Lebow („A Cultural Theory of International Relations“, 2008) argumentieren, dass Motive wie „spirit“ (Ehre, Anerkennung, Stolz) neben Interesse und Furcht eine der Hauptursachen für

Kriege sind. Auch die Forschung betreffend die Position eines Landes und seiner Gesellschaft in der Staatengemeinschaft hat inzwischen eine beachtliche Tradition. Staaten, deren wahrgenommener Rang nicht ihrem tatsächlichen Status entspricht, neigen zu aggressivem Verhalten und struktureller Gewalt im Inneren. *DT/hcb*

Frageflut trifft Ministerien

Der Koalitionsausschuss hat eine Novelle des Informationsfreiheitsgesetzes (IFG) verabschiedet. Die Gegner, auch aus der SPD, laufen Sturm. Warum es hier auch um eine philosophische Perspektive auf eine politische Praxis geht **VON HENRY C. BRINKER**

Das Foucault-Jahr – der französische Denker wäre im Oktober 100 Jahre alt geworden – will als Inspirationsquelle zu nahezu allen Themen unserer Zeit passen. Das gilt sogar für die sperrige Debatte um das Informationsfreiheitsgesetz (IFG) in Deutschland (und abgewandelt in anderen Ländern Europas). Dem politischen Philosophen fiel eine Menge ein, ohne dass er damals irgendetwas von einem IFG geahnt hätte. Denn nur scheinbar sind die Fragen an unsere Gegenwart gebunden. Vielmehr spiegeln sie altbekannte Probleme im Ausgleich zwischen politischer Macht und den Bürgern wider. Das Volk wählt seine Vertreter, von denen es regiert wird, und möchte dann das Regieren kontrollieren.

Das IFG verändert die Perspektive. Nicht mehr der Staat beobachtet den Untertan, sondern der selbstermächtigte Bürger schaut hinter die Kulissen – und in die Akten. Das schönste denkbare Resultat wäre, dass solche Sichtbarkeit die Mächtigen diszipliniert: Achtung, Bürger liest mit. Doch was, wenn solche Sichtbarkeit gegenläufige Kräfte mobilisiert? Denkbar wären eine Flucht in die Unsichtbarkeit oder eine Vermeidung sprechender Aktenvorgänge zugunsten informeller Absprachen und Entscheidungswege – oder es entsteht wie gerade jetzt ein Gegenentwurf zur Abwehr. Ohnehin ist Foucault in seiner „Archäologie des Wissens“ aufgefallen, dass ein Archiv nicht etwa die Summe der ganzen Wahrheit in Aktenform darstellt. Es spiegelt nur, was überhaupt aktenfähig ist. All das Unsagbare, die Hintergedanken und vorausgegangenen Mausechelen und Scharmützel, sie bleiben außen vor. Das Informationsfreiheitsgesetz gewährt offiziell Zugang zu Dokumenten. Doch die Regeln, nach denen etwas dokumentiert wird, werden nicht hinterfragt. Man erhält im schlimmsten Fall die manipulative Selbstbeschreibung der Verwaltung – und hält sie womöglich für die Wahrheit. Hier schließt Foucault an einen an, der vor zwei Jahren als Hundertjähriger gefei-



Das Informationsfreiheitsgesetz verändert die Perspektive, der Bürger schaut hinter die Kulissen. Foto: Imago/Herrmann Agentur fotografie

ert wurde: Franz Kafka. Dazu könnte auch passen, dass ursprünglich die Auskunftspflicht auch als eine Regierungstechnik geplant gewesen sein könnte. Sie macht Verwaltung glitschiger, formt politisches Handeln befragungsgerecht und macht den Bürger zum Kontrolleur, aber nur scheinbar. Neomarxisten könnten von einer Art „repressiver Toleranz“ sprechen, die sich im IFG verstecken könnte.

Gibt es Sicherheitsrisiken?

Von Foucault und Kafka zu den Linken im Lande, die Hand in Hand mit vielen Liberalen im Informationsfreiheitsgesetz allein das Heil der Welt erblickten – und in seiner geplanten Einschränkung nur Teufelswerk sehen. Denn die Bundesregierung folgt

gerade einer Vereinbarung im Koalitionsvertrag, das IFG in seiner jetzigen Form zu verändern. Die Gründe liegen auf der Hand: Tausende Anfragen beschäftigen ganze Stäbe in den Ministerien und nachfolgenden Verwaltungseinrichtungen und blockieren die Behördenarbeit. Schlimmer noch angesichts der herrschenden Sicherheitslage: Viele Anfragen berühren Wissen und Kompetenzen zu Strukturen, die essenziell sind für das Funktionieren des Staates und seiner Einrichtungen. Folglich könnten solche Einblicke auch dazu genutzt werden, den Staat an wichtigen Schaltstellen in Schwierigkeiten zu bringen, vom Stromnetz über die Eisenbahnrassen zu den Flughäfen. Ein vergleichbares Gesetz in China oder Russland: aus vielen anderen, aber auch aus diesen Erwägungen undenkbar.

Der Widerstand gegen das Informationsfreiheitsgesetz führt dagegen an, dass politischen Akteuren wie dem CDU-Fraktionsvorsitzenden Jens Spahn (Masken-Affäre) oder dem Digitalbeauftragten Philipp Amthor die bisherige Fassung ein Dorn im Auge ist, weil ihre Missetaten erst durch gezielte Anfragen im Rahmen dieses Gesetzes ans Licht kamen. Das Argument schwächt sich jedoch dadurch ab, dass auch ohne das IFG solche Skandale, die das Land bewegten, bekannt wurden, durch Whistleblower und kluges Recherchieren von Hintergründen und Beteiligungen. Fast naiv, zu glauben, man könne mit öffentlichen Anfragen den Regierenden wirklich letzte Geheimnisse entlocken. Sicher dagegen: Um das Gesetz herum hat sich eine wahre Anfragenindustrie zu wahrer Blüte entwickelt,

HINTERGRUND

Das Informationsfreiheitsgesetz gewährt jeder Person einen voraussetzungslosen Rechtsanspruch auf Zugang zu amtlichen Informationen von Bundesbehörden. Der Fragesteller muss dabei nicht begründen, welches Interesse er an einer Antwort hat. Nun gibt es Pläne der Bundesregierung, dieses Gesetz einzuschränken. „Wir wollen die Auskunftsrechte künftig auf natürliche Personen fokussieren, die ein berechtigtes Interesse an einer Auskunft haben und diese nicht durch andere Regelungen erreichen können“, heißt es in einem Entschluss. Während der SPD-Vorsitzende und Bundesfinanzminister Lars Klingbeil die Änderung befürwortet, gibt es nun Widerstand aus der SPD-Fraktion.

Umstrittener Posten

Sophie von der Tann hört als ARD-Korrespondentin im Nahen Osten auf. Ihre Berichterstattung stand immer scharf in der Kritik

TEL AVIV (DT/sesa) Via Instagramm informierte Sophie von der Tann über ihre neuen beruflichen Schritte: Nach fünf Jahren wird die Journalistin als ARD-Korrespondentin in Israel aufhören. Sie werde künftig weiter aus dem Ausland berichten, verrate aber noch nicht, von welchem Ort aus. Ihr Ziel sei es von Beginn an gewesen, „Einblick in die Lebensrealitäten und Perspektiven der Menschen hier“ zu bekommen. Als sie 2021 ihr Amt angetreten habe, hätte sie nicht geahnt, „was da auf uns zukommen würde“. Nach dem Angriff der Hamas im Oktober 2023 habe sie immer mehr als Kriegsberichterstatterin arbeiten müssen.

Für ihre Berichterstattung ist die 35-Jährige ausgezeichnet worden, so 2024 mit dem Förderpreis des Deutschen Fernsehpreises. 2025 folgte der Hans-Joachim-Friedrichs-Preis. Es gab aber immer auch eine scharfe Kritik an ihrer Berichterstattung. So warf ihr etwa der israelische Botschafter in Deutschland, Ron Prosor, Verharmlosung der Hamas vor. So habe sie schon am 7. Oktober, also dem Tag der Tat, nur von „militanten Palästinensern“ gesprochen. Hans-Joachim Friedrichs, der Namensgeber des Preises, gilt im deutschen Journalismus vor allem wegen eines Satzes als so etwas wie ein Gralshüter hehrer handwerklicher Regeln: Ein Journalist dürfe sich mit keiner Sache gemein machen, auch nicht mit einer guten. Von der Tann, so



Sophie von der Tann berichtet nicht länger aus Israel. Foto: Imago/dts. Nachrichtenagentur

damals Prosor, habe gegen diesen Grundsatz verstoßen.

„Hanns Joachim Friedrichs sagte immer, dass sich Journalisten mit keiner Sache gemein machen sollten. Er stand für eine neutrale und sachliche Berichterstattung“, erklärte der Botschafter.

„Wenn es jedoch um Israel geht, wird dieser Grundsatz über Bord geworfen.“ Dabei deutete Prosor von der Tanns Berichterstattung als symptomatisch für die Art und

Weise, wie in Deutschland über Israel berichtet werde.

Kritik gab es auch von der „Jüdischen Allgemeinen“: Hier wurde kritisiert, dass in der Begründung der Jury hervorgehoben worden sei, von der Tann sei es gelungen, kritisch über die israelische Politik zu berichten, obwohl sie deutsche Korrespondentin sei. Denn, so die Jury-Formulierung, „Auch deutschen Journalisten stehen im Kontext deutscher Geschichte.“ Der Kommentator der „Jüdischen Allgemeinen“, Lorenz Beckhardt, schrieb dazu: „Kontext! Kontext! Kontext! Was sie meinen ist der Holocaust, der Mord an sechs Millionen Juden. Wenn der, schreibt die Jury, ‚zu einem Instrument gemacht wird‘ – ich übersetze: Wenn die Juden mit der Auschwitz-Keule wedeln, dann gelte es ‚Haltung zu bewahren‘. Genau das habe die coole Korrespondentin getan. Preiswürdig!“

Nachfolgerin auf dem Posten in Tel Aviv wird die Journalistin Pia Steckelbach. Sie arbeitet bereits seit 2023 für das ARD-Studio in Tel Aviv. Sie spricht fließend Hebräisch und Arabisch. Sie wird die neue Stelle zum 1. September antreten, teilte der Bayerische Rundfunk mit, der im ARD-Zusammenschluss für diesen Korrespondentenposten zuständig ist. Vor ihrer Tätigkeit bei der ARD habe sie für einen internationalen Sender berichtet, unter anderem aus der Türkei. Der Wechsel erfolge nun turnusmäßig, teilte der Sender mit.

Gegen Verbot

Die Social-Media-Branche warnt vor Altersbeschränkungen bei Kindern

BERLIN (DT/dpa) Deutschlands Digitalbranche warnt vor einem möglichen Social-Media-Verbot für Kinder in Deutschland. Pauschale Zugangsbeschränkungen oder Verbote für ganze Altersgruppen seien „der falsche Weg“, sagte der Hauptgeschäftsführer des Branchenverbands, Bernhard Rohleder, in Berlin. Im Bundestag wird genau so eine Regelung für so ein Mindestalter aber bereits seit geraumer Zeit vorangetrieben.

EU-Kommissionspräsidentin Ursula von der Leyen kündigte bereits in Brüssel einen Vorschlag ihrer Behörde für ein Mindestalter nach dem Sommer an. Sie nahm einen Bericht von Expertinnen und Experten entgegen, die sich in ihren Empfehlungen unter anderem für ein Mindestnutzungsalter von 13 Jahren aussprechen. Entsprechende Pläne verfolgt auch Bundesfamilienministerin Karin Prien (CDU), wie ein Sprecher bestätigte.

Bitkom-Vertreter Bernhard Rohleder hält diesen Plänen entgegen: „Medienkompetenz entsteht durch begleitete Praxis, nicht durch Ausschluss.“ Der Branchenverband Bitkom unterstütze das Ziel, Kinder und Jugendliche im digitalen Raum wirksam zu schützen. Sinnvoll sei auch der vorgeschlagene „risikobasierte und begleitete Zugang für Kinder unter 13 Jahren“. Schon heute aber seien Plattformen zu Schutzmaßnahmen verpflichtet, Nutzungsbedingungen sähen oft 13 als Mindestalter vor. „Entscheidend ist deshalb, bestehende Regeln konsequent umzusetzen und durchzusetzen.“

Auch aus der Fraktion der Linkspartei im Bundestag gibt es Kritik an einer möglichen gesetzlichen Altersgrenze. „Kinder aus dem Netz zu drängen, ist keine Schutzpolitik“, sagte ihre bildungspolitische Sprecherin Nicole Gohlke der „Rheinischen Post“. „Verpflichtende Altersverifikationen greifen massiv in Grundrechte ein, werfen grundlegende Datenschutzfragen auf, schaffen potenziell neue Abhängigkeiten von Identitätsinfrastrukturen und lösen das strukturelle Problem kein bisschen“, führte dort Gohlke weiter aus. Ihr Vorschlag: Stattdessen müssten soziale Medien standardmäßig ohne suchverstärkende Algorithmen, personalisierte Ausspielungen und Endlos-Scrollen betrieben werden.

Ähnlich äußerte sich die Grünen-Jugendexpertin Denise Loop in der gleichen Ausgabe: „Wer Kinder und Jugendliche wirksam schützen will, muss die Plattformen selbst verändern“, meint sie.

Die Unionsfraktion im Bundestag dagegen möchte im Einklang mit den Ankündigungen ihrer Bundesfamilienministerin Karin Prien eine Altersbeschränkung für Jugendliche in sozialen Medien forcieren. Parallel zur angekündigten EU-Initiative treibe man eine nationale Regelung voran, sagte stellvertretende Vorsitzende der Bundestagsfraktion der Union, Anja Weisgerber (CSU), dazu der „Rheinischen Post“. Damit liegt sie dann auch auf einer Linie mit ihrer Parteifreundin an der Spitze der EU-Kommission Ursula von der Leyen.

Jetzt ganz echt: Disneys Helden

„Vaiana“ lebendig statt nur animiert – der Disney-Konzern setzt auf Reality **VON NORBERT FINK**

Der Ex-Wrestler Dwayne „The Rock“ Johnson ist ein Halbgott: Für die Fans des Superstars war das schon lange klar, nun kann es die ganze Welt im Kino sehen. Die Rolle des selbstverliebten Halbgottes Maui, dem er bereits in den Animationsfilmen „Vaiana“ (2016) und „Vaiana 2“ (2024) seine Stimme gab, spielt er jetzt in der neuen Realverfilmung des ersten „Vaiana“-Themas. Die damaligen Animationsfilme wurden für den Disney-Konzern zu Kinohits und spielten gemeinsam mehr als 1,6 Milliarden US-Dollar ein. Der erste Film stieg bei Disney+ sogar zum meistgestreamten Film der letzten Jahre auf. Damit war es nur eine Frage der Zeit, bis man sich irgendwann auch an eine Live-Action-Adaption des Südsee-Abenteuers machen würde. Für viele Fans war es aber dann doch eine große Überraschung, als Disney 2023 ein Live-Action-Remake von „Vaiana“ ankündigte – gerade einmal sieben Jahre nach der Veröffentlichung des animierten Originals.

Skeptische Kritiker

Wenn populäre Animationsfiguren in Realverfilmungen zurückkehren, sorgt das unter Fans immer wieder für Gesprächsstoff; somit hielt sich auch die Begeisterung über die Ankündigung eher in Grenzen und warf Fragen nach Existenzberechtigung und Notwendigkeit einer so frühen Realverfilmung auf. Diese Kontroversen bestimmen nun auch zahlreiche Filmkritiken. Denn das Live-Action-Abenteuer hält sich so extrem eng an die beliebte Vorlage von 2016, dass Kenner des Originals kaum etwas Neues zu sehen und zu hören bekommen. Warum gibt es diesen Film dann überhaupt – und lohnt sich der Gang ins Kino? Der Film entstand unter der Regie von Emmy- und Tony-Award-Gewinner Thomas Kail („Hamilton“). Auch in seiner Eins-zu-eins-Kopie des originalen Anima-



Für seine Fans längst ein Halbgott: Dwayne Johnson.

Foto: Imago/Future Image

tionsfilms lebt die 16-jährige Häuptlingstochter Vaiana (Catherine Laga’aia) gemeinsam mit ihrer Familie und ihrem Stamm auf der polynesischen Insel Motunui. Eigentlich scheint ihre Heimat das Paradies auf Erden zu sein und ihr Vater, der Häuptling Tui (John Tui), hat sie bereits als künftiges Oberhaupt ihres Stammes auserwählt. Doch obwohl es streng verboten ist, das die Insel umgebende Riff zu überqueren, zieht es Vaiana immer wieder hinaus aufs Meer. Als die Pflanzen auf der Insel von einer mysteriösen Krankheit befallen werden und gleichzeitig der Fischfang ausbleibt, bedroht das die Existenz des Stammes. Da enthüllt Vaianas Großmutter Tala (Rena Owen) ihr, dass ihre Vorfahren nicht immer auf der Insel gelebt haben, sondern einst ein reisendes Volk waren. Diese Offenbarung wird für Vaiana zu einem entscheidenden Schritt, sich in die weite Welt hinauszuwagen.

Und so bricht sie schließlich auf, um den Halbgott Maui (Dwayne Johnson) zu finden, der einst das Herz der Göttin Te Fiti gestohlen und damit die mysteriöse Krankheit über die Welt gebracht hat. So viel zur bekannten Geschichte des Films.

Hochglanz ohne Mehrwert

In den vergangenen Jahren hat der Zauber von Disney für viele seinen Glanz verloren. Die Traumfabrik, einst ein Garant für fantastische Kinoerlebnisse und volle Kinokassen, kämpft seit Jahren immer wieder mit negativer Kritik und mageren Einspielergebnissen. Daher macht Disney es sich aus monetären Gründen vermehrt zur Aufgabe, beliebte Animationsfilme durch Realverfilmungen zum Leben zu erwecken. Nach „Arielle, die Meerjungfrau“ (2023), „Mufasa“ (2024), „Schneewittchen“ (2025)

und „Lilo & Stitch“ (2025) erscheint somit mit „Vaiana“ (Originaltitel „Moana“) jetzt die nächste Disney-Geschichte als Live-Action-Produktion auf der großen Leinwand. Der kurze zeitliche Abstand zu dem Originalfilm tut der Realverfilmung jedoch keinen wirklichen Gefallen, weil „Vaiana“ von 2016 zum einen der deutlich bessere Film ist und zum andern diese Heldenreise immer noch fantastisch aussieht und daher definitiv keinen Neuanstrich und erst recht keine detaillierte Eins-zu-eins-Kopie gebraucht hat. Die Realverfilmung ist mit ihren Hochglanzbildern folglich schön mitanzusehen, aber wagt keinerlei Experimente und bietet daher einfach keinen tatsächlichen Mehrwert.

Die junge Vaiana-Darstellerin Catherine Laga’aia macht zwar ihren Job sehr gut, versprüht jugendlichen Charme und Begeisterung, kann aber nicht darüber hinwegtäuschen, dass Dwayne Johnson, der den Film

mitproduziert hat, als Maui gewöhnungsbedürftig ist, da er mit seinen 54 Jahren bereits viel zu alt für seine Rolle ist und weder sein angemalter muskulöser Oberkörper noch seine lockige Langhaarperücke auf seinem kahlen Haupt wirklich überzeugen können. Wie beim animierten Original liegt auch der Charme des neuen Films nach wie vor in der emotionalen Geschichte, den von polynesischer Kultur inspirierten Schauwerten und den eingängigen Songs mit Ohrwurm-Qualität. „How Far I’ll Go“ bzw. „Ich bin bereit“ in der deutschen Fassung wurde nicht umsonst für einen Oscar als bester Song nominiert – und den singt Catherine Laga’aia genauso schön wie ihre Vorgängerin Auli’i Cravalho aus dem Animationsfilm.

Zwischen echt und virtuell

Doch die Mischung aus echten Schauspielern und computeranimierten Effekten sorgt mitunter auch für Irritationen. Denn nicht nur das Dauer-Mantra weiblicher Selbstermächtigung bei modernen Disney-Prinzessinnen wirkt generisch, sondern auch die kitschigen Spezialeffekte, die nicht mehr als einen müden Déjà-vu-Effekt erzeugen können. Insgesamt ist die Realverfilmung von „Vaiana“ zwar ein mit Abstrichen schönes und buntes Abenteuer mit sympathischen Figuren und tollen Gesangseinlagen geworden, aber die Frage bleibt, ob dieser Film tatsächlich nötig war, wenn man die Unterschiede zur Originalvorlage fast schon mit der Lupe suchen muss.

„Vaiana“, USA 2026, 116 Minuten, Regie: Thomas Kail, seit dem 9. Juli im Kino.

Der Autor ist Priester im Erzbistum Köln.

ANIMATIONSFILM



Durch Musik zusammengeschnitten

Musikalische Trauerarbeit: Daniel Sánchez Arévalos „So klingt das Leben“ erzählt von einem galicischen Dorf nach einem Schiffsunglück **VON JOSÉ GARCÍA**

Musik kann zur Trauerarbeit beitragen – als Ausgangsidee für einen Spielfilm klingt das zunächst wenig überraschend. Doch „So klingt das Leben“ (Originaltitel: „Rondallas“) setzt nicht einfach auf die Musik als emotionales Mittel, um das Geschehen zu kommentieren. Bei Regisseur Daniel Sánchez Arévalo wird sie vielmehr Teil der Handlung und der Art, wie die Figuren mit Verlust umgehen.

In einem galicischen Küstendorf jährt sich zum zweiten Mal der Schiffbruch eines Fischkutters, bei dem mehrere Menschen ums Leben kamen. Noch immer ist die Untersuchung nicht abgeschlossen; noch immer stehen Trauer, Schuldfragen und das Bedürfnis nach einem Neubeginn nebeneinander. Sollen sie wieder am galicischen Musikwettbewerb teilnehmen, als sei nichts geschehen?

Viele Gründe, um zu singen

Daniel Sánchez Arévalo verbindet Ermittlungsdrama, Komödie, Ensemblefilm und musikalische Tradition miteinander. Doch das eigentliche Zentrum bildet die Musik, die „Rondalla“: eine volkstümliche Musikformation, die Gesang, Saiteninstrumente und regionale Instrumente wie den galicischen Dudelsack („Gaita“) verbindet. Sie ist vor allem soziale Praxis: Ihre Mitglieder kommen zusammen, um zu proben. Bei



Zwei Jahre nach der großen Tragödie ist Luis (Javier Gutiérrez) davon überzeugt, dass Musik Wunden eines ganzen Dorfes heilen kann. Fotos: Movie A. I.E.

Sánchez Arévalo sind sie allerdings keineswegs von vornherein auf Harmonie aus.

Umso wichtiger ist die Figurenzeichnung, auf die der Regisseur besondere Sorgfalt verwendet: Luis (Javier Gutiérrez) ist der Optimist, der die „Rondalla“ wiederbeleben möchte; Carmen (María Vázquez), die verwitwete Mutter, die ihre beiden Töchter durch den Alltag bringt; Xael (Tamar Novas), der Mann, der sich vom Schatten seines verstorbenen Zwillingsbruders lösen muss; Yayo (Carlos Blanco), ein

Überlebender des Unglücks, der mit dem Verlust eines Beines und mit seinem Trauma ringt. Hinzu kommen weitere Menschen mit eigenen Erwartungen an sich selbst und an die anderen. Niemand singt aus demselben Grund – gerade das macht den Film so lebensnah.

Sánchez Arévalo selbst hat betont, „So klingt das Leben“ sei kein Musical, aber ein Film mit viel Musik. Die Lieder erscheinen nicht als geschlossene Nummern, die das Drama unterbrechen und emotional

„unterstreichen“. Sie wirken vielmehr wie ein natürlicher Bestandteil aus der Welt des Films – sie sind in erster Linie das, was aus den Instrumenten und der musikalischen Praxis heraus entsteht. In gewisser Weise entspricht dies einem der Prinzipien der dänischen Filmbewegung „Dogma 95“: Musik soll nicht von außen über die Bilder gelegt werden, um Gefühle zu erzwingen, sondern aus der dargestellten Welt selbst hervorgehen.

Federico Jusid, der Komponist des Films, hat dafür nur wenige zusätzliche Stücke geschrieben und vor allem als Musikproduzent gearbeitet. Er sagt, der Film brauche keinen orchestralen Kommentar, der dem Zuschauer vorschreibe, was er empfinden soll. Er vertraue auf die Musik, die aus den Figuren selbst kommt.

Die Inszenierung unterstützt diese Zurückhaltung: Die Kamera bleibt nah genug, um kleine Gesten, Pausen und unvollendete Gespräche zu erkennen.

Volksmusik formt die Figuren

Besonders überzeugend gelingt es Sánchez Arévalo, die Musikgruppe als Bild für das Filmemachen selbst zu nutzen: Wie in der Musik hängt in seinem Ensemblefilm vieles davon ab, dass Einzelne ihren Platz finden, ohne ihre Eigenart zu verlieren. Alles muss aufeinander abgestimmt sein – aber nicht durch Gleichklang, sondern

durch Aufmerksamkeit, Geduld und die Bereitschaft, sich auf die anderen einzulassen. Die Volksmusik wird daher nicht als Folklore ausgestellt, sondern konsequent für die Figurenentwicklung eingesetzt.

Aus vertrauten Motiven – Trauer und Verlust, Mut, Schuld, psychische Verwundbarkeit und Liebe in verschiedenen Gestalten – setzt „So klingt das Leben“ etwas zusammen, das mehr ist als die Summe seiner Teile. Vor allem macht der Film deutlich, dass Heilung nicht mit Vergessen verwechselt werden darf. Die Musik tilgt den Schmerz nicht. Sie gibt ihm eine Form, in der er geteilt werden kann: nicht spektakulär wie im Musical, dafür spürbar ehrlicher.

Damit wird auch klar, warum sich eine Rondalla als Bild für Gemeinschaft besonders eignet: Jede Person bringt eine eigene Begabung – und wohl auch eine eigene Motivation – ein. Doch jeder stellt sich mit seinem Instrument neben die anderen und muss lernen, zuzuhören. Genau dazu trägt die Musik bei: nicht als Stimmung oder Schmuck, sondern als Weg zurück ins Leben.

DRAMA



Bücken oder knien?

Ulf Poschardt legt nach seiner Kritik am „Shitbürgertum“ mit einem neuen Buch nach. Nun liest er dem „Bückbürgertum“ die Leviten. Sogar Selbstkritik hat darin Platz – zumindest ein wenig **VON JAKOB RANKE**

So leicht machen es dem Rezensenten nur wenige Autoren: Ein „Werkstattbericht“ sei sein „Bückbürgertum“, schreibt Ulf Poschardt selbst auf den letzten Seiten seines neuen, zweiten Bandes „zur Kritik bürgerlicher Unvernunft“. Und damit „eine mitunter fahrig assoziative Beschreibung krisenhaften Verfalls“. Stimmt. Struktur und gedankliche Stringenz sind nicht die Stärken des 346-seitigen Ausbruchs des ehemaligen „Welt“-Herausgebers, der längst zu seiner eigenen Medienmarke geworden ist. Was aber nicht heißt, dass „Bückbürgertum“ keine höchst erfreuliche Lektüre wäre.

Worum geht's? Nachdem sich Poschardt vor knapp eineinhalb Jahren zunächst das „Shitbürgertum“, die orthodox-linksgrüne Elite, vorknöpfte, deren erfolgreichen Marsch durch die Institutionen er für den Verfall des Landes verantwortlich macht, sind diesmal all jene dran, die wider besseres Wissen den Atomausstieg, die massenhafte Migration oder die bedenkenlose Einschränkung von Grundrechten während Corona zuließen. Denn die „Dominanz des Shitbürgertums“ sei nur die Kehrseite: „Das Bückbürgertum hat dem Shitbürgertum Staat, Gesellschaft und Kultur kampfflos überlassen.“ Wie es seiner Meinung nach zu diesem konservativen Hegemonieverlust kam (Spoiler: vor allem aus Feigheit), erläutert Poschardt auf einem mäandrierenden Wutbürger-Spaziergang durch die Geschichte der Bundesrepublik.

Interessanterweise wirft Poschardt, der ja selbst als eine der Galionsfiguren eines anti-woken Backlash-Zeitgeistes gelten darf, dabei auch immer wieder einen Blick auf die Kirchen – Irrelevanz war gestern. Während sich die Evangelische Kirche vor allem als Monument vollendeter Gebücktheit den Spott Poschardts zuzieht, verhält es sich beim Katholizismus anders. Auch Letzterer sei „eine Allianz mit dem linken und linksradikalen Shitbürgertum“ eingegangen, was Poschardt nicht zuletzt dem Zweiten Vatikanum ankreidet. Andererseits zitiert er passagenweise zustimmend aus Ratzingers „Geist der Liturgie“ und

kommt zu dem Urteil: Wer kniet, der bückt sich nicht. Im „Vorwort“ zu „Shitbürgertum“ hieß es noch: „wer nicht steht, kniet“. Also eine erstaunliche Wendung des Anarcholiberalen? Der neue Poschardt ist vielleicht nur etwas weniger apodiktisch als zuvor. Unterschiedliche Sichtweisen werden erprobt. Einige Seiten zuvor galt immerhin noch Immanuel Kant: „Das Hinknien oder Hinwerfen zur Erde ... ist der Menschenwürde zuwider.“ Widersprüchlich ist das alles nur bedingt. Was Poschardt fordert, ist die Abwesenheit von Menschenfurcht. „In der Summa Theologiae betont Thomas, Gott habe den Menschen so geschaffen, dass er mit erhobenem Haupt zum Himmel blickt.“ Deshalb steht auch Nietzsche – Übermensch statt Untertan! – weiterhin hoch im Kurs. Wie es sich mit der Menschenwürde verhält, lässt Poschardt offen. Trotz großer Sympathien für die These, diese sei „nichts, was Menschen einfach immer schon besitzen“, sondern „die ihnen auferlegte Pflicht der Selbstaufrichtung“, also die Pflicht des Nicht-Bückens, hält er auch fest, dass vom „unbedingten Verständnis des Christentums“ von der Menschenwürde als „Wert an sich“ aufgrund der Gottebenbildlichkeit ein Licht ausgehe.

Her enttäuschend verläuft die Aufarbeitung des eigenen Zeitgeist-Buckelns unter der Kapitelüberschrift „der gebückte Poschardt“. Gerne hätte man erfahren, ob „Bückbürgertum“ eigentlich nur die ins Gesamtgesellschaftliche erweiterte Erfahrung eines einzelnen Mannes ist – oder ob der Ausgang aus der selbstverschuldeten Gebücktheit bei Poschardt eben kein Abschütteln niederer Instinkte, mithin keine moralische Wende, sondern vielleicht doch nur ein schlechtes politisches Umdenken aufgrund realer Beobachtungen war. Poschardt selbst legt zwar Erstes – moralisches Versagen – nahe, aber nur in Andeutungen. Schade. Wer Poschardt liest, tut dies vermutlich meist als Fan; die edle Zurückhaltung wäre hier nicht nötig gewesen.



Ist der Bundeskanzler Friedrich Merz ein Beispiel für das von Poschardt diagnostizierte „Bückbürgertum“? Foto: Imago/dts Nachrichtenagentur

Großartig ist dagegen Poschardts urgewaltiges Ablästern insbesondere über die mangelnde Ästhetik des Bückbürgertums. Dessen jegliche Körperhaltung gestattende Funktionskleidung ist der Künstlernatur Poschardt ein besonderer Dorn im Auge: „Junge Mütter haben beim sonntäglichen Familienausflug ihren gletscherblauen Alpinrucksack für Mehrtagestouren prall gefüllt, in den Haltern für die Getränke zwei gut abgefüllte Trinkflaschen, links mit einer gelben, rechts mit einer farblosen Flüssigkeit. Ihre Active-Trail-Schuhe sind perfekt geschnürt, die wasserdichte, atmungsaktive und superleichte Wetterschutzjacke mit kleinem Packmaß sitzt leger, und die Trek-

kinghose mit Belüftungs-Reißverschlüssen und Stretch-Einsätzen wirkt wie angesessen. Vor ihnen liegt nicht der Mount Everest, sondern bestenfalls die Ritterburg im Playmobil-Funpark im mittelfränkischen Zirndorf.“ Wer es fühlt, wird (nicht nur hier) dahinschmelzen.

So unverschämte wie erfrischend ist auch, dass Poschardt Begriffe prägen, Bilder schaffen will. In der Tat sind ihm mit „Shitbürger“ und „Bückbürger“ zwar vulgäre, aber doch treffende Archetypen gelungen. Wäre man nicht katholischermaßen zu liebevoller Geschwisterlichkeit verpflichtet, ließe sich fallweise auch trefflich von „Bückbischöfen“ oder dem

„Shit-dK“ sprechen. Jedenfalls macht der neue Poschardt durchgehend Spaß, auch wenn man nicht immer das Gefühl hat, die servierten Geistesblitze seien vollständig zu Ende gedacht worden. Fragt sich nur noch, was Springers mittlerweile „freiester Mitarbeiter“ in „Fightbürger“, dem dritten Teil seiner Bürger-Trilogie, noch loswerden will. Unwahrscheinlich, dass ihm die angekündigte erbauliche Richtungsweisung genauso locker von der Hand geht wie der wütende Verriss der alten Eliten.

Ulf Poschardt: Bückbürgertum, Neu-Isenburg: Westend Verlag, 352 Seiten, gebunden, EUR 27,-

Literarische Gewissensprüfung

Die zum Katholizismus konvertierte Autorin Muriel Spark stellt sich in ihrem Werk immer wieder der Realität des Bösen. Nun ist ihr Roman „Weit weg von Kensington“ neu aufgelegt worden **VON GERHILD HEYDER**

Mittags um zwölf pflegte Mrs Hawkins ein stilles Angelus zu beten, auch mitten in einem anstrengenden Telefonat. Die junge Kriegswitwe, Ich-Erzählerin in Muriel Sparks (1918–2006) wieder aufgelegtem Roman von 1988, arbeitet in den frühen 1950er Jahren in einem dem Untergang geweihten Verlagshaus und verkörpert in der von Rationierung und Unannehmlichkeiten geprägten Nachkriegszeit schon mit ihrer äußeren, füllig ausladenden Erscheinung Ruhe, Verlässlichkeit, Überfluss und Kompetenz. Sie ist aber auch von einer gnadenlosen Ehrlichkeit, deren erwartbare Probleme sie mit Nonchalance meistert.

Wohnraum ist knapp, Mrs Hawkins lebt möbliert in einem schlichten, aber anständigen Wohnheim im heruntergekommenen Kensington, das von Milly, der großherzigen irischen Dame des Hauses, geführt wird, umgeben von ebenso liebenswerten wie skurrilen Mitbewohnern, deren Vertrauen Mrs Hawkins genießt.

Dreißig Jahre später versetzt sie sich zurück in jene Zeit, in einer der schlaflosen Nächte, die ihr immer willkommen waren, weil man in der Stille der Nacht denken kann. „Kann man Denken beschließen? Ja, man kann. (...) Bei Nacht lag ich wach und betrachtete die Dunkelheit, lauschte der



Die britische Autorin Muriel Spark im Jahr 1987, ein Jahr vor dem ersten Erscheinen von „Weit weg von Kensington“, das nun im Diogenes-Verlag neu aufgelegt wurde. Foto: Imago/News Licensing

Stille, malte mir die Zukunft aus, pflückte mir aus der Vergangenheit die Stückchen heraus, die ich übersehen hatte, jene verschmähten Ereignisse, die jetzt in den Vordergrund traten, groß und wichtig, sodass die Schwere des Schicksals nicht mehr auf den derzeitigen Problemen meines Lebens lastete (...).“ Aus der üppigen Mrs Hawkins ist die schlanke Nancy geworden, die sich nun einem bedeutenden „Stückchen“ ihrer bewegten Vergangenheit stellt.

Diese auf leichten Füßen daher kommende Geschichte birgt Abgründiges in sich. Oszillierend zwischen Detektivroman, sarkastischer Zeitgeschichte und philosophischer Lebensweisheit lässt uns Muriel Spark, die 1954 zum katholischen Glauben konvertierte (in diesem Jahr spielt auch ihre Geschichte), mitten im Lesefluss immer wieder über ihre Sätze stolpern. Es ist ein moralischer Roman, der sich mit Gut und Böse auseinandersetzt; ganz im Sinne des berühmten britischen Konvertiten John Henry Cardinal Newman, der die Autorin stark beeinflusst hat, glaubt sie, dass eine Vision des Bösen genauso zur Konversion führen kann wie eine Vision des Guten – und dass das Gewissen die Instanz ist, beides voneinander zu unterscheiden. In einem Essay über ihre Bekehrung schrieb Muriel Spark: „Ich glaube fest an die Vorsehung. Es handelt sich nicht

wirklich um Fatalismus, sondern ich sehe zu, bis sich das Gesamtbild zusammenfügt.“

Dass sie weiß, worüber sie schreibt, belegt ihr Leben. Die frühe Ehe mit dem dreizehn Jahre älteren Mathematiklehrer Sydney Oswald Spark, dem sie nach Rhodesien folgt, scheitert – er hatte sie im Unklaren über seine psychische Krankheit gelassen, die sich in Gewalttätigkeiten ausdrückte. Sie verlässt ihn mit dem gemeinsamen Sohn und schlägt sich als Sekretärin durch, bis sie 1944 alleine (den Sohn muss sie bei einer Pflegefamilie zurücklassen) nach England zurückkehren kann und bis zum Ende des Zweiten Weltkriegs für den britischen Geheimdienst arbeitet. 1947 wird sie Herausgeberin der renommierten Literaturzeitschrift „Poetry Review“; die Verlagswelt war ihr daher wohlvertraut. Die Konversion gab Muriel Spark zeitlebens Halt und Glauben, für ihr privates Leben genauso wie für ihre komplexe schriftstellerische Arbeit, für die sie 1993 von der Queen geadelt wurde.

Muriel Spark: Weit weg von Kensington, übersetzt von Otto Bayer, Zürich: Diogenes Verlag 2026, 240 Seiten, Hardcover, EUR 19,-

Die Rezensentin hat über 30 Jahre bei den Berliner Festspielen im Pressebüro und als Protokollchefin gearbeitet. Sie lebt als freie Kulturjournalistin in Berlin.



Juli 2015: Papst Franziskus besucht Bolivien. In seiner Ansprache beim „Welttreffen der Volksbewegungen“ auf dem Messegelände „Expo Feria“ in Santa Cruz de la Sierra sprach Franziskus über den Kolonialismus. Er geißelt dessen neue Erscheinungsformen und bittet – im Namen der Kirche – für den historischen Kolonialismus um Entschuldigung: „Wir sagen also Nein zu den alten und neuen Formen der Kolonialisierung. Wir sagen Ja zur Begegnung von Völkern und Kulturen. Selig, die für den Frieden arbeiten. Und hier möchte ich bei einem wichtigen Thema innehalten. Es könnte nämlich jemand mit Recht sagen: ‚Wenn der Papst von Kolonialismus redet, vergisst er gewisse Handlungen der Kirche‘. Ich sage Ihnen mit Bedauern: Im Namen Gottes sind viele und schwere Sünden gegen die Ureinwohner Amerikas begangen worden. Das haben meine Vorgänger eingestanden, das hat der CELAM, der Lateinamerikanische Bischofsrat, gesagt, und auch ich möchte es sagen. Wie Johannes Paul II. bitte ich, dass die Kirche – ich zitiere – ‚vor Gott niederkniet und von ihm Vergebung für die Sünden ihrer Kinder aus Vergangenheit und Gegenwart erfleht‘.“

Die katholische Kirche und die Kolonien

So wichtig es ist, sich als Europäer der blutigen Kolonialgeschichte in Lateinamerika bewusst zu sein, so fraglich ist die Kennzeichnung dieser als „Geschichte der Kirche“ beziehungsweise – wie es bei Franziskus hieß – „Handlungen der Kirche“. Passt wirklich zwischen die politischen und wirtschaftlichen Interessen der Eroberer und das Wirken der christlichen Missionare kein Blatt Papier? In aktuellen öffentlichen Diskussionen, vor allem in den Sozialen Medien, die von einem eher oberflächlichen kirchenhistorischen Kenntnisstand getragen werden, scheint daran kein Zweifel zu bestehen. Der „Kirche ist schuld!“-Reflex schlägt voll durch. Schaut man genauer hin, entdeckt man eine etwas komplexere Realität, die zu einem differenzierteren Urteil führt. Wahr ist, dass viele (zu viele) Missionare, die eigentlich gekommen waren, das Evangelium der Liebe zu verkündigen, als Teil der Kolonialgesellschaft auftraten. Zur Wahrheit gehört aber auch, dass einige Missionare diese Kolonialgesellschaft kritisierten und ihre Spielregeln verändern wollten. Der vielleicht bekannteste unter ihnen ist der Dominikaner Bartolomé de Las Casas, dessen 460. Todestag Anlass gibt, das außergewöhnliche Engagement des „Apostels der Indios“ in Erinnerung zu rufen.

Am 18. Juli 1566 starb Bartolomé de Las Casas, ein Dominikaner, der sich nach der Eroberung Lateinamerikas durch die Spanier als Missionar und Bischof in Mexiko für die Rechte der indigenen Bevölkerung einsetzte

VON JOSEF BORDAT

Las Casas wurde am 11. November 1484 in der spanischen Hafenstadt Sevilla geboren. 1497 ging er als Soldat nach Granada. Später begann er ein Lateinstudium in Sevilla und ein kurzes Jura- und Theologiestudium in Salamanca. 1502 ließ er sich als Conquistador (Eroberer) für die neu entdeckten Länder anwerben, ging nach Hispaniola, wurde Berater des Gouverneurs und erhielt als Belohnung für die erfolgreiche Teilnahme an mehreren militärischen Aktionen eine Encomienda (Grundbesitz mit Sklaven) in der Nähe von La Concepción de la Vega zugeteilt. Nachdem er 1506 auf einer kurzen Europareise in Spanien das Lizenziat der Rechtswissenschaften erworben hatte und in Rom zum Priester geweiht worden war, führte er auf Hispaniola weiterhin das Leben eines Grundbesitzers, der sich um die Verwaltung und Vermehrung seines Besitzes kümmerte und darüber hinaus mit den Aufgaben eines Priesters betraut war. In den Jahren 1512 und 1513 nahm er als Feldkaplan an der blutigen Eroberung Kubas durch Diego de Velázquez teil. Die Lebenswende kam 1514. Bei der Vorbereitung einer Predigt stieß Las Casas auf eine Stelle aus dem Buch Jesus Sirach, die von heuchlerischen Opfern, dem schweren Los der Armen und deren ungerechter Behandlung durch ausbeuterische „Blutsauger“ spricht. Las Casas erkennt sich und seine Indios in diesen Worten. Er verzichtete daraufhin öffentlich auf seinen ertragreichen Grundbesitz und wird 1515 als Generalprokurator eingesetzt, eine Vermittlungsinstanz zwischen den spanischen Interessen und den Bedürfnissen der Ureinwohner. In den Jahren 1518 und 1519 unternahm er zahlreiche Reisen durch Spanien, um über die Lage in den Kolonien zu berichten und für sein Reformprogramm zu werben, dessen Kern kolonialpolitisch in der Aufhebung des Encomienda-Systems (und damit der Sklaverei) besteht, missionstheologisch in der Rückbesinnung auf friedliche und menschenfreundliche Evangelisierung im Sinne des Missionsauftrags Jesu. Im Februar 1521 kehrte er nach

Hispaniola zurück und arbeitete in den Folgejahren an einer solchen Evangelisierung der Indios. Bevor er sich dem intensiven Studium theologischer, historischer und juristischer Schriften widmete, trat er 1522 in den Dominikanerorden ein und fand im Kloster von Santo Domingo auf der Insel Hispaniola (heute: Haiti und Dominikanische Republik) einen geeigneten Ort zur stillen Arbeit. In der Hafenstadt Puerto de la Plata im Norden der Insel gründete er fünf Jahre später einen neuen Konvent und begann dort mit der Abfassung seiner „Geschichte der Westindischen Länder“, in der er die spanischen Eroberer als Verbrecher entlarvt. 1531 verfasste Las Casas einen „Brief an den Indienrat“. Darin macht er deutlich, dass die gewaltfreie Missionierung der Indios Vorrang vor den wirtschaftlichen Interessen der Spanier haben müsse. 1534 schreibt er erneut an den Indienrat und berichtet über die Erfolge seines friedlichen Vorgehens. Bartolomé de Las Casas reiste 1540 nach Spanien, um beim Hof sein Konzept für ganz Amerika durchzusetzen. Dort nimmt man seine Vorstellungen mit Wohlwollen auf. Kaiser Karl V. setzte 1542 eine Kommission ein, die eine Gesetzgebung für die Reorganisation der Kolonialverwaltung erarbeiten soll. Las Casas wurde in diesem Gremium beratendes Mitglied. Die am 20. November 1542 verabschiedeten „Neuen Gesetze“ tragen deshalb auch seine Handschrift. Am 30. März 1544 wird Las Casas in Sevilla zum Bischof von Chiapas (Mexiko) geweiht und kehrt im Juli des gleichen Jahres nach Lateinamerika zurück. Er ist der zweite Bischof des Bistums, das seit 1964 in Erinnerung an ihn San Cristóbal de Las Casas heißt. Bei dem Versuch, die Neuen Gesetze in seiner Diözese anzuwenden, traf der neue Hirte auf erbitterten Widerstand der Kolonialgesellschaft. Da die Krone nichts mehr fürchtete als sinkende Einnahmen durch abtrünnige Kolonien, hob Karl die Neuen Gesetze 1545 wieder auf. Die ersten Reformbemühungen waren gescheitert.

Las Casas reagiert auf diese Rücknahme mit der Abfassung eines Beichthandbuchs, in dem er das Versagen der Spanier deutlich benennt. 1547 verließ er Lateinamerika und wurde in Spanien wieder in sein Amt als Procurador de los Indios eingesetzt. In den „Dreißig Rechtssätzen“ von 1547 und dem 1549 fertiggestellten „Traktat zur Begründung der souveränen kaiserlichen Herrschaft“ versucht Las Casas, die Ansprüche der spanischen Krone mit dem Selbstbestimmungsrecht der Indios in Einklang zu bringen. Er vertritt in diesem Kontext die epochale Auffassung, dass Herrschaft für Gläubige und Ungläubige gleichermaßen ein Naturrecht darstelle und daher auch die Herrschaftsverhältnisse bei den Ungläubigen (hier: bei der indigenen Bevölkerung Amerikas) zu achten seien. Sein Engagement blieb am Hof nicht ohne Folgen: Karl V. beruft 1550 eine Kommission nach Valladolid in Nordspanien ein („Junta de Valladolid“), um die ethischen, theologischen und juristischen Bedingungen der bisherigen spanischen Herrschaftspraxis zu erörtern und dabei insbesondere auf die Methoden zur rechten Glaubensverkündigung sowie auf die Voraussetzungen der Eroberung besiedelter Gebiete einzugehen. In Valladolid kommt es zu einer Auseinandersetzung zwischen Bartolomé de Las Casas und seinem Ordensbruder und erbitterten Gegner in der Kolonialfrage Juan Ginés de Sepúlveda, die für das Missionsverständnis der Kirche, aber auch für die europäische Vorstellung von Herrschaft und Recht historisch überaus bedeutend ist; zusammen mit Francisco de Vitoria, ebenfalls Dominikaner, bilden Las Casas und Sepúlveda eine wirkmächtige Trias der spanischen Barockscholastik, die erste Ansätze einer Transformation des Völkerrechts vom antiken „Recht der Völker“ (ius gentium) zum modernen „Völkerbeziehungsrecht“ (ius inter gentes) entwickelte.

Der Autor ist Philosoph und lebt in Berlin.

Foto: Adobe Stock

Ist die „Josephsehe“ besonders heilig? Von der Schöpfungsordnung her muss die Annäherung an das Ideal der ehelichen Keuschheit durch die Einübung des ehelichen Einswerdens erfolgen, nicht ohne es.
Fortsetzung des Artikels vom 9. Juli 2026

VON RALPH HEILIGTAG

Die vielen Jahre und Jahrzehnte einer Ehe bergen durchaus die Gefahr der emotionalen und körperlichen Entfremdung. Was in jüngeren Jahren als Suche nach dem gemeinsamen Wohl der Ehegatten begann, kann in späteren Jahren immer schwieriger werden. Manchmal lockt sogar die Versuchung, die körperliche Entfremdung als „Josephsehe“ zu spiritualisieren. Eine selbstgewählte Josephsehe wird zur Fluchtburg, obwohl der heilige Paulus die eheliche sexuelle Enthaltsamkeit nur auf begrenzte Zeit erlaubt. Mit einer selbstgewählten Josephsehe verstoßen Ehepaare nicht nur gegen diese paulinische Regel, sondern sie nehmen sich ein ganz wesentliches Feld der Einübung der gegenseitigen Hingabe. Von der Schöpfungsordnung her muss die Annäherung an das Ideal der ehelichen Keuschheit durch die Einübung des ehelichen Einswerdens erfolgen, nicht ohne es.

Dieser Gedanke steckt in der Bibel zwischen den Zeilen. Nicht nur in Sarah und Abraham am Beginn der Heilsgeschichte beziehungsweise in Elisabeth und Zacharias begegnen uns zwei betagte Frauen, die noch Mütter werden. Als drittes außerbiblisches Paar sind die Eltern der Gottesmutter Maria, nämlich Anna und Joachim, zu nennen.

In nüchternem Realismus bezweifelt der Erzvater Abraham, dass eine Neunzigjährige noch gebären kann. Denn „Sara erging es längst nicht mehr, wie es Frauen zu ergehen pflegt“ (Gen 18,11); mit der Menopause war ihre Fruchtbarkeit erloschen. Wozu weiterhin die Einheit leben?

Alle drei Männer hätten die Möglichkeit gehabt, ihre unfruchtbare Frau zu verstößen und eine andere zu heiraten. Sie alle stehen jedoch in Liebe und Zuneigung zu ihrer unfruchtbaren Frau und wahren die sichtbare Einheit, anstatt in die Trennung



Die Sehnsucht nach dem Lebenspartner sollte lebenslang wachsen, nicht geringer werden. Echte Liebe sieht immer tiefer die verborgene Schönheit des anderen, auch wenn das Strahlen der Jugend lange zurückliegt. Echte Liebe umarmt mit aller Milde und Wärme die Unvollkommenheiten des anderen als Teil des gemeinsamen Wegs zur Heiligkeit.

Foto: Imago/Zoonar

zu gehen. So wird ihre Ehe zum Symbol der Treue Gottes, die am Ende immer fruchtbar ist.

Fallstricke auf dem Weg zur Heiligkeit

Kann man sich in der Ehe dauerhaft enthalten? Im ersten Korintherbrief bezeichnet Paulus die Fähigkeit, ohne einen Geschlechtspartner zu leben, sogar als ein Charisma, also eine übernatürliche Gabe, die definitionsgemäß nur wenigen zuteilwird. Nur Gott verleiht diese Fähigkeit, wo es dem Auftrag und der Sendung des Menschen dient. Ein Charisma kann man nicht selbst machen. Falls Eheleute den Weg der dauerhaften ehelichen Enthaltsamkeit eigenwillig einschlagen, müssen sie sich darüber im Klaren sein, sich außerhalb

dessen zu bewegen, was nach Paulus der Normbereich einer Ehe ist. Kann das gelingen?

Im Katechismus wird die eheliche Enthaltsamkeit tatsächlich erwähnt, allerdings nicht als Option eines normalen Ehepaares, sondern als pastorale Notfalllösung einer nicht-sakramentalen Zweitehe (KKK 1650). Aus dem Zusammenhang versteht sich, dass eine pastorale Notlösung weder als gleichwertiges Gut zu einer normal gelebten Ehe noch als eine spirituelle Höherbewertung gelten kann. Die Josephsehe kann von daher allenfalls als „kleineres Übel“ verstanden werden.

Dieser Befund entspricht dem pastoralen Vorgehen des heiligen Philipp Neri. Ihm, der im Übernatürlichen und Außergewöhnlichen lebte, war bezeichnenderweise alles Außergewöhnliche zuwider. Seiner

Überzeugung nach muss der Weg zur Heiligkeit mit Mitteln gangbar sein, die allen zugänglich sind. Dementsprechend war er sehr zurückhaltend gegenüber Privatgelüben der Keuschheit (also: der Enthaltsamkeit), bei Einzelnen wie bei Paaren. Folglich findet sich nur ein einziger dokumentierter Ausnahmefall, in dem der heilige Philipp eine Josephsehe erlaubte.

Sexualität als Instrument der Reifung in einer Ehe

Diesen Gedanken fortführend, darf man die eheliche Sexualität als Teil des gemeinsamen Wegs zur Heiligkeit verstehen. Sie schult die Fähigkeit zu Hingabe und Verzicht. In wachsender Demut mit dem Blick auf sich selbst soll der Ehepartner die Möglichkeiten und Bedürfnisse des anderen

wahrnehmen und barmherzig gelten lassen. Schon bei den Wüstenvätern wurde deutlich, dass es einen Zusammenhang zwischen Stolz und sexuellen Verfehlungen gibt. Sie wussten um ihre eigene Begrenztheit und Fallhöhe. Immer wieder kam es vor, dass hochbetagte und hochverehrte Altväter zu Fall kamen – Gott wollte auf diese Weise wohl zulassen, dass ihr falsches Selbstbild eigener spiritueller Größe und selbsterlösender Machbarkeit zerbricht.

In der Ehe weiß der Partner immer besser um die eigene Versuchbarkeit und Zerbrechlichkeit. Wir sind zerbrechliche Gefäße, wie es Paulus im zweiten Korintherbrief schreibt. Deshalb sollen Eheleute immer mehr in der ehelichen Einheit wachsen, weil sie ihrer eigenen Schwäche begegnen und die Schwäche des anderen mit immer größerer Liebe und Barmherzigkeit tragen. Wenn schon Jesus der Richter ist, der das geknickte Rohr nicht zerbrechen wird (Jes 42,3), sollen erst recht Eheleute sich selbst in ihrer nicht zu verleugnenden Gebrochenheit annehmen und bewahren.

Die Heilsgeschichte beginnt mit der Fleischwerdung des Wortes. Folgerichtig beinhaltet die katholische Liturgie viele körperliche Zeichen und Symbole. Kann es ein Zufall sein, dass der Priester jede Messe mit einem Kuss auf den Altar eröffnet und beschließt? Man denke gar an die verschwenderischen Küsse der orthodoxen Ikonenverehrung.

Aus den Worten des Hohenliedes „Er küsse mich mit den Küssen seines Mundes ...“ spricht die Sehnsucht der Geliebten nach der physischen Liebkosung des Liebhabers. Christlich darf man die Stelle als Bild der Sehnsucht der Braut Christi, der Kirche, nach den Liebkosungen des Bräutigams Christus lesen. Die Braut Christi drückt ihren Wunsch nach Liebkosung aus: „Lieb’ mich!“ Wie könnte das in der christlichen Ehe anders sein? Die Sehnsucht nach dem Lebenspartner sollte lebenslang wachsen, nicht geringer werden. Echte Liebe sieht immer tiefer die verborgene Schönheit des anderen, auch wenn das Strahlen der Jugend lange zurückliegt. Schließlich umarmt echte Liebe mit aller Milde und Wärme die Unvollkommenheiten des anderen als Teil des gemeinsamen Wegs zur Heiligkeit. Der Ruf „Lieb’ mich“ umfasst Geist, Seele und Leib. Ein lebenslanger Weg zum Frieden der Keuschheit will gemeinsam gegangen werden, natürlich auch mit dem Leib.

Der Autor ist Priester und als Cityseelsorger tätig. Er ist Mitglied des Vor-Oratoriums St. Josef Ingolstadt.

KINDER, KÜCHE, KIRCHE

Suchen, finden, spionieren



Nicht alles im Leben folgt einem Plan – zum Glück

VON SIMONE MÜLLER

Ich bin ein suchender Mensch. Nicht, dass ich unbedingt intensiv grübele und stets tiefgründige Erkenntnisse suche. Oft ist einfach meine Hauptbeschäftigung, Dinge zu suchen wie die ungefähr 50 einzelnen Socken, für die ich in unserem Haus Partner suche, Brille, Handy, meinen zweiten Schuh. Dreimal verlor ich mein Portemonnaie, zweimal davon in Berlin. Gott sei Dank wurden sie immer zurückgegeben. Die Fundstelle in Berlin kenne ich so gut, dass ich eigentlich nicht noch mal hinfahren müsste. Es gab eine Zeit in meinem Leben, da suchte ich intensiv den richtigen Partner. Meine Familie war sicher, die Uni sei DER Heiratsmarkt schlechthin. Leider bin ich im Studium über das Suchen nicht hinausgekommen, wollte aber gründlich sein und hatte schon eine exakte Beschreibung meines Mannes in spe, eine schöne, vollständige Liste von sehr gefälligen Eigenschaften, nur nicht den passenden Mann dazu. Erst im Referendariat lief mir mein Mann über den Weg, als ich gar nicht auf der Suche war, sondern gerade in einer normalen Sonntagsmesse in Regensburg,

in Gedanken beim anstehenden Fußball-WM-Spiel Deutschland gegen England. Schnellen Schrittes verließ ich die Kirche, um pünktlich die besten Plätze beim Public Viewing zu sichern. Da tippt mir ein junger Mann auf die Schulter und stellt mir die Frage, die mir bis heute Kopfschütteln verursacht. „Hey, ich sah, dass du Mundkommunion gemacht hast. Ich war jetzt drei Jahre in Mexiko, bin seither auch Mundkommunion gewohnt, habe es aber jetzt hier in Deutschland nicht gesehen und kenne Bayern nicht. Wie ist denn die Praxis hier?“ Innerlich beginnt in mir ein tiefes Schweigen, eine Schockstarre ob dieser extrem skurrilen Frage. Ich überlege fieberhaft, was diese Frage zu bedeuten habe. Option eins: ein erzkonservativer Katholik, der in mir eine Verbündete sucht. Option zwei: ein Spion des Pfarrers, der über Strohmänner versucht herauszufinden, wie seine Schäfchen so ticken. Option drei: einfach eine sehr platte Anmach. Mein Mann wundert sich noch heute, warum ich nicht darauf kam, dass ein Mann, der eine Frage stellt, manchmal einfach nur eine Antwort möchte.

Meist, wenn ich etwas suche, hat jemand anderes aus der Familie es verschleppt. Dass Dinge ihre Orte haben, versuche ich meinen Kindern (und oft meinem Mann) mit wechselndem Erfolg nahezubringen. Etwas einfach zu Boden fallen zu lassen, wenn man es nicht mehr braucht, weil einem gerade etwas anderes einfällt, ist nur für sehr kurze Zeit süß. Manchmal finde ich etwas Verschwundenes an einem entlegenen Ort wieder, an dem ich es selbst deponiert habe, also mühsam versteckt, damit kein anderer aus der Familie es irgendwo versteckt, vielleicht um es zu schützen vor unbefugtem Zugriff von wiederum ... ach, was weiß ich, jedenfalls schuld sind in dem Fall dann ja irgendwie trotzdem die, vor denen ich es verstecken wollte, ich hoffe, Sie verstehen die Logik ... Übrigens stand, bevor wir uns kennenlernten, bei meinem Mann ich, also ein Foto von mir, auf einem Flyer im Briefständer auf seinem Schreibtisch. Den hatte er bei einer kirchlichen Veranstaltung mitgenommen. Also hatte er mich sozusagen schon im Vorhinein verkrant. Viel-

leicht hätte mir das damals schon zu denken geben sollen. Es erklärt im Rückblick jedenfalls einiges. Und jetzt suchen wir den Sinn meines Beitrags. Halten Sie beim Lesen doch einfach mal kurz inne und schauen nicht nach dem großen Ganzen, dem Weltfrieden, der Lösung aller drängenden theologischen Fragen auf einmal. Sondern suchen Sie erst mal Ihre Brille. Und wenn Sie die finden, freuen Sie sich über die kleinen Fügungen des Alltags. Vielleicht meint Gott es manchmal pragmatisch. Ich habe an jenem Sonntag jedenfalls aufgehört, nach dem richtigen Partner zu suchen. Und mein Mann? Der sucht heute noch – meistens seinen Autoschlüssel. So, jetzt noch abschicken, oh nein, der Akku ist fast leer, verflixt, das Netzteil war doch vorhin noch da auf dem Tisch, das hat doch bestimmt wieder eins von den Kindern, – HALLO?? BRINGT MIR MAL JEMAND DAS NETZTEIL?!

Die Autorin lebt als Exilbayerin mit ihrem Mann und ihren drei Kindern bei Berlin.



Hilfe, unser Kind ist trans!

Eltern sind oft hilflos, wenn ihr Kind sein biologisches Geschlecht verneint. Wie ihm zeigen, dass sie ihm zur Seite stehen, jedoch endgültige Schritte nicht mittragen? **VON MARKUS HOFFMANN**



In Kommunikation und Beziehung zwischen Eltern und Kind liegt das Feld, auf dem behutsame Begleitung fruchtbar werden kann. Die Haltung, die trägt, besteht nicht in der Wahl zwischen Kapitulation und Konfrontation, sondern im Aushalten der Spannung zwischen beidem.

Foto: Imago/Westend61

Was tun Eltern, wenn die Tochter eines Abends erklärt, sie wolle von nun an ein Junge sein? Hätten sie diesen Satz kommen sehen können? Etwa am langsamen, aber stetigen Rückzug der Tochter aus dem Kreis der Familie? An der immer intensiveren Zeit in den sozialen Medien? An der Übernahme von Begriffen und Deutungen, die dem widersprechen, dass ein Mensch als Frau oder als Mann geboren wird? Oder an der abrupten Veränderung des Äußeren? Es sind Fragen, die sich viele Eltern stellen, wenn ihr Kind auf einmal sagt: „Ich bin trans.“

Noch tiefer aber reicht eine andere Frage: Wie verhält sich die Liebe, wenn das eigene Kind sein biologisches Geschlecht verneint? Dass sie ihr Kind lieben, steht für Eltern außer Zweifel. Das Dilemma liegt woanders. Auf der einen Seite möchten sie das Kind ermutigen, den eigenen Körper anzunehmen, denn er ist kein Irrtum. Er ist Gabe Gottes. – Auf der anderen Seite stehen sie dem Wunsch des Kindes nach Geschlechtsumwandlung gegenüber, der sich bis zum Widerstand gegenüber den Eltern auswachsen und zum Bruch der Beziehung führen kann. Nicht selten mündet die Situation in Sprachlosigkeit, Lähmung und Orientierungslosigkeit.

Wer aus der Lähmung herausfinden will, muss zunächst hinhören, wovon betroffene Kinder eigentlich sprechen. Denn nicht alle meinen dasselbe, wenn sie das Wort trans gebrauchen. Es gibt das tief empfundene, quälende Leiden am eigenen Geschlechtskörper, das die Psychiatrie Geschlechtsdysphorie nennt, eine tiefe Fremdheit gegenüber dem eigenen Körper. Davon zu trennen sind die eher leidensfreien Selbstbeschreibungen, mit denen sich Jugendliche als nicht-binär oder gender-fluid bezeichnen und die weniger einen Körperkonflikt ausdrücken als eine Suche nach Zugehörigkeit. Gerade bei Mädchen fällt auf, dass das Unbehagen häufig erst mit der Pubertät einsetzt, oft nach intensiver Zeit in sozialen Medien und im Gleich-

klang mit einem Freundeskreis, in dem mehrere zugleich beginnen, ihr Geschlecht in Frage zu stellen.

Ein Blick in die Forschung kann der ersten Panik etwas von ihrer Schärfe nehmen. Circa achtzig Prozent der Kinder und Jugendlichen, die wegen dieses Konflikts in der Psychiatrie vorstellig werden, versöhnen sich im Lauf der Entwicklung mit dem eigenen Geschlecht. Zudem stützt sich die Diagnose Geschlechtsdysphorie allein auf ein Gefühl, und Gefühle verändern sich, vor allem im Jugendalter. Das ist kein Grund zur Verharmlosung, wohl aber zur Geduld. Erfahrene Psychiater raten Eltern deshalb, alles zu tun, um die Wege der Entwicklung offen zu halten. Wo dagegen früh eingegriffen wird, etwa durch Medikamente, die die Pubertät anhalten, kehrt sich das Verhältnis um: Von den Jugendlichen, die solche Pubertätsblocker erhalten, vollziehen am Ende fast alle den Geschlechtswechsel. Dieser frühe Eingriff, von dem sich manche Ärzte den Aufschub schwerwiegender Entscheidungen versprechen, verengt in Wahrheit den Weg.

Gefahr, eine Entwicklung zu zementieren

Zusätzlich lastet ein rechtlicher Druck auf den Eltern. Seit Herbst 2024 erlaubt das Selbstbestimmungsgesetz, Geschlechtseintrag und Vornamen beim Standesamt allein aufgrund der eigenen Erklärung zu ändern. Betroffen ist nur der rechtliche Eintrag, keine medizinische Maßnahme. Doch kritische Psychotherapeuten warnen: Wer auch nur auf dem Papier das Geschlecht wechselt, läuft Gefahr, eine Entwicklung zu zementieren. Hinzu kommt, dass Jugendliche vom vierzehnten Lebensjahr an die Erklärung selbst abgeben können. Nötig ist dafür zwar die Zustimmung der Eltern; verweigern sie diese, kann das Familiengericht sie jedoch ersetzen, sofern die Änderung dem Wohl des Kindes dient. Das elterliche Nein ist damit nicht mehr das letzte Wort.

All das ist ein Grund, das Gespräch nicht abreißen zu lassen. Denn in Kommunikation und Beziehung zwischen Eltern und Kind liegt das Feld, auf dem behutsame Begleitung fruchtbar werden kann. Die Haltung, die trägt, besteht nicht in der Wahl zwischen Kapitulation und Konfrontation, sondern im Aushalten der Spannung zwischen beidem. Eltern dürfen eine klare Überzeugung haben und sie dennoch nicht als Waffe gebrauchen. Sie dürfen sagen, dass sie endgültige Schritte nicht mittragen, und im selben Atemzug versichern, dass sie an der Seite des Kindes bleiben. Aus dieser Haltung folgt eine Reihe von Schritten, die den weiteren Weg offenhalten.

Am Anfang steht der Vorrang des Umkehrbaren. Wo überhaupt eine Veränderung zugelassen wird, gebührt der umkehrbaren vor der endgültigen der Vorzug: die behutsame äußere Veränderung eher als die amtliche Eintragung, diese eher als der körperliche Eingriff. Noch besser ist die Vereinbarung, weiterreichende Entscheidungen auf die Volljährigkeit zu vertagen. Gelingt sie, verliert das Thema seine Dringlichkeit, ohne dass das Kind sich zurückgewiesen fühlt.

Ebenso viel hängt an der offenen Kommunikation. Wo bislang wenig geredet wurde, ist spätestens jetzt die Zeit, das zu ändern. Wobei das beiläufige Gespräch auf einer Autofahrt oft mehr wirkt als eine einberufene Aussprache. Helfen kann, wenn Eltern von der eigenen Jugend erzählen, von den Umwegen ihrer eigenen Geschlechtsentwicklung, denn das zeigt, dass eine empfundene Krise nicht zu raschen Entscheidungen zwingt. Wichtig ist auch, dass bei aller Notwendigkeit von Kommunikation die übrigen Kinder nicht übersehen werden.

Ein eigenes Gewicht hat der Umgang mit dem Körper, vor allem bei den Töchtern. Mädchen tun sich mit dessen Annahme ungleich schwerer als Jungen. Das Einsetzen der Regelblutung, das Brustwachstum, die Zunahme des Körperfettanteils, die

hohen Schönheitsideale, der prüfende Blick der anderen und der eigene im Spiegel treffen sie in einer Zeit, in der der Körper sich verändert, ohne um Erlaubnis zu fragen. Gerade hier können Eltern viel beitragen. Mütter stärken ihre Töchter, wenn sie sie behutsam auf die körperliche Reifung vorbereiten, wenn sie vom eigenen Umgang mit dem Frausein erzählen und wenn sie ihnen nicht durch Diäten und Schlankheitsideale vermitteln, der eigene Körper sei ein Mangel. Väter stärken das Körperbild, wenn sie mit der Tochter Kleidung einkaufen und ihr zeigen, was ihr steht.

Kritisch dürfen Eltern daneben den Medienkonsum und den Einfluss der Freunde begleiten. Regeln lassen sich sensibel aushandeln; wo Schaden droht, dürfen sie auch eingreifen. Denn die Sorge um das Kind bleibt ihre Aufgabe.

Halt geben und auf Warnzeichen achten

Halt gibt schließlich die Struktur des Alltags, gerade dann, wenn das Kind nur noch um das eine Thema kreist. Ein geregelter Tag mit festen Zeiten für Schlaf, Mahlzeiten und Hobbys stützt, wenn das Innere schwankt. Wer mit dem Kind einen Alltag gestaltet, der Abwechslung bringt und neuen Gesprächsstoff schafft, durchbricht den Rückzug und öffnet den Blick für vieles, was aus dem Blick geraten war. Und wo der Blick sich weitet, entstehen Gelegenheiten, bei denen das Kind sich anders erlebt als nur im Bann des eigenen Körpers.

Zugleich gilt es, auf Warnzeichen zu achten, vor allem bei Jugendlichen, die am eigenen Geschlecht leiden: Nimmt Traurigkeit zu, sozialer Rückzug oder drastische Verhaltensänderungen? Im Ernstfall ist fachliche Hilfe zu suchen, die nicht vorschnell festlegt. Dabei kann sich zeigen, dass der eigentliche Grund tiefer liegt: in einem ungelösten Konflikt der Familie, in einer erfahrenen Zurückweisung, in einer

Erschütterung, die das Kind nicht in Worte fassen kann. In manchen Fällen hilft, wenn sich die ganze Familie begleiten lässt. Das nimmt den Blick vom Betroffenen und öffnet Wege gegenseitiger Annäherung.

Über all diesen Schritten dürfen Vater und Mutter die eigene Ehe nicht vergessen. Was einfach klingt, kostet Kraft. Ab und an eine Auszeit stärkt nicht nur die Verbindung der Eltern, sondern nährt auch das eigene Frau- und Mannsein. Und wo Eltern in ihrer eigenen Geschlechtlichkeit gefestigt sind, kann diese still auf das Kind zurückwirken und es einladen, die Ablehnung des eigenen Geschlechts noch einmal zu bedenken.

Zu den schwersten Versuchungen gehört die Frage nach eigenen Fehlern. Kein Vater und keine Mutter sollten sich diesen überlassen, wenn das Kind am eigenen Geschlecht zweifelt. Wohl dürfen Eltern um Vergebung bitten, wo sie ungerecht waren, wo sie ein Kind vernachlässigt oder ein Geschwister unbewusst vorgezogen haben. Doch der Blick zurück auf mögliche Erziehungsfehler darf nicht in Scham, Erstarrung und soziale Isolation führen. Rückzug nimmt den Eltern, was sie jetzt am dringendsten brauchen. Denn was hier gefordert wird, übersteigt auf Dauer die eigene Kraft. An dieser Grenze ist der Glaube wichtig: das Gebet, das in andere Hände legt, was den eigenen entgleitet. Glaube ist aber auch Gemeinschaft: die Beziehung zur Gemeinde, die gemeinsame Feier der Eucharistie. All das verbindet mit Christus. Er trägt durch die Krise, die sich über Jahre ziehen kann. Wer auf diesem Boden steht, muss den Ausgang nicht kennen, um auszuhalten. Er muss nur bleiben. Und Bleiben ist hier die stillste Form der Hoffnung.

Der Autor ist Entwicklungspsychologe, Sexualberater und praktischer Theologe. Er leitet den Studiengang entwicklungsensible Sexualpädagogik an der Philosophisch-Theologischen Hochschule Heiligenkreuz in Österreich.

Mit Kindern durch das Kirchenjahr

Unter Marias Schutzmantel

Am 16. Juli feiern wir unsere Mutter im Himmel. Weißt du, was Maria in der Hand trägt? Entdecke, wie du unter Marias Mantel sicher sein kannst

VON MARIE-THERESE ROUXEL UND SIBYLLE SCHMITT



Die Tradition erzählt uns, dass Maria dem heiligen Simon Stock erscheint: Sie ist von Engeln begleitet und hält in der Hand ein Geschenk: ein Skapulier. Bis heute tragen Gläubige es als Zeichen ihres Vertrauens in die Gottesmutter.

Foto: Notre-Dame de Vie

Die Muttergottes wird mit vielen Namen angerufen. Sicher kennst du schon mehrere. Manche Namen weisen auf den Ort hin, wo Maria erschienen ist, zum Beispiel „Unsere Liebe Frau von Lourdes“. Andere zeigen, wie Maria uns helfen möchte, wie „Unsere Liebe Frau vom guten Rat“ oder „Die Knotenlöserin“. Wenn Krieg oder Streit herrscht beten wir zur „Königin des Friedens“. Das Fest Maria vom Berge Karmel ist nicht sehr bekannt und doch ist Maria in Lourdes ausgerechnet an diesem Festtag, dem 16. Juli, zum letzten Mal erschienen. Und bei der letzten Marienerscheinung in Fatima sah die Seherin Lúcia sie in einer Gestalt „ähnlich Unserer Lieben Frau vom Karmel“. Was bedeutet das?

Um es dir zu erklären, müssen wir eine lange Reise machen und dich in das Land Jesu mitnehmen, ins Heilige Land. Dort gibt es ein Gebirge, das sich am Mittelmeer auf etwa 30 Kilometer erstreckt. Es ist der Berg Karmel, wo der Prophet Elia gelebt hat. Die Landschaft ist sehr schön und du kannst von oben auf das Meer schauen. Auch findet man viele Höhlen. Vielleicht denkst du: „Ich würde gerne mit meinen Freunden in einer Höhle spielen und nach einem Schatz suchen, nach Gold oder alten Münzen!“ Ja, dieser Ort zog viele Menschen an, insbesondere europäische Kreuzfahrer, die sich dort im zwölften Jahrhundert als Einsiedler in den Höhlen niederließen. Einsiedler ziehen sich bewusst in die Einsamkeit

zurück. Auch sie suchten nach einem Schatz, aber einem Schatz anderer Art: Sie suchten Gott, den man am besten in der Stille findet. Ihr Vorbild war der Prophet Elia, der im Gebet darauf wartete, Gottes Stimme zu hören.

In der Not hilft Maria immer

Diese Einsiedler bauten eine Kirche zur Ehre der Mutter Gottes und nannten sie die Kirche von Unserer Lieben Frau vom

Berge Karmel. Sie selber nannten sich die Brüder der seligsten Jungfrau Maria vom Berge Karmel.

Nun geht unsere Reise weiter. Wir reisen nicht nur in ein anderes Land, sondern auch durch die Zeit. Wir sind jetzt im 13. Jahrhundert. Muslime erobern das Heilige Land und die Brüder müssen nach Europa fliehen. Wir reisen mit dem Schiff zum Oberen der Brüder, zu Simon Stock, nach England. Zu dieser Zeit gab es keine Flugzeuge und die Reise dauerte mehrere Wochen! Simon hat große Sorgen: Wird

sein Orden bestehen? Die Brüder sind nur wenige und dazu unerwünscht. „Warum?“, fragst du dich vielleicht. „Haben sie etwas Böses gemacht?“ Nein, gar nicht, aber zur gleichen Zeit sind zwei andere Orden entstanden: Die Franziskaner und die Dominikaner. Daher war die Befürchtung von Simon Stock: Braucht die Kirche den Karmelorden denn überhaupt noch? In dieser Not wendet er sich an seine Mutter im Himmel und betet: „Maria, ich bitte dich, schütze uns, die wir dir geweiht sind und dir dienen wollen.“ Da hilft Maria – sie lässt ihre Kinder nie im Stich. Die Tradition erzählt uns, dass Maria dem heiligen Simon Stock erscheint: Sie ist von Engeln begleitet und hält in der Hand ein Geschenk: ein Skapulier. Was ist das? Das Wort hast du vielleicht noch nie gehört! Schau dir das Bild an. Maria hat ein Stück braunen Stoff in der Hand. Eigentlich sind es zwei Stoffstücke, die durch zwei Bänder miteinander verbunden sind, sodass man es sich umhängen kann. Meistens ist auf dem einen Stück die Muttergottes mit ihrem Kind abgebildet, auf dem andern das Herz Jesu. Maria sagt Simon: „Das ist mein Geschenk für dich und deine Brüder. Wer in diesem Gewand stirbt, wird gerettet werden.“ Du kannst dir denken, dass Simon voll Freude das Geschenk annimmt. Es soll am 16. Juli 1251 geschehen sein.

Was bedeutet das Skapulier?

Das Skapulier ist klein, aber fein ... Nicht nur die Mönche über ihrem Ordensgewand tragen es, denn die Muttergottes möchte es allen Gläubigen schenken. Viele Katholiken tragen es unter der Kleidung oder ersetzen es durch eine Medaille.

Die Muttergottes nimmt uns mit großer Liebe unter ihren Mantel – so wie eine Mama ihr Kind – und schützt uns vor aller Gefahr. Sie bedeckt uns mit ihrer Reinheit und Schönheit und leitet uns auf dem Weg zur Heiligkeit. Mit dem Skapulier verspricht uns Maria auch, dass wir nach dem Tod in den Himmel kommen. Wir brauchen aber nicht zu denken, dass wir uns nun nicht mehr zu bemühen brauchen! Das Skapulier hat mit Zauberei nichts zu tun. Es ist ein konkretes Zeichen unseres Vertrauens. Wir empfangen dieses Geschenk im Glauben, wie ein Kind, das der Muttergottes angehören will. Wer das Skapulier trägt, zeigt dadurch, dass er sein Leben nach dem Vorbild Marias gestalten möchte. Er will offen sein für Gott, für seinen Willen. Er weiß, dass er nicht allein auf dem Weg ist; eine liebevolle Mutter geht mit ihm und

führt ihn zu Jesus. Maria ist die Pforte des Himmels.

Das Skapulier ist wirklich für alle, für die Kleinen wie für die Großen. So erklärte 2001 der heilige Papst Johannes Paulus II.: „Ich trage seit langem das Skapulier des Karmel auf meinem Herzen und erfahre ständig den Schutz der himmlischen Mutter.“ In manchen Pfarreien wie in Lahm bei Kronach wird jedes Jahr das Skapulierfest gefeiert: Erwachsene wie Jugendliche empfangen das Skapulier. Eine junge Frau, Agnes, 22 Jahre alt, die 2024 an einem Marienfestival in unserer Gemeinschaft teilgenommen hat, erzählt uns: „Ich wollte das Skapulier empfangen, um die Gegenwart Mariens in meinem Alltag zu spüren. Wenn ich zweifle, wende ich mich spontan an sie und finde Ruhe unter ihrem Mantel. Sie hat mir viel Frieden und Hoffnung geschenkt!“

Und du? Auch ohne Skapulier kannst du dich heute unter den Schutz Marias stellen. Wir haben dafür einen konkreten Vorschlag. Das Ausmalbild stellt die Muttergottes dar, die auf ihre Kinder wartet. Ihr Mantel ist sehr breit, da ist Platz genug, um dich und deine Familie oder deine Freunde drauf zu malen. Wenn du nicht so gerne malst, kannst du einfach ein Foto draufkleben oder auch deinen Namen und die deiner Lieben auf den Mantel schreiben. Nimm doch das Bild mit in die Sommerferien! Wenn du und deine Familie am Abend betet, könnt ihr es in die Gebetsecke stellen, ein „Gegrüßet seist du Maria“ beten oder das Lied „Maria, breit den Mantel aus“ singen, das wunderbar passt (GL 534). Maria freut sich über euer Gebet, sie breitet ihren Mantel über euch aus und beschützt euch zu jeder Zeit.



Die Autorinnen sind Mitglieder der Gemeinschaft Notre-Dame de Vie.

Foto: privat



Hier findet ihr ein Ausmalbild

BIBEL-QUIZ Matthäus 13,24–43

Was sät der Feind?

Was soll mit dem Weizen geschehen?

Hier scannen!

Hier findest du einen Impuls zum kommenden Sonntagsevangelium ... und die Lösung zum Quiz!
www.die-tagespost.de/leben/familie/kinder-bibelschule



DER KAPITALISTISCHE SAMARITER

Der arbeitslose Samariter

VON PETER SCHALLENBERG

Gleich zweimal war ich in letzter Zeit eingeladen bei Konferenzen zum Thema der Künstlichen Intelligenz (KI): einmal bei Ärzten in Würzburg zum Einsatz der KI in der Medizin, wenig später beim Bundesverband deutscher Arbeitgeber in Berlin zum Einfluss der KI auf den Arbeitsmarkt und die Veränderung der Arbeitsplätze. Landauf, landab wird das diskutiert: Welche Arbeitsplätze wollen wir unbedingt in Menschenhand behalten und welche Arbeitstätigkeiten könnten wir getrost in zuverlässige Maschinenarme auslagern? Die Mediziner berichten von beeindruckenden Leistungen der KI in der Radiologie: Kein noch so erfahrener Radiologe mit langjährigster Berufserfahrung kann sich messen mit der Diagnose der KI im Blick auf Röntgenaufnahmen. Gleichwohl: Was folgt der besten und präzisesten Diagnose? Richtig, die beste Therapie. Hier freilich versagt die punktgenaue künstliche Intelligenz im Vergleich zur mitfühlenden Intelligenz eines Menschen. Denn sie sagt nur, was technisch möglich, nicht aber, was menschlich sinnvoll sei. Die alten Griechen nannten genau das den Unterschied zwischen Quantität und Qualität, im Blick auf das Leben eines Menschen präzis: Wer wollte schon ewig leben ohne Freunde, wenn er noch eine Stunde mit Freunden leben könnte? Beides zusammen geht nicht; wer hier schwankend wird, muss zurück auf „Los“ und noch einmal überlegen. Qualität im Leben ersehnt ein jeder, nicht bloße Quantität des Überlebens. All das geht ja jedem durch den Kopf, der für sich oder Angehörige entscheiden muss zwischen langwieriger Chemotherapie oder verkürzter, qualitativ wertvoller Lebenszeit. Mir ging jedenfalls sowohl in Würzburg wie auch in Berlin durch den Kopf unser Gleichnis des barmherzigen Samariters und die Frage: Welche Tätigkeit im Gleichnis könnte durch die KI wohlfeil ersetzt werden? Auf jeden Fall der Esel (durch automatisierten Transport), auch der Wirt (durch perfekte Pflegeroboter), sogar die radiologisch präzise Identifikation des hilfsbedürftigen Menschen, nicht aber der entscheidende Unterschied zwischen Priester und Levit einerseits und Samariter andererseits. Hatten diese denn kein Mitleid und gingen deswegen weiter, während jener nur von Mitleid getrieben war? Davon wird im Gleichnis nichts gesagt; die Entscheidung zugunsten des Kranken im Straßengraben wird einfach vorausgesetzt. Dabei liegt genau in dieser Entscheidung die alles entscheidende Unterscheidung von Maschine und Mensch.

„Sibi et aliis providens“, sagt Thomas von Aquin, ist eine entscheidende Fähigkeit des Menschen als Abbild Gottes: sich und anderen vorausschauend gehen auf dem Weg des je Besseren, auf dem Weg der Liebe und Barmherzigkeit. Aber: Nur Gott kann alles Gute zur gleichen Zeit vollbringen, der Mensch als sein Abbild muss sich ständig entscheiden. Und darin liegt Lust und Last unseres Lebens als Abbild Gottes: mühsam den Weg zu bahnen durch das oft struppige Dickicht mühseliger Abwägungen. Was ist besser? Keine KI der Welt beantwortet diese Frage, nur der natürliche Mensch, der sich vor Augen hält, was Gott ihn dereinst fragen wird. Und solange eine KI diesen Anspruch Gottes nicht denken kann, ist sie nicht intelligent, sondern bestenfalls technisch perfekt. Was nützlich ist, aber nicht letztlich beglückend.



Der Autor ist Inhaber des Lehrstuhls für Moralthologie und Ethik an der Theologischen Fakultät Paderborn. Foto: ThF Paderborn

So wird die Rente zum Vertrauens-Projekt

Die gesetzliche Rentenversicherung soll reformiert werden. Aber wie? Ein Gastbeitrag der Caritas-Präsidentin VON EVA MARIA WELSKOP-DEFFAA



Eva Maria Welskop-Deffaa, Präsidentin des Deutschen Caritasverbandes, kritisiert das derzeitige System der Hinterbliebenenversorgung mit seiner Wahlmöglichkeit zwischen Rentensplitting und Witwenrente. Foto: Imago/M. Popow

Die gesetzliche Rentenversicherung ist das Mega-Projekt sozialstaatlichen Systemvertrauens: Wer heute mit 16 oder 17 Jahren vom ersten selbstverdienten Geld Abgaben für die gesetzliche Rente leistet, will mit diesen Beiträgen – ebenso wie mit allen folgenden – dafür Sorge tragen, auch 60 oder 70 Jahre später nicht auf staatliche Fürsorge angewiesen zu sein. Im Alter ist die Rente unentbehrlicher Ersatz für Erwerbseinkommen, wenn die Existenzsicherung mit eigener Hände Arbeit nicht mehr möglich ist. Dieses Langfrist-Leistungsversprechen kann der Gesetzgeber nur einlösen, wenn auch in 70 Jahren die Menschen in Deutschland noch an dem Konzept „gesetzliche Rente“ festhalten und bereit sind, Monat für Monat mit ihren Beiträgen die Renten der dann Alten zu finanzieren. Ein solch ambitioniertes Vertrauensprojekt muss kontinuierlich klug reformiert werden, um auf die sich verändernden Bedingungen – zuallererst die des Arbeitsmarktes und der Demografie – zu reagieren.

Die Alterssicherungskommission der Bundesregierung hat genau in diesem Sinne vertrauensstärkende Maßnahmen vorgeschlagen. Mit dem Zielbild einer Erwerbstätigenversicherung antwortet sie darauf, dass es inzwischen weder ökonomisch vernünftig noch gesellschaftlich gut erklärbar ist, dass nur abhängig Beschäftigte in die Pflichtversicherung einbezogen sind, obwohl für immer mehr Menschen Einkommen aus abhängiger und selbständiger Arbeit gemeinsam, in verschiedensten Kombinationen im Lebenslauf, den Lebensunterhalt sichern. Und sie reagiert auf Vorbehalte jüngerer Menschen dem Umlagesystem gegenüber, indem sie in die gesetzliche Rente individuelle kapitalgedeckte Ansprüche hineinwebt, die der Rentenversicherung zusätzliche Einnahmen zufließen und sie

damit demografieresilienter werden lassen.

Auch das Zentralkomitee der deutschen Katholiken hatte eine Arbeitsgruppe eingerichtet, um eine Positionierung zur Rentenversicherung vorzubereiten; fast zeitgleich mit der Alterssicherungskommission der Bundesregierung hat das ZdK vorgestellt, was aus seiner Sicht wichtig ist, um das Vertrauenskapital der Rentenversicherung und mit ihm das Systemkapital des Sozialstaats nicht aufs Spiel zu setzen.

Für eine treffsichere Erwerbsminderungsrente

Besondere Aufmerksamkeit schenkt das ZdK dem Renteneintrittsalter und hält eine moderate Anhebung der Regelaltersgrenze für eine „gleichermaßen nächstliegende wie zutreffende Antwort“ auf die demografischen Herausforderungen.

Eine Flankierung dieser Maßnahme mit Veränderungen bei der Erwerbsminderungsrente hält es allerdings für unerlässlich. Sie muss leicht zugänglich und wirklich treffsicher ausgestaltet werden, da sie zentrale „Haltelinie“ in einem Rentensystem ist, das Menschen mit altersbedingten Einschränkungen verlässlich absichern will. Es gibt, da sind sich Alterssicherungskommission und ZdK einig, Menschen, die mit 60 oder 63 objektiv nicht mehr in der Lage sind, ihren Beruf auszuüben. Und das ist keineswegs zuallererst der fast schon sprichwörtliche Dachdecker, der mit 60 nicht mehr in schwindelnde Höhen klettern kann. Viel häufiger sind es Menschen, die mental ausgelaugt und psychisch erschöpft sind, die nicht bis 67 oder 70 erwerbstätig sein können. Menschen mit schlechter Schulbildung und niedrigem Einkommen sterben im Schnitt jünger als gut ausgebildete Akademiker und sie sind häufiger unter denen, denen mit 60 die Puste für den Job wegbleibt. Ihre Absiche-

rung ist Kernaufgabe der gesetzlichen Rentenversicherung. Die gesetzliche Rente ist eine Ausfallversicherung für alle, die altersbedingt nicht mehr für ihre Existenz sorgen können.

Das Vertrauen in die Gesetzliche Rentenversicherung hängt maßgeblich von der politischen Verständigung über ihre generellen Ziele ab. Der Gesetzgeber sollte dringend die Zielsetzungen der gesetzlichen Rentenversicherung in einem Paragraphen explizit formulieren, so wie er es in anderen Zweigen der Sozialversicherung längst getan hat. Die Ausrichtung der Rente auf klare Ziele macht nicht nur die jeweiligen Einzelregelungen besser verständlich, sie gibt zugleich den Menschen Vertrauen in das Leistungsversprechen und hilft als Richtschnur für nächste Reformen.

Die Umsetzung der Vorschläge der Alterssicherungskommission soll, so haben sich die Koalitionsfraktionen verständigt, in einem Rutsch erfolgen. Das ist gut, damit das, was als ausgewogenes Paket angekündigt ist, auch als ausgewo-

genes Paket umgesetzt wird. Dabei eine schlüssige Zielformulierung für das ganze Vorhaben zu suchen, ist nicht mehr als recht und billig.

Prüfaufträge konsequent weiterbearbeiten

Einzelne Reformvorhaben sind von der Alterssicherungskommission leider nur als Prüfaufträge beschrieben. Auch diese müssen konsequent weiterbearbeitet werden. Das betrifft insbesondere die Gestaltung der Hinterbliebenenversorgung. Der Umstieg von der Witwenrente auf einen obligatorischen permanenten Versorgungsausgleich wäre dringend wünschenswert, denn die jetzt bestehende Entscheidungsmöglichkeit zwischen dem Rentensplitting und der Witwenrente ist de facto eine letztlich unethische Wette auf die Überlebenswahrscheinlichkeit des Partners.

Die Autorin ist Präsidentin des Deutschen Caritasverbandes und Mitglied im Zentralkomitee der deutschen Katholiken.

HINTERGRUND

Die Bundesregierung will die gesetzliche Rentenversicherung reformieren. Nachdem Schwarz-Rot im Herbst zunächst die Leistungen mit der Verlängerung der „Haltelinie“ und dem dritten Teil der Mütterrente erhöht hatte, liegt nun ein Reformvorschlag einer eigens dafür eingesetzten Kommission vor, der die Finanzen langfristig stabilisieren soll. Er sieht neben zahlreichen kleineren Anpassungen die erstmalige Einführung einer kapitalgedeckten Komponente ebenso wie einen späteren Renteneintritt vor, wenn die Lebenserwartung steigt. Auch die so-

genannte „Rente mit 63“ soll abgeschafft werden. Bundeskanzler Merz hat angekündigt, „alle Elemente“ des Kommissionsvorschlags zügig umsetzen zu wollen. Zur Frage der Rentenreform haben im vergangenen Herbst auch die Deutsche Bischofskonferenz in ihrem Sozialstaatspapier „Zusammenhalt durch Reformen sichern“ und nun das Zentralkomitee der deutschen Katholiken (ZdK) mit dem Beschluss „Vertrauen stiften: Ziele der Rentenreform gesetzlich festlegen“ Stellung genommen. „Die Tagespost“ berichtete jeweils online.

Das Comeback des Landpfarrers

Die große Zeit des katholischen Romans ist vorbei. Und doch veröffentlicht 90 Jahre nach Erscheinen einer der angesagtesten Verlage das „Tagebuch eines Landpfarrers“ von Georges Bernanos neu. Über den Reiz eines Klassikers **VON UWE WOLFF**

Die Zeiten sind längst vorbei, als man selbstverständlich in einer Buchhandlung ein Buch jenseits des Mainstreams finden konnte oder gar einen Buchhändler traf, der Sachkenntnis und ein eigenes Urteil besaß. Heute ist das eher die Ausnahme. In meiner Heimatstadt Münster gab es Mitte der siebziger Jahre noch echte Führer durch den Irrgarten der Literatur. Und vor allen Dingen bei Poertgen-Herder eine theologische Abteilung mit katholischen Romanen. Zu ihnen gehörten die Werke von Georges Bernanos (1888–1948). Der Buchhändler meines Vertrauens empfahl mir damals den Roman „Tagebuch eines Landpfarrers“ (1936) in der Übersetzung von Jakob Hegner. Zeitgleich veröffentlichte der Leipziger Insel Verlag Edzard Schapers (1908–1984) noch immer hochaktuelle Vision „Die sterbende Kirche“ (1936). Sie spielt im Baltikum und beschreibt die von Stalin verfolgte Kirche bis zur Erfahrung der Agonie. Wie in dem geistlichen Ringen des französischen Dorfgeistlichen zeigt sich hier im estnischen Grenzland in der Aufgabe aller Selbstbehauptung eine paradoxe Erfahrung der Geborgenheit im Kreuz.

„Tout est grâce!“, hatte die kleine Therese gesagt. Es ist auch das letzte Wort des Landpfarrers. Dieser blutjunge Mann Gottes war ganz anders als jene überaus selbstbewussten Besserwisser, die zur Zeit meines Studiums die Lehrstühle besetzten und kommende Priestergenerationen nach ihrem Bilde formten: Theologen wie Karl Rahner, Johann Baptist Metz, Herbert Vorgrimler, Herbert Haag und später Eugen Drewermann, der in dem Landpfarrer nur einen „Fall der Psychopathologie“ sehen konnte. Der Geistliche im nordfranzösischen Ambricourt ist ein Priester der leisen Worte und aufgrund seiner Zöger-

lichkeit wenig beliebt bei den Menschen. Als Geistlicher ein Suchender, ein Tastender, einer, der noch keine Antworten hat und nicht weiß, wie er die Herausforderungen seines Amtes bestehen soll.

Bernanos war auf den ersten Blick ganz anders als dieser Priester: politisch am rechten Rand engagiert, ein Meister der Polemik, ein Radaubruder und unruhiger Geist. Am Ersten Weltkrieg nahm er aktiv teil. Er war kämpferisch und katholisch und wusste sich – wie viele französische Kriegsteilnehmer – unter den Schutz der heiligen Therese von Lisieux gestellt. Die Heilige wurde von vielen Katholiken als wiedergekehrte Johanna von Orleans verstanden. In seinen Briefen von der Front reflektierte der von Jesuiten erzogene Krieger Bernanos seine Erfahrungen mit seinem Beichtvater. Die Mutter hätte es gerne gesehen, wenn er Priester geworden wäre. Aber Bernanos heiratete, immerhin eine direkte Nachfahrin der Jeanne d'Arc, und verdiente nach dem Krieg den Lebensunterhalt seiner schnell wachsenden Kinderschar als Bereichsleiter der Lebensversicherung „La Nationale“.

Auf seinen Dienstreisen quer durchs Land nutzte er die freien Abende für die Niederschrift von religiösen Romanen in glaubensschwacher Zeit. Die Gestalt des modernen Priesters zwischen Gott und Teufel war sein Lebensthema. Bernanos' gebrochene Geistliche wurden als neue zeitgemäße Heilige verstanden. Von ihnen erhoffte man eine Erneuerung des Katholizismus aus der Erfahrung des Kreuzes. Keine Helden im alten Goldglanz der Legende, sondern Kämpfer wie der Pfarrer von Ars. Das Thema der neuen Heiligen lag in der Luft. Walter Nigg sollte ihm mit seinem Jahrhundertwerk „Große Heilige“ (1946) eine bleibende Gestalt geben. Der reformierte Schweizer Pfarrer sah in den Heiligen authentische Vorbilder eines



Erreichte mit seinen katholischen Romanen zu Lebzeiten ein Millionenpublikum: Georges Bernanos.

Foto: Imago/TT

christlichen Lebens. In Basel arbeitete Hans Urs von Balthasar am Mythos einer neuen Heiligen. In „Kreuz und Hölle“ beschrieb er die Karsamstagerfahrung der Adrienne von Speyr. Seine Studie „Bernanos“ (1954) machte den Schriftsteller zu ihrem Bruder im Geiste.

Walter Nigg erlebte geistige Abenteuer am Schreibtisch seiner kleinen Pfarrgemeinde und geriet nicht in die Abhängigkeit eines freien Schriftstellers, der vom Verkauf seiner Bücher eine Familie ernähren musste. Der unerwartete Verkaufserfolg seines Romans „Unter der Sonne Satans“ (1926) verführte Bernanos, den Beruf aufzugeben und seiner Berufung zu folgen. Das ist immer riskant. Denn niemand ist so unfrei wie ein freier Schriftsteller. Bernanos schrieb Romane am Band. Dennoch reichten die Honorare hinten und vorne nicht. 1933 machte ihn ein schwerer Motorradunfall bei Montbéliard zum Krüppel. Vor seinen Gläubigern floh er mit seiner Familie nach Mallorca und schrieb hier für ein Seitenhonorar von 60 Francs seinen berühmtesten Roman. 1938 wanderte er nach Paraguay aus und versuchte sich als Farmer. Dann zog er weiter nach Brasilien und folgte nach dem Kriege einer Einladung General de Gaulles zur Rückkehr. Seine Berufung hatte er verloren. Er schrieb jetzt Polemiken zu tagespolitischen Themen, die heute niemanden mehr interessieren. 1947 zog der unruhige Geist nach Hammamet, dann

Gabès und kehrte von Leberkrebs gezeichnet nach Paris zurück. Er kommunizierte täglich. Freunde begleiteten die Krebstherapie mit flankierenden Maßnahmen: Wallfahrten und der Verabreichung von Lourdeswasser.

Bernanos vollendete noch die „Dialogues des Carmélites“ nach der Vorlage von Gertrud von le Fort und macht eine Art Deal mit Gott: Er werde seine verbleibende Arbeitskraft ausschließlich auf ein „Leben Jesu“ konzentrieren. Dafür werde er zwei Jahre brauchen. Der Landpfarrer war nicht so kühn. Er fügte sich in sein Schicksal. Seit Jahren hatte er sich ausschließlich sakramental von Weißbrot und Wein ernährt, wenngleich nicht freiwillig. Er wird an den Folgen eines Magenkrebses sterben.

Wer mit der Bernanos' Biografie vertraut ist, wird trotz aller charakterlichen Gegensätze eine tiefe Gemeinsamkeit zwischen dem Autor und seiner Priestergestalt erkennen. Es ist die Lebensangst, die Bernanos bereits als Kind quälte. Sie geht auf keine traumatische Erfahrung zurück, sondern gehörte zu seiner Lebensmelodie. In der Welt habe der Mensch Angst, sagt Christus. Er aber habe die Angst überwunden. Wir leben in einem Zeitalter der Angst. Schon ein gestrandeter Buckelwal bringt viele Menschen aus der Fassung. Bernanos hat das Hohelied der Angst

gesungen. Die Angst wird heilsam, wenn sie zur Erfahrung der Gnade führt. Und nur durch sie wird die Todesfurcht überwunden. Dann kommt wie in der Nacht von Gethsemane der Engel. Bernanos hatte zeitlebens ein kindliches Verhältnis zu seinem Schutzengel.

Das Tagebuch des Landpfarrers ist nun bei Matthes & Seitz Berlin in der brillanten Neuübersetzung des famosen Bernhard Lang erschienen. Der Alttestamentler und Kenner französischer Kulturgeschichte erschließt den Roman durch einen Stellenkommentar, ein Glossar und ein Nachwort. Gerade heute richtet der Roman einen Blick auf die Psychologie des Priesters. Worin besteht die Versuchung? Bernanos' Teufel hinkt nicht und verströmt auch keinen strengen Bockseruch. „Als spirituelles Übel stellt die religiöse Gleichgültigkeit andere Formen des Bösen in den Schatten“, so Bernhard Lang. „Sie ist die schlimmste Gestalt des Bösen, denn Übel wie Krankheit und Armut können nur zum physischen Tod führen, während religiöse Gleichgültigkeit zum seelischen Tod und zur Hölle führen kann.“ Klassiker verstummen für Jahre und Jahrzehnte. Dann erheben sie wieder ihre Stimme, gerade heute in einer Zeit des *ennui*, die zugleich eine wehmütige Sehnsucht nach dem Göttlichen ist.

Der Autor ist promovierter Theologe und habilitierter Kulturwissenschaftler.

Anzeige

radio horeb
Leben mit Gott

Catholic Summer Festival
Wir übertragen live!

vom 06. – 09. August
Gebetsstätte Marienfried

Live bei radio horeb!

Helfen Sie uns! radio horeb ist rein spendenfinanziert.

Digital Satellit Internet App Alexa Kabel

www.horeb.org

Was die Nonnen nicht verrieten

Im Kloster Santa Caterina auf Sizilien wurde Gebäck hergestellt, das ein Vorgeschmack des Himmels zu sein schien. Kurz drohte das süße Erbe verlorenzugehen – bis eine Genossenschaft die Initiative ergriff **VON SVEN RAHN**



Das Kloster Santa Caterina in Palermo bleibt dank des Einsatzes der Genossenschaft „Pulcherrima Res“ ein Hort süßer Köstlichkeiten.

Fotos: Sven Rahn

Ostersonntag, 11.30 Uhr. Die Türen des Klosters Santa Caterina in Palermo sind keine halbe Stunde geöffnet, da reicht die Schlange der Wartenden schon bis zum zweiten Kreuzgang. Rosalia Orlando, 70, aus dem Viertel Notarbartolo, hält Nummernzettel 14 in die Höhe. „Dafür musst du früh aufstehen“, sagt sie und lacht. Kein selbster Altar, keine Ostersegnung hat sie und die vielen anderen hierhergebracht. Es sind Cannoli, Minne di Sant’Agata oder Sospiri di Monaca – Dolci, die die Nonnen des Klosters Santa Caterina d’Alessandria an der Piazza Bellini seit mehr als 700 Jahren nach überlieferten Rezepten fertigten. Bis 2014. Da starb die letzte Ordensfrau.

Hinter dem Tresen steht Marzia, 26, schwarze Schürze, blaues Kopftuch, schwarze Handschuhe. Sie reicht gerade einen Teller über die Theke – der nächste Kunde wartet schon. Vor ihr: leere Teigrollchen in Reihen, daneben Schüsselchen mit Pistazien, Schokostreuseln, kandierten Früchten. Die Cannoli werden hier nicht vorbelegt. Erst auf Bestellung kommt die Ricotta-Creme – und zwar reichlich. „Es muss Schafsricotta sein“, sagt Marzia. „Kein anderer gibt diese Süße, diese Dichte.“ Barocke Üppigkeit – das ist Santa Caterina.

Dabei ist das Angebot weit größer als Cannoli. Minne di Sant’Agata – halbkugelförmige Törtchen, obenauf eine Kirsche, benannt nach der Brust der Märtyrerin. Sospiri di Monaca – Seufzer der Nonne: kleine Windbeutel, zart, kaum mehr als Luft und Creme. Und dann die, „die es nur bei uns gibt“ – Fedde del Cancelliere, Conchiglie di Marzapane, Cassata antica, und noch ein Dutzend mehr. „Alles wird im Haus hergestellt“, erklärt Marzia und zeigt nach unten. Das Labor im Keller ist modern – Edelstahl, Hygienevorschriften, EU-Normen. Was nicht mehr darin vorkommt: die alten Werkzeuge der Nonnen. Die Cannoli wurden früher auf Schilfrohre gerollt. „Die erfüllen die heutigen Anforderungen nicht mehr.“ Gesagt, weitergemacht – die nächste Bestellung wartet.

Zu Zeiten der Nonnen gab es keine Marzia – keine, die fragt, welche Nummer, welche Füllung, welches Topping. Es gab nur die Ruota: einen drehbaren Kasten in der Klostermauer, der immer nur auf einer Seite geöffnet war – entweder zur Außenwelt oder ins Klosterinnere. Gebäck und Geld wechselten – ohne dass jemand von außen je eine Nonne zu Gesicht bekam. Rosalia kennt das noch. Ihre Mutter schickte sie los: ein paar Lire in der Faust, ein leerer Korb im Arm. Damals wohnte die Familie noch in der Altstadt – bevor der Sacco di Palermo, der systematische Abriss der historischen Substanz in den sechziger Jahren, die wohlhabendere Schicht in den Norden der Stadt trieb. „Ich habe als Kind gedacht, die Köstlichkeiten kämen von allein“, sagt Rosalia. „Wie Magie.“

Wer sein Backwerk gekauft hat, geht mit ihm in den Kreuzgang. Blau-weiße Majolika-Fliesen, ein barocker Brunnen, Zitronen- und Bananenbäume – und eine Stille, die überrascht. Draußen, keine zehn Meter entfernt, drängen sich die Touristen vor der Chiesa La Martorana. Lassen sich lautstark erklären, wie arabische Handwerker für normannische Könige die goldenen Mosaiken ins Gewölbe setzten – und Koransuren in die Säulen des Eingangs meißelten. Hier sitzt man auf verwittertem Stein

und isst einen Cannolo. Das Kloster Santa Caterina wurde im 16. Jahrhundert für die Dominikanerinnen errichtet – barocker Prunk, der an manchen Stellen noch leuchtet, an anderen abblättert. Die hölzerne Galerie im Obergeschoss war der Bereich der Nonnen – abgeschirmt, unsichtbar. Heute schaut man von unten hinauf und sieht: Leere.

Maria Oliveri wollte das nicht hinnehmen. 2009 gründete sie mit anderen die Genossenschaft Pulcherrima Res – lateinisch für „wunderschöne Dinge“ – und übernahm den Klosterkomplex. Ihr Ziel: retten, was die Nonnen hinterlassen hatten – die Rezepte. Sie begann zu suchen. Im Staatsarchiv Palermo, in den Aufzeichnungen der Klöster, in den Kochbüchern von Verwandten der Nonnen. „Die Schwestern gaben ihre Rezepte nur selten weiter – und wenn, dann nannten sie oft falsche Mengen.“ Sie testete: kochen, abwiegen, wiederholen. Bis es stimmte.

Und sie besuchte die Nonnen selbst – solange es noch ging. Eine von ihnen war Giuseppina, über 90 Jahre alt, schwerhörig, Ordensschwester im Kloster Vergini unweit von Santa Caterina. Oliveri hatte sie über einen befreundeten Priester kontaktiert, war schließlich vorgelassen worden. „Als junges Mädchen durfte ich nur

zuschauen, dann Geschirr spülen – bis man mir irgendwann erlaubte, selbst zu backen“, erinnerte sich Giuseppina. Während des Krieges wurde das Kloster bombardiert, die Kirche dem Erdboden gleichgemacht. Danach frittierten die Nonnen weiter Cannoli – in einer Küche, durch deren zerbrochenes Dach der Regen fiel. Und dann tat sie, was die Nonnen nie taten: Sie gab ein Rezept weiter – für den Trionfo di Gola, eine Süßspeise aus Mandeln, Pistazien und Jasminwasser, die sonst niemand mehr kannte.

Giuseppina ist inzwischen tot. Die meisten, die Oliveri befragt hat, sind es. In Palermo existieren keine Klöster mehr, die Dolci noch herstellen – von einst 21 im 18. Jahrhundert blieben in den achtziger Jahren noch zwei, dann keines. Aber anderswo auf Sizilien hält die Tradition sich noch: In Palma di Montechiaro, Alcamo, Agrigento, Mazara del Vallo backen Nonnen noch heute nach alten Rezepten. Oliveri will diese Geschichten erzählen, „damit die Erinnerung nicht verloren geht.“

Nicht weit vom Normannenpalast, einer der ältesten Königsresidenzen in Europa, liegt Salvatore Cappellos Pasticceria: ein schmaler, makelloser Laden, dessen leuchtendes Schaufenster wie ein Fremdkörper wirkt zwischen verwitterten Fassaden und der breiten schmutzigen Straße. Cappello empfängt ruhig, spricht klar, kein Wort zu viel. Mehrfacher Preisträger, eine Legende in Palermo – er selbst erwähnt das nicht. Seine Familie begann im frühen 20. Jahrhundert mit einem Milchstand. Kühe milchten in der Stadt, unweit des Palazzo Reale. Nach dem Krieg wurde daraus eine kleine Produktion für Eis und Feingebäck, getragen von den Rezepten der Großmutter. Cappello übernahm als junger Mann den Betrieb und begann ihn zu verändern. Langsam, ohne Bruch. „Ich respektiere die Rezepte der Nonnen zutiefst“, sagt er. „Aber wir müssen sie technisch weiterentwickeln. Früher hat Zucker die Ware haltbar gemacht. Heute macht er sie kaputt –

wenn man ihn falsch einsetzt.“ Die barocke Üppigkeit von Santa Caterina ist für ihn kein Modell. Zucker als Füllstoff, Ricotta, die überquillt – das war gestern. Cappello arbeitet mit weniger raffinierten Mehlen, alternativen Süßstoffen, pflanzlichen Fetten. Nicht aus Askese, sondern aus Überzeugung: Wer die besten Mandeln, die beste Butter kauft, braucht keinen Zucker, um Geschmack zu simulieren. Das klingt nach Diät. Ist es nicht. „Eine gute Süßspeise sollte den Körper nicht belasten“, sagt er. „Sondern glücklich machen.“

Maria Grammatico hat die Rezepte nicht rekonstruiert. Sie hat sie gestohlen – mit den Augen. Mit elf Jahren kam sie ins Kloster San Carlo in Erice, Waise, mittellos. Die ersten Jahre: Bleche schrubben, Öfen putzen, Treppen wischen. Gebacken haben die Nonnen – Grammatico schaute zu, wann immer es ging. Rezepte gaben die Schwestern nicht heraus. Mengen wurden nicht genannt, Handgriffe nicht erklärt. Was sie wollten, dass man nicht sah, drehten sie ab. Grammatico sah trotzdem. So lernte sie: Marzipanfrüchte formen, Mandeln mahlen, Lämmer aus Teig kneten, jede Locke einzeln setzen.

Mit 22 verließ sie das Kloster – mittellos, aber mit den Rezepten im Kopf. Drei Kilo Mandeln, eine handbetriebene Mühle, mehr brauchte sie nicht. „Ich habe zu Hause mit Frutta Martorana angefangen“, sagt sie, „dann einen Raum gemietet und am 1. Juni 1964 den Laden eröffnet.“ Bücher wurden über sie geschrieben. Fernsehteams kamen. Heute reisen Foodies aus aller Welt nach Erice – nur um an einem ihrer Marmortische einen Genovese zu essen.

Im ehemaligen Kloster Santa Caterina hat Rosalia Orlando mit der Wartemarke 14 gekauft, was sie wollte. In ihrer Schachtel liegen Osterlämmer aus Marzipan. Jede Locke der Wolle von Hand geformt. Kein Stück wie das andere.

Der Autor ist Reisejournalist aus Frankfurt am Main und seit über 30 Jahren beruflich unterwegs.



Marzia, 26, reicht einen Teller über die Theke. Vor ihr: Leere Teigrollchen in Reihen, daneben Schüsselchen mit Pistazien, Schokostreuseln und kandierten Früchten.

32 Aussprache

MOMENT MAL

Liebe Leser, wer kennt das nicht? Der Enkel hat das Abitur oder die Matura bestanden, die Nichte heiratet, der Vater feiert einen runden Geburtstag. Und dann stellt sich die Frage: Moment mal, was schenke ich bloß? Ein Buch? Schwierig, denn vielleicht steht es schon im Regal. Blumen verwelken. Eine Flasche Wein ist schnell geleert (hoffentlich nicht vom Enkel). Geld oder ein Gut-schein wirken häufig wenig persönlich. Mit einem Geschenkabo der Tages-post schenken Sie etwas, das Woche für Woche Freude bereitet, zum Nach-denken anregt und gleichzeitig auch den katholischen Glauben in der Fa-milie stärkt. Ob zur Hochzeit, zur Firmung, zum Geburtstag oder zu einem anderen be-sonderen Anlass: Ein Jahresabo der Tagespost ist ein nachhaltiges Ge-schenk mit bleibendem Wert. Das Ge-schenkabo können Sie ganz einfach unter die-tagespost.de/angebote be-stellen.

IHRE REDAKTION

Verbot der Laienpredigt

An der Qualität der Predigten arbeiten

Zu „Nein zum deutschen Sonderweg“ (DT vom 25. Juni): Natürlich bringt es wenig, wenn sich die deutsche Kirche im-mer wieder wegen Sonderwünschen in Rom meldet. Außerdem riskieren wir da-mit eine Spaltung der ohnehin schon ge-beutelten Kirche hier bei uns. Dennoch einige Anmerkungen aus biblisch-theolo-gischer Sicht. Zunächst: Ein Diakon ist, nur weil er ein Mann und geweiht ist, noch lange kein Theologe und hat das Predigen also nicht gelernt, von den alten Sprachen, die dafür zwingende Voraussetzung sind, ganz zu schweigen. Er ist dennoch wichtig und hat andere Aufgaben. Sodann: Zum Thema Frauen in der Bibel: Es ist bekannt, dass Maria von Magdala, die Apostelin der Apostel, die erste Predigt gehalten hat, Johannes 20, die erste Verkündigung der Osterbotschaft. Ferner: Im Römerbrief, Kapitel 16 Vers 7, darf nun endlich nach den neuen Übersetzungen, Luther und Einheit, die Junia wieder eine Frau sein, eine Apostelin. Was bedeutet das? Ergo bin ich der Mei-nung, dass Frauen, soweit sie Theologie studiert haben, sehr wohl predigen kön-nen und dürfen, aufgrund des Zeugnisses der heiligen Schrift! Und schließlich: Die-jenigen, die predigen dürfen, sind nicht gleichzeitig die, die es auch können. Für mich als Theologin sind viele Predigten Herausforderung und Geduldsübung. Und ja, es gibt auch die, die es können: Der Papst, Bischöfe, Professoren natür-lich, Ordensleute sowieso und auch

manch anderer. Und wen habe ich nicht mehr gesehen bei Weiterbildungen und Tagungen? Pfarrer! Und genau das muss sich ändern. An der Qualität der Predigten zu arbeiten und sich weiterzubilden kann nicht nur Ermutigung und Anregung sein, es ist selbstverständlich. Ich kann mir denken, was jetzt kommt: „Ich habe aber keine Zeit!“ Ja, dann wird das nie etwas. Die Ortsbischöfe sind dafür zuständig! Aber immerhin hat man es in Rom gemerkt, das lässt hoffen. Der Papst als Augustiner kennt seine Bibel und kann demzufolge predigen. Eine gute Predigt ist Mission, und Missionierung brauchen wir drin-gend. **Beate Balling, 97708 Bad Bocklet-Hohn**

Lebensschutz I

Innere Entkernung

Zu „Unfassbar“ (DT vom 18. Juni): Ich danke Ihnen für den Kommentar von Stefan Rehder über das Positionspapier der Katholischen Frauengemeinschaft Deutschlands (kfd) zum Paragraphen 218. Es gibt kaum noch Publikationen wie die „Tagespost“, die zeitgeistige Verirrungen christlicher Verbände so klar benennen. Wer die Ideengeschichte der letzten 150 Jahre betrachtet, erkennt, dass solche Positionen das Ergebnis eines langen Prozesses sind. Marx und Engels lieferten das Ziel einer radikalen Umgestaltung der bürgerli-chen Ordnung. Lenin machte daraus eine Organisationsfrage und lehrte den Kampf als planmäßige Unterwanderung und Besetzung von Schlüsselpositionen. Gramsci und die Frankfurter Schule ver-schoben den Schwerpunkt auf die Kultur: Nicht der Staat, sondern Kirchen, Uni-versitäten und Medien wurden zu Aren-en des Ringens um die Hegemonie über das Denken. Rudi Dutschke und die 68er popularisierten dies als „Marsch durch die Institutionen“. Heute benötigt diese Entwicklungslinie nicht einmal mehr eine insgeheime Infil-tration; sie funktioniert über den bloßen Generationenwechsel. Menschen, die in einem akademisch-medialen Diskurs-raum aufgewachsen sind, der seine ideo-logische Prägung verschleiert, tragen diese ganz selbstverständlich und in bes-ter Absicht in ihre späteren Funktions-stellen. Die Institutionen werden nicht mehr of-fen bekämpft, sondern – unter Beibehal-tung ihres Namens – teils bewusst, teils unbewusst „transformiert“, um nicht zu sagen: „umgedreht“. Vor diesem Hintergrund wirkt das kfd-Papier wie ein Symptom. Wenn ein ka-tholischer Verband Forderungen erhebt, die dem eigenen Lebensschutzverständ-nis fundamental widersprechen, zeigt das, wie weit die innere Entkernung be-reits fortgeschritten ist. Angesichts dieses Positionspapiers der kfd könnte man auf die Idee kommen,

dass der Marsch durch die Institutionen beziehungsweise deren Unterwanderung und Kaperung weitgehend vollendet ist. **Markus Breuer, 51143 Köln**

Lebensschutz II

Lebensrechtler und Kirche zu leise

Zum Gastkommentar „Erschütternde Zahlen“ (DT vom 18. Juni): Manfred Spieker skizziert eine erschreckende Ent-wicklung, ohne Überlegungen anzustel-len, welches wohl die Ursachen sind. Ab-treiben kann nur, wer vorher schwanger wurde. Hauptursache – laut Statistik in 96 Prozent der Fälle – sind ungewollte Schwangerschaften (soziale Indikation). Notlagen, die aus ungezügelter Sexual-verhalten entstehen. Aus meiner Sicht sind hier Kirche und die Lebensrechtsbewegungen zu leise. Denn es gibt die katholische Sexualmoral, die den Platz für Geschlechtsverkehr in einer ehelichen Gemeinschaft verortet. Die Gottesmutter hat in Fatima zu Jacinta gesagt, dass die meisten Seelen wegen Unzucht in die Verdammnis gehen (und der Weg dorthin ist breit!). Wenn die Kirche also viele Seelen retten will, müsste sie hier die „Herde ohne Hir-ten“ eindringlich warnen. In unserer se-xualisierten Gesellschaft erfordert das Mut – gegebenenfalls mit dem Effekt, dass man noch mehr in die „fundamentale Ecke“ gedrängt wird. Aber auch Jesus sagte vor Pilatus, dass er in die Welt gekommen sei, um für die Wahrheit Zeugnis abzule-gen. Das hat er getan, Gott sei Dank! **Franz Kampmann**

Organspende

Gegen die Widerspruchsregel

Zu „Der Bundestag zeigt seine Schokola-denseite“ (DT vom 2. Juli): Zunächst danke ich Stefan Rehder für seinen sehr guten Bei-trag, der meines Erachtens politisch neutral verfasst ist. Besonders beeindruckt hat mich die vom Autor zitierte Aussage der AfD-Abgeord-neten Martina Kempf, wonach Hirntote kein sicheres Todeszeichen, wohl aber zahlrei-che Lebenszeichen aufweisen. „Korrekt als hirntot diagnostizierte Patienten haben dank der Fortschritte der Intensivmedizin ihren natürlichen Tod überlebt“, bemerkt Frau Kempf zu Recht. Schon aus diesem Grund kann ich mich als katholischer Christ nicht mit der Einfüh-rung der Widerspruchsregel identifizie-ren. Auch wenn Herr Ramelow, der nach meinem Kenntnisstand Protestant und nicht Katholik ist, seinen Organspendeaus-weis medienwirksam in die Höhe streckte, kann ich mich seiner Auffassung nicht an-schließen. Gottes Gebote, insbesondere das fünfte, sind nicht verhandelbar. **Wolfgang Etzrodt**

KI im Journalismus

Selbstlob in der Selbstanklage

Zu „Der KI-Versuchung erlegen“ (DT vom 9. Juli): Studenten, denen die generative Verwendung von KI ohne Kennzeichnung nachgewiesen werden kann, erwarten ernste Konsequenzen. Welche Konse- quenzen zieht Thomas Schwartz aus sei-nem Tun, der Professor für Wirtschafts- und Unternehmensethik und Doktor der Moralthologie ist? Davon, vom Überneh-men von Verantwortung, ist keine Rede. Es fällt auch kein wirkliches Wort der Ent-schuldigung dafür, dass er die Leser belo-gen hat. Stattdessen spart er nicht mit Selbstlob für seine Courage zur (neuen) Ehrlichkeit. Das ist ein Affront! Wie Schwartz sich selbst als Opfer seiner Leidenschaft und des technischen Fort-schritts stilisiert, dies als Selbstkritik ver-kauft und sich dabei als virtuosen Autor aufs Podest hebt, ist schwer auszuhalten. So wird der Akt der Selbstanklage zur Selbstbe-weihräucherung. Darauf kann nicht einmal eine KI kommen. **Pfarrer Dominik Loy, 86153 Augsburg**

Bischofsweihen der Piusbruderschaft

Exkommunikation wirkt wie Bumerang

Zu „Die Crux mit der katholischen Traditi-on“ (DT vom 2. Juli): Die Entscheidung von Papst Leo XIV., die neuen Bischöfe der Piusbruderschaft zu exkommunizieren, wirkt wie ein Bumerang. Die Priestersemi-nare etwa in Münster sind leer. Die Semi-nare Bischof Lefebvres quellen über. Was macht die lateinische Messe, die Messe al-ler Zeiten, so anziehend? Wir können nur staunen. In den Schulen ist das Latein fast verschwunden. Wieso wollen so viele junge Menschen ohne jede sprachliche Vor-kenntnis plötzlich Priester werden? Wer bewirkt das? Der heilige Geist? Ja – offen-sichtlich! Was macht die Messe in einer to-ten Sprache so lebendig? Doch offensicht-lich die Kraft von oben. Nur wir haben’s noch nicht begriffen. Kontinuierlich verliert die Kirche nicht nur in Deutschland rasend schnell ihre Mitglieder. Satt und selbstgenügsam sind wir geworden. Und das seit Jahrzehnten. Vor 50 Jahren haben wir im Priestersemi-nar in Münster trefflich über Bischof Le-febvre gespottet. Wir haben uns bequem eingerichtet mit Laienpredigten, Schlag-zeug-Messen, Tingeltangel. Die Beichts-tühle sind leer und dienen nur noch als Be-senkammern. Und jetzt fehlt plötzlich das Geld für den Unterhalt der Kirchen. Wenn der Papst durch das Verbot der Bischofs-weihe die Piusbruderschaft austrocknen lassen will, beschleunigt er nur noch mehr den Zerfall einer nach außen hin gutsitu-ierten, selbstgenügsamen Kirche ohne Schwung, ohne den heiligen Geist. In Scha-ren laufen uns die Leute davon, weil wir Gott verloren haben. Geistlos. Da hilft auch kein nichtssagendes, unliturgisches gelbes Messgewand, in das sich der neue Bischof von Münster kleidet, kein hohles Brustkreuz mit einem Bischofsstab so ex-travagant, dass er einer Mistgabel gleicht. Es ist hohe Zeit innezuhalten und Gott auf den Knien anzuflehen. **Paul Spätling, Pfr. i. R, 47665 Sonsbeck.**

Kardinal Marx und KI

Eine schwache Veranstaltung

Zu „Authentisch und unterhaltsam“ (DT vom 9. Juli): Nach der Lektüre dieses Be-richtes bleibt der Eindruck, dass diese Ver-anstaltung ziemlich schwach war. Warum eigentlich hat man Kardinal Marx als Exper-ten eingeladen, der ganz offen zugibt, dass er kein großer Nutzer von Internet und KI sei. Sachverständiger ist er somit wohl nicht. Viel besser wäre es gewesen, einen erfahre-nen christlichen Informatiker um seine Ein-schätzung zu bitten, so wie es das amerikani-

sche Portal lifesitenews.com in einer Arti-kelserie getan hat. Schon die Behauptung, dass die KI dem Menschen ähnlich und ein Wesen nach seinem Bilde sei, halte ich für falsch. KI ist und bleibt eine Maschine, die weder eine Seele hat, noch Gut und Böse un-terscheiden kann – somit also über zentrale Fähigkeiten des Menschen nicht verfügt. Darauf weist Bruce Sabalaskey in Teil 1 sei-ner Artikelserie bei „Lifesitenews“ auch deutlich hin. Darin heißt es: „Tatsächlich ist ‚künstliche Intelligenz‘ eine Fehlbezeich-nung. KI ist nicht intelligent. Sie besitzt kei-nen Intellekt, keinen Willen, kein Gewissen, keine Weisheit und kein Verständnis für die Wahrheit.“ Ein weiteres Zitat aus dem „Tagespost“- Artikel möchte ich hier beispielhaft anfüh-ren: „Er hoffe, ‚dass wir mindestens so viel in Bildung stecken in der Zukunft wie in die militärische Frage‘. Das sei „überlebens-notwendig“, so Marx unter Szenenapplaus. Da muss ich schon fragen, in welcher Rea-lität Marx und die anderen Applaudieren-den leben. Fakt ist, die Entwicklung der KI wird von den USA und China dominiert, die Europäer treten bislang fast aus-schließlich als Zuschauer auf. Wie sollen somit „wir“ – wer auch immer konkret die-ses „wir“ sein soll – bei der KI etwas in die Bildung stecken können? **Thomas Kreitmair, 80803 München**

HINWEIS

Leserbriefe sind keine redaktionellen Mei-nungsaussagen. Kürzungen behalten wir uns vor. Wir lesen alle Zuschriften auf-merksam, bitten aber um Verständnis, dass wir keine Auskunft darüber geben können, warum einzelne Leserbriefe nicht veröf-fentlicht wurden. Wir freuen uns über Ihre Zuschriften: leserbrief@die-tagespost.de. **Die Redaktion**

BEILAGENHINWEIS

Die Gesamtauflage enthält eine Beilage von „Comboni Missionare“ und „Walbusch“.

Die Tagespost

Katholische Wochenzeitung für Politik, Gesellschaft und Kultur
Vormals Deutsche Tagespost
Katholische Zeitung für Deutschland.
1948 begründet von Johann Wilhelm Naumann

Herausgeber:
Johann-Wilhelm-Naumann-Stiftung, vertreten durch
Dr. Norbert Neuhaus, Antonio Keglevich,
Christoph Konopka, Prof. Dr. Riccardo Wagner,
Veronika Waldburg-Zeil
Mitherausgeber: Guido Horst

Chefredakteur: Dr. Benjamin Leven
Geschäftsführung:
Prof. Dr. Riccardo Wagner, Barbara Sollfrank

Redaktion:
Stephan Baier (Außenpolitik, Büro Österreich, EU-/Südosteuropa-Korrespondent), Heinrich C. Brinker (Feuilleton, Medien), Regina Einig (Kirche aktuell, Religiöse Literatur), Sina Hartert (Ehe & Familie), Maximilian Lutz (Chef vom Dienst Online-Redaktion), Dr. Sebastian Ostritsch (Chef vom Dienst Print, Literatur, Salon, Reise), Jakob Ranke (Online-Redaktion, Wirtschaft & Soziales), Stefan Rehder (Korrespondent für Bio-Ethik, Glaube & Wissen), Sebastian Sasse (Politik, Theologie & Geschichte, Medien)

Erscheinungsweise: donnerstags

Monatlicher Abonnementpreis einschließlich gesetzli-cher Mehrwertsteuer bei Inlandslieferung: EUR 19,45 einschließlich der Kosten für Postzustellung. Abonnements sind zum letzten Tag eines Kalender-monats kündbar, sofern uns die Kündigung bis zum 10ten des laufenden Monats zugeht. Maßgeblich ist der Zugang beim Verlag. Änderungen des Bezugspreises werden im Monat vor dem Inkrafttreten in der Zeitung angekündigt. Sie gelten für alle laufenden Abonne-ments. Bei Nichterscheinen der Zeitung infolge höhe-rer Gewalt besteht kein Entschädigungsanspruch. Zurzeit gilt die Anzeigenpreisliste Nr. 5 vom 1. Januar 2026. Die Tagespost unterzieht sich der laufenden Auflagenkontrolle durch die IVW.

Für unverlangt eingesandte redaktionelle Beiträge wird eine Gewähr nicht übernommen. Rücksendungen erfolgen in jedem Fall nur, wenn Rückporto beiliegt.

Druck: Main-Post GmbH

Johann Wilhelm Naumann Verlag GmbH,
Berner Straße 2, D-97084 Würzburg
Telefon: Zentrale 0931 / 30863-0,
Buchhaltung 30863-25,
Vertrieb 30863-32 – Fax 30863-33
(vom Ausland aus: 0049 vorwählen)
E-Mail: info@die-tagespost.de
LIGA Bank, IBAN: DE50 7509 0300 0003 0102 01,
BIC: GENODEF1M05

Internet: www.die-tagespost.de
www.die-tagespost.at

Johann-Wilhelm-Naumann-Stiftung,
Berner Straße 2, D-97084 Würzburg
LIGA Bank, IBAN: DE53 7509 0300 0003 0102 44,
BIC: GENODEF1M05

Jetzt Jahresabo verschenken



Unsere Sensation ist die Wahrheit.

Verschenken Sie Orientierung statt Belanglosigkeit. Mit einem **Geschenkabo** der Tagespost schenken Sie **ein Jahr lang** fundierten katholischen Journalismus, kluge Analysen und neue Perspektiven – ein Geschenk, das Woche für Woche Freude bereitet und automatisch endet. Alle Angebote finden Sie unter: www.die-tagespost.de/angebote

